

**„Der Umbruch der italienischen Parteienlandschaft
und
die Lega Nord
bis zur Bildung der Regierung Berlusconi“**

Magisterarbeit
in der Philosophischen Fakultät III
(Geschichte, Gesellschaft und Geographie)
der Universität Regensburg

vorgelegt von
Volker Leib

aus
Regensburg

Dezember 1995

Erstgutachter: Professor Dr. Mathias Schmitz

Zweitgutachter: Professor Dr. Jens Hacker

Wenn man so eine Existenz ansieht, die zweitausend Jahre und darüber alt ist, durch den Wechsel der Zeiten so mannigfaltig und vom Grund auf verändert, und doch noch derselbe Boden, derselbe Berg, ja oft dieselbe Säule und Mauer, und im Volke noch die Spuren des alten Charakters, so wird man ein Mitgenosse der großen Ratschlüsse des Schicksals, und so wird es dem Betrachter von Anfang schwer zu entwickeln, wie Rom auf Rom folgt, und nicht allein das neue auf das alte, sondern die verschiedenen Epochen des alten und neuen selbst aufeinander.

Goethe: Italienische Reise.
Rom, den 5. November 1786.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	3
2	GRUNDZÜGE DES POLITISCHEN SYSTEMS UND DER PARTEIENHERRSCHAFT	9
3	PARTEIEN IN ITALIEN – DER RECHTLICHE RAHMEN	13
3.1	Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Bestimmungen	13
3.2	Öffentliche Parteienfinanzierung	15
3.3	Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit	16
4	DAS ITALIENISCHE PARTEIENSYSTEM IN THEORETISCHEN MODELLEN UND IN DER WIRKLICHKEIT – POSITIONEN UND WETTBEWERB AUF DER SYSTEMEBENE	19
4.1	Sartoris Modell des „polarisierten Pluralismus“	19
4.1.1	Der numerische Anfang	19
4.1.2	Ideologie und ideologische Distanz	20
4.1.3	Merkmale des polarisierten Pluralismus	21
4.1.4	Das italienische Parteiensystem 1946-1963	22
4.2	Modell und Wirklichkeit des „zentripetalen Pluralismus“	25
4.2.1	Farnetis Modell des „zentripetalen Pluralismus“	25
4.2.2	Das italienische Parteiensystem 1963-1979	25
4.3	Das italienische Parteiensystem 1979-1992/94	26
5	KONTINUITÄT UND WANDEL DER ITALIENISCHEN PARTEIENLANDSCHAFT BIS 1992	29
5.1	Nachkriegsstabilität und aufkommende Bewegung im italienischen Parteiensystem	29
5.2	Sozialer und politischer Wandel seit den 70ern bis 1992	31
5.2.1	Der Wandel des Wahlverhaltens in Italien	32
5.2.2	Erosion der Subkulturen, Säkularisierung und Wertewandel	34
5.2.3	Wechselwähler, Nichtwähler und Protestwähler	38
5.2.4	Das Aufkommen neuer „Parteien“	42
5.3	Die Parlamentswahlen 1992: ein „Erdbeben“	45
5.3.1	Das Ergebnis: Verluste der Massenparteien, Aufstieg der Protest- und Reformparteien	45
5.3.2	Zur Wahlgeographie: die doppelte Nord-Süd-Spaltung und die rote Mitte	47
5.3.3	Hohe Fragmentierung und schwierige Mehrheitsfindung: doch kein Ende der „blockierten Demokratie“?	50
	EXKURS: RECHTS UND LINKS, „POSTMATERIALISMUS“, PARTEIINNOVATIONEN UND EIN NEUES KONFLIKTLINIEN-MODELL	52

6 DIE TRANSFORMATION DES ITALIENISCHEN PARTEIENSYSTEMS 1992-1994	62
6.1 Internationale und nationale Beweggründe des Umbruchs	63
6.1.1 Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Umwandlung des PCI	63
6.1.2 Der Vertrag von Maastricht und das Ausscheiden des PRI aus der Regierung	64
6.1.3 Die Staatskrise im Frühjahr 1992: das CAF-Kartell verfällt	66
6.1.4 Die Justiz ermittelt: Tangentopoli und Mafiopoli	67
6.1.5 Innerparteiliche Reaktionen des PSI und der DC	71
6.2 Reformen: von erfolglosen Kommissionen zu Referenden	73
6.2.1 Die Bozzi-Kommission 1983-85 und die <i>Bicamerale</i> 1992/93	73
6.2.2 Die Referendumsbewegung	75
6.3 Das neue italienische Wahlsystem und der Zwang zur Bündnisbildung	78
6.4 Die Parlamentswahlen 1994	83
6.4.1 Das Wahlergebnis – neue Akteure und alte Wahlmuster?	83
6.4.2 Unerfüllte Erwartungen und ein Parteiensystem im Fluß	86
7 DIE LEGA NORD – KARRIERE EINES VIELGESICHTIGEN PHÄNOMENS	90
7.1 Geschichte, Ziele und Anhänger der Lega Nord	91
7.1.1 Die Anfänge der oberitalienischen Ligen 1979-1986	91
7.1.2 Der Aufstieg der Lega bis zum Eintritt in die Regierung Berlusconi 1987-1994	93
7.2 Erklärungsansätze zur Lega Nord	100
7.2.1 Einschätzungen und Charakterisierungen in der Literatur	100
7.2.2 Führung und Organisation: strukturelle Überlegungen zur Lega	104
8 SCHLUß	108
ANHANG	113
LITERATURVERZEICHNIS	118

1 Einleitung

Italien. Zu diesem Land fallen Beobachtern der dortigen Politik Schlagworte wie Regierungskrise, Schwerregierbarkeit, Blockade der Demokratie und Parteienherrschaft ein. Der Ausdruck „Krise“ verliert im italienischen Kontext seinen Sinn (Vgl. Bull/Newell 1993, 203) – Italien scheint in einer „Dauerkrise“ (Vgl. Wieser/Spotts 1988) zu stecken, zumindest aber „in einer Phase schwierigen Übergangs“, wie Lill (1988, 425) die achtziger Jahre gekennzeichnet hat. Anfang der neunziger Jahre durchlebte Italien eine turbulente Phase, in der sich die Geschichte zu beschleunigen schien. Das Land erweckte den Eindruck „eines brodelnden Laboratoriums der Demokratie“ (Weber 1992, 106). Es befand sich in einer „,kreativen Krise““ (Nedelman 1992, 525). Sie endete mit dem Austausch eines großen Teils der politischen Klasse, der Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts mit partiellem Verhältnisausgleich und dem völligen Umbruch der italienischen Parteienlandschaft. Oder, kurz gesagt, mit dem Übergang von der Ersten zur Zweiten italienischen Republik.

In seiner Einschätzung der Parlamentswahlen 1987 kam Trautmann (1988, 143) aufgrund der marginalen Stimmenzuwächse grüner und alternativer Parteien zu folgendem Schluß: „Die beiden großen Massenparteien [DC und PCI, V.L.] werden deshalb auch für die neunziger Jahre politikbestimmend bleiben...“ Er hat mit seiner Analyse insofern Recht behalten, als der Strukturwandel im italienischen Parteiensystem nicht von der alternativen Seite ausging. Aber die beiden großen Massenparteien existieren heute nicht mehr. Genauer: die Christdemokratie hat sich in fünf Nachfolgeparteien aufgespalten, die Kommunisten haben sich in Post-Kommunisten verwandelt. Das Ende des Ost-West-Konflikts wirkte sich auch auf Italien aus. Aber das Epochenjahr 1989 sollte nicht den Blick auf Entwicklungen verstellen, die bereits vorher begonnen hatten. Staatspräsident Cossiga formulierte einmal pointiert, die Herrschaft der DC sei das letzte Regime des Kalten Krieges in Europa, und es sei zum Zusammenbruch verurteilt, wenn keine Reformen der Parteien und des Regierungssystems erfolgten (Vgl. Donovan 1992, 173; ähnlich Nedelman 1992, 525). Der Umbruch des italienischen Parteiensystems kann zugleich als Lehrstück für die Reformfähigkeit von Parteiendemokratien aufgefaßt werden: Wenn auf der politischen Ebene keine kontinuierliche Adaption an sozialen und ökonomischen Wandel erfolgt, so werden über kurz oder lang die alten Akteure auf der politischen Bühne durch neue ersetzt.

In Italien hatten sich die etablierten Parteien in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft derart eingerichtet, daß kaum eine öffentliche Handlung ohne sie möglich war. Dieses System war durchaus leistungsfähig. Die Integration gegensätzlicher politischer

Kräfte, die Industrialisierungswelle nach dem Krieg, das italienische Wirtschaftswunder, der Aufbau des Wohlfahrtsstaates – an allem hatten die Parteien wesentlichen Anteil, und fast jeder Bürger profitierte in irgendeiner Weise von dem Nachkriegsarrangement. Im Laufe der Zeit büßte es jedoch seine Leistungsfähigkeit ein, ja es wurde sogar zur Gefahr für den Wohlstand der (Nord-)Italiener und für die italienische Wirtschaft. In den achtziger Jahren setzte eine Reformdebatte ein, in der Parteien und Kommissionen so viele gut gemeinte wie eigennützige Vorschläge zur Reform von Staat und Parteien diskutierten. An der Umsetzung haperte es jedoch. Anfang der neunziger Jahre bildete sich eine Front gegen die reformunfähigen etablierten Parteien heraus, die in der Geschichte wohl einzigartig sein dürfte. Neue Parteien (insbesondere die Lega Nord), die Referendumsbewegung und die Justiz hoben das alte System aus den Angeln – mit breiter Unterstützung der Bevölkerung und ohne die Demokratie in Gefahr zu bringen, wie man hinzufügen muß. Wenn man den Umbruch der italienischen Parteienlandschaft analysieren will, muß man sich mit der Vorgeschichte und dem Verlauf sowie den Ursachen und den Mitteln dieser „sanften“ Revolution in Italien beschäftigen.¹

Parteienforschung und die Analyse von Parteiensystemen sind Kernbereiche der Politikwissenschaft. Eigentlich glaubt man zu wissen, was eine Partei ist. Aber bei genauerer Betrachtung zeigt sich ein ungeahnt komplexes Phänomen. Partei – das sind die einfachen Mitglieder, die Delegierten und die Parteielite. Partei – das ist die Parteiorganisation, die sich von der kommunalen bis zur nationalen Ebene gliedert. Es gibt die Gremien der Parteiführung bis hin zum innersten Zirkel der Parteispitze. Damit sind die Mandatsträger auf allen Ebenen noch gar nicht angesprochen. Partei – dahinter stehen in Programmen niedergelegte Vorstellungen vom Zusammenleben in der Gesellschaft und Gestaltungswünsche hinsichtlich unterschiedlicher Politikfelder.

¹ Der deutsche Beobachter der italienischen Politik findet Informationen zuvorderst in den Berichten der Italien-Korrespondenten der großen überregionalen Tageszeitungen (Heinz-Joachim Fischer, FAZ; Rudolf Stamm, NZZ). Neuerscheinungen zu Italien auf dem deutschen Buchmarkt liegen in wissenschaftlicher Form (Braun 1994; Petersen 1995) und eher publizistischer Form (Raith 1994; v. Roques 1994) vor. Sehr hilfreich ist ferner die Neuauflage zu Italien aus der Beck'schen Reihe Länder (Chiellino/Marchio/Rongoni 1995). Grundlegendes zum politischen System und den Parteien Italiens liefern Theodor Wieser und Frederic Spotts, im „besten deutschsprachigen Italienbuch der letzten Jahrzehnte“ (Petersen 1995, 194). Wissenschaftliche Aufsätze zu Parteien und Wahlen in Italien findet man vor allem in der *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (Peter Weber, Jörg Seißelberg), in *Parliamentary Affairs* sowie in *West European Politics*. Eine hervorragende Informationsquelle ist das in zwei Sprachen erscheinende Jahrbuch *Politica in Italia* bzw. *Italian Politics*. Besonders auf die ausführliche Chronik wichtiger Ereignisse und den statistischen Anhang ist hinzuweisen. (Leider erschien 1994 kein Jahrbuch. Der achte Band [1993] behandelt die Ereignisse von 1992. Der neunte Band [1995], der in einem anderen Verlag und anderer Aufmachung erschien, behandelt das Jahr 1993.) Es versteht sich von selbst, daß italienische Publikationen die direkteste und umfassendste Wissensquelle zum Thema darstellen. Allerdings waren sie mir (außer der Tageszeitung *La Repubblica*) nicht unmittelbar zugänglich. Auf italienische Publikationen wurde zurückgegriffen, wenn Spezialwissen, wie z.B. über die Lega Nord erforderlich war. Zitate aus italienischen Werken wurden von mir übersetzt.

Begrifflich gesprochen, zeigen sich somit drei Ebenen: die soziologische, die organisatorische und die ideologische Ebene.

Und natürlich wäre eine Partei nichts ohne ihre Wähler. Warum wählt ein Wahlberechtigter eine bestimmte Partei? Hat eine Partei eine feste Stammwählerschaft oder gewinnt sie bei Wahlen durch die Anziehung von Wechselwählern? Diese Fragen werden mit Begriffen wie z.B. Parteiidentifikation, Mobilität der Wähler und Volatilität des Elektorats behandelt. Außerdem lassen sie sich nur im Zusammenhang mit der politischen Kultur eines Landes beantworten.

Die Übersetzung des Wählerwillens in Parlamentssitze hängt wiederum mit dem Wahlsystem und dem Wahlrecht zusammen. Wie Parteien in einem politischen System agieren, wirft die Frage nach ihrem rechtlichen Status, ihrer Finanzierung und ihrem Ort in Staat und Gesellschaft auf. Parteien stehen in westlichen Systemen im Wettbewerb miteinander. Sie verfolgen dabei unterschiedliche Strategien, die nicht unabhängig vom Verhalten des politischen Gegners entwickelt werden können. Die Parteien sind nicht die einzigen Akteure der politischen Willensbildung, sondern sie befinden sich mit Verbänden und Interessengruppen, die ihre Gegner oder ihre Partner sein können, in der Arena. Schließlich sind Parteien geschichtliche Phänomene, d.h. sie sind einmal entstanden, haben sich verändert und gewandelt. Manche sind wieder verschwunden, und manche haben überragende Bedeutung erlangt. Eine vergleichende Perspektive macht zudem deutlich, daß jedes Land sein ureigenes, gewachsenes Parteiensystem hat.

Die umfangreiche politikwissenschaftliche Literatur zu Parteien und Parteiensystemen enthält viele theoretische Ansätze, die die beschriebenen und weitere Merkmale begrifflich und typologisch zu erfassen versuchen. Das renommierte Pipers Wörterbuch zur Politik gibt unter den einschlägigen Stichwörtern² einen Überblick über die Forschung und zeigt zugleich, daß die Parteienforschung ein kontroverses und unmöglich abschließend zu behandelndes Feld ist. Dabei gibt es nicht die alles überragende Theorie, vielmehr zeigt sich die Parteienforschung uneinheitlich. „[A]lmost every writer comes up with his own scheme“, stellt Giovanni Sartori (1976, 119) bezüglich der Klassifizierung von Parteiensystemen fest. Das heißt aber nicht, daß dieser Zweig der Politikwissenschaft arm an konsensfähigen Ergebnissen ist. Im Anschluß an Klaus von Beyme lassen sich fünf grundlegende Ebenen unterscheiden,

² Pipers Wörterbuch zur Politik. Bd.1: Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe. Hg. v. Dieter Nohlen u. Rainer-Olaf Schultze. München/Zürich 1985, darin:

„Partei“ (Rainer-Olaf Schultze), S.656-660.

„Parteiensoziologie“ (Alf Mintzel), S.661-665.

„Parteiensystem“ (Elmar Wiesendahl), S.666-671.

„Parteientheorie“ (Klaus von Beyme), S.671-675.

die bei der Betrachtung von Parteien konstitutiv sind (Vgl. die Gliederung bei von Beyme 1984):

1. die ideologische Ebene;
2. die Ebene der Mitglieder und der Parteiorganisation;
3. die Ebene des Parteiensystems;
4. die Ebene der Wähler;
5. die Ebene des politischen Machtsystems.

Die vorliegende Arbeit behandelt den Umbruch der italienischen Parteienlandschaft. Parteienlandschaft wird dabei in erster Linie im Sinne von Parteiensystem verstanden. Wie läßt sich dann der „Umbruch“ wissenschaftlich erfassen? Gordon Smith (1989, 1990; vgl. Helms 1994, 28f) hat zum Wandel von Parteiensystemen einen theoretischen Ansatz vorgelegt, auf den hier zurückgegriffen werden soll. Die Kriterien, an denen der Wandel gemessen wird, sind Zahl und Stärke der Parteien, die Polarisierung des Systems, die Volatilität und die sozialen Konfliktlinien, soweit sie auf der Ebene des Parteiensystems reflektiert werden (Vgl. Smith 1989, 350). Smith (1989, 353f) unterscheidet vier Niveaus:

- *temporary fluctuations*: das normale, geringe Auf und Ab von Wahl zu Wahl, in dem Maß, daß keine bleibenden Systemveränderungen auftreten;
- *restricted change*: eines der Kriterien zeigt mehr oder weniger großen Wandel an, der Grundcharakter des Systems bleibt aber erhalten;
- *general change*: mehrere der Kriterien weisen auf Veränderungen hin, das Parteiensystem wird instabil und eine Umstrukturierung findet statt;
- *transformation*: Kontinuitätsbruch oder Innovation im Parteiensystem, die eine völlige Neustrukturierung des Parteiensystems nach sich ziehen.

Von einer Systemveränderung kann nur dann gesprochen werden, wenn der Systemkern betroffen ist. Zum *system ,core‘* zählt Smith (1990, 161) erstens Parteien, die längere Zeit führende Positionen besetzen, zweitens Parteien, die für die Funktionsweise eines Systems von besonderer Bedeutung sind und drittens die Strukturanordnung und die Koalitionsmuster in einem Parteiensystem. Wichtig ist dabei, daß Systemveränderungen von außen kommen: „The party system itself is passive, for it changes only through the forces acting on it...“ (Smith 1989, 355). Die Wähler stehen dabei im Vordergrund, denn „[i]t is true to the point of being a truism that the electorate is the final arbiter of system change“ (Ebenda, 354).

Das trifft letztlich auch auf den Strukturwandel des Parteiensystems in Italien zu. Die Analyse von Wahlergebnissen, besonders die von 1992 und 1994, ist deshalb ein wichtiger Bestandteil dieser Arbeit. Aber die italienischen Wähler waren nicht nur an Wahltagen gefragt. Sie konnten darüber hinaus ihren Willen bei Referenden kundtun. Das Referendum zum Senatswahlrecht, das den Durchbruch zum Mehrheitswahlrecht

brachte, wirkte in einer Art und Weise systemverändernd, die von den oben genannten Wandlungskriterien nicht erfaßt wird. Der Übergang vom Verhältnis- zum Mehrheitswahlrecht, mit seinen tiefgreifenden Auswirkungen auf die Dynamik und die Wettbewerbslogik im Parteiensystem, hat maßgeblich dazu beigetragen, daß in Italien eine Transformation des Parteiensystems erfolgte, was in westlichen Demokratien sehr selten vorkommt. In der Nachkriegszeit gibt es nur einen weiteren Fall, nämlich in Frankreich 1958. Die Zusammenhänge zwischen Wahlrecht und Parteiensystem sind von Nohlen (1989) fundiert untersucht worden. Die Auswirkungen eines Übergangs vom Proporz- zum Majoritätsprinzip sind in Nohlens Studie nicht explizit dargestellt – sie sind in der Realität so selten zu beobachten, daß generalisierende Aussagen dazu kaum möglich sind. In Frankreich ging 1958 der Übergang von der Vierten zur Fünften Republik wie in Italien mit einer Wahlrechtsreform einher. Im Wesentlichen wurden dabei jedoch nur die Mehrmannwahlkreise durch Einerwahlkreise ersetzt, das absolute Mehrheitswahlrecht bestand schon seit 1951 (Vgl. Nohlen 1989, 166 u.168).

Wenn man die Vorgänge in Italien in den Jahren 1992 bis 1994 verstehen will, braucht man Kenntnisse, die über diese knappe Zeitspanne hinausreichen. In Kapitel 2 und 3 dieser Arbeit werden deshalb die Grundzüge des politischen Systems und der rechtliche Status der politischen Parteien in Italien dargestellt. Darüber hinaus zeigen die beiden Kapitel jeweils, wie es historisch zu den institutionellen und rechtlichen Festlegungen kam und wie diese in der Praxis gehandhabt wurden. Parteien und Parteiensysteme bilden ein komplexes Wirkungsgefüge, das nicht ohne Theorie durchdrungen werden kann. Die von Smith genannten Kriterien, mit denen das Niveau des Wandels bestimmt werden kann, werden mit den entsprechenden Theorien aus der Parteienforschung untermauert. Kapitel 4 stellt die Wettbewerbsdynamik im italienischen Parteiensystem dar, wobei die beiden wichtigsten Modelle – der „polarisierte Pluralismus“ von Giovanni Sartori und der „zentripetale Pluralismus“ von Paolo Farneti – beschrieben und auf die Wirklichkeit angewandt werden. Kapitel 5 befaßt sich mit dem Zusammenhang von sozialem und politischem Wandel. Dabei soll gezeigt werden, wie der Wandel im italienischen Parteiensystem, ausgehend von der Stabilität der Nachkriegszeit, bis 1992 an Intensität zunahm. Oder, mit Smith' Begriffen ausgedrückt, wie das italienische Parteiensystem vom Zustand der *temporary fluctuations* in *general change* und schließlich in *transformation* (Kapitel 6) überging.

Die Parlamentswahlen von 1992 waren für den Umbruch entscheidend. Die Kriterien, mit denen der Wahlausgang erklärbar wird, sind die Zunahme der Volatilität, der Wandel der Konfliktlinienstruktur und, damit verbunden, Parteiinnovationen, die den sozialen Wandel auf die politische Ebene transformieren. Diese Phänomene stehen im Mittelpunkt der aktuellen Forschungsdiskussion zum sozialen und politischen Wandel,

so daß dazu viel theoretische Literatur vorliegt. Der Exkurs, der an Kapitel 5 anschließt, ordnet den Wandel in Italien in einen größeren Kontext ein. Er erläutert einflußreiche Konzepte wie den „Postmaterialismus“ (Ronald Inglehart) sowie Typologien zu den neuen „links-libertären“ und „rechts-autoritären“ Parteien. Außerdem wird versucht, die neuen Parteien in einem Konfliktlinienmodell fortgeschrittener westlicher Demokratien zu verorten.

In Kapitel 6 wird erläutert, wie die Transformation des italienischen Parteiensystems verlief und welches die treibenden Kräfte waren. Ferner werden das neue Wahlsystem und die neue Wettbewerbsdynamik dargestellt. Beides trägt maßgeblich zur Neustrukturierung des italienischen Parteiensystems bei, wie es sich erstmalig nach den Parlamentswahlen 1994 abgezeichnet hat. Der Aufstieg der Lega Nord ist für den Umbruch in Italien von höchster Bedeutung. Dem trägt Kapitel 7 Rechnung, das die Geschichte dieser neuen Partei und die Erklärungsansätze in der Literatur beschreibt. Zum Schluß zeigt Kapitel 8, daß das Parteiensystem in Italien bis heute in Bewegung ist und daß nicht zuletzt deswegen Italien von einer sog. „Technokratenregierung“ geführt wird. Im Anhang finden sich Karten und Zahlen, die zum Verständnis der Arbeit benötigt werden, wie z.B. Wahlergebnisse und ein Abkürzungsverzeichnis zu den italienischen Parteien.

2 Grundzüge des politischen Systems und der Parteienherrschaft

Italien und Deutschland befanden sich 1945 in einer ähnlichen Lage. Beide Länder hatten eine totalitäre Herrschaft hinter sich. Beide Länder (bzw. im Falle Deutschlands nur ein Teil des Landes) gaben sich neue Verfassungen, die eine Wiederkehr der Diktatur verhindern sollten. Die verfassunggebenden Versammlungen der beiden Länder gingen verschiedene Wege. Beide nahmen zwar einen Grundrechtskatalog in die Verfassung auf und richteten ein starkes Verfassungsgericht ein³, aber die politischen Institutionen und der Entscheidungsprozeß wurden unterschiedlich konstruiert.

Das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 errichtete in der Bundesrepublik Deutschland eine föderale und repräsentative Demokratie. Regierungsstabilität sollte durch einen starken Kanzler und durch das konstruktive Mißtrauensvotum gewährleistet werden. In Italien war die erste große Nachkriegsentscheidung die Abschaffung der Monarchie per Plebiszit (2. Juni 1946; 54,3% für die Republik, 45,7% für die Monarchie). Die Verfassung der italienischen Republik vom 27. Dezember 1947 schuf eine repräsentative Demokratie mit plebiszitären Elementen. Sie vermied jede Machtkonzentration. Die Machtverteilung zwischen den politischen Institutionen war bewußt offen gehalten worden. Der Staatspräsident kann sich rein als *dignified part* der Exekutive oder aber als politischer Präsident betätigen. Der Regierungschef verfügt einerseits über die Richtlinienkompetenz, andererseits ist er auf das Vertrauen beider Kammern des Parlaments angewiesen. Abgeordnetenhaus und Senat haben fast identische Kompetenzen und Aufgaben, was einen reiflichen Entscheidungsprozeß garantieren soll. Der Ministerpräsident braucht also eine doppelte Regierungsmehrheit – im Abgeordnetenhaus *und* im Senat (Vgl. Seißeberg 1991, 247f).⁴ Die italienische Verfassung wurde aus dem Geist des gemeinsamen Widerstandes der Parteien gegen den Faschismus geboren. Alle diese Kräfte sollten am Aufbau der Republik mitwirken. Um dies zu garantieren und außerdem eine „Tyrannis der Mehrheit“ zu verhindern, wurde in Italien ein reines Verhältniswahlrecht ohne nennenswerte Sperrklausel eingeführt (Vgl. Nedelmann 1992, 527). Regierungen waren demzufolge Koalitionsregierungen, Regierungsmehrheiten setzten sich aus mehreren Fraktionen zusammen.

Das italienische Regierungssystem hat sich als sehr krisenanfällig erwiesen. Zurzeit amtiert die 54. Nachkriegsregierung in Italien. Dazu muß man allerdings hinzufügen, daß die Gesichter oft dieselben blieben, d.h. „Instabilität bei personeller Kontinuität“ (Seißeberg 1991, 255). Das Amt des Parteisekretärs war weitaus machtvoller als das des Ministerpräsidenten. Die fragilen Regierungen wurden von den Parteizentralen

³ Die italienische Verfassung besitzt jedoch keinen Verfassungskern wie Art. 79 Abs. 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

⁴ Die parteipolitische Zusammensetzung von Abgeordnetenhaus und Senat ist ebenfalls fast identisch. Ein leichter Unterschied entsteht v.a. dadurch, daß das Mindestalter zur Ausübung des aktiven Wahlrechts für die Kammer 18 Jahre, für den Senat 25 Jahre beträgt.

aus zusammengehalten – oder auch nicht. Die meisten Regierungen endeten nicht durch förmliche Mißtrauensvoten des Parlaments, sondern weil einer der Koalitionspartner die Koalitionsfrage stellte (*verifica*). Das Kabinett wurde so „zum Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen den Parteien umfunktioniert“ (Ebenda, 250). Die Handlungsfähigkeit und die Effizienz der Regierung wurden dadurch stark beeinträchtigt. Italien galt als schwer-, wenn nicht unregierbar.

Dieses System wurde als *partitocrazia* bekannt. Der italienische Ausdruck *partitocrazia* läßt sich am einfachsten mit Partei(en)herrschaft übersetzen. Der Ausdruck wird in dieser Arbeit benutzt, um die spezifisch italienische Entwicklung zu bezeichnen.⁵ Im Folgenden sollen einige Entwicklungsfaktoren der italienischen *partitocrazia* aufgezeigt werden.

In Italien entstand in der Nachkriegszeit ein „party government by default“, wie Pasquino (1987, 212; 1994b, 21) es nennt. In die Parteien wurden große Erwartungen gesetzt. Sie waren die Hoffnungsträger der Ersten Republik: „Yet given the weakness of Italian society, it could hardly have been otherwise: no other organization could replace the parties, which until recently never faced any real challenge“ (Pasquino 1994b, 21). Die Parteien waren in der Nachkriegszeit die wichtigste Quelle für die Rekrutierung von politischem und administrativem Personal, wengleich De Gasperi die Einsetzung „revolutionärer“, unerfahrener Beamter durch seinen Vorgänger Ferruccio Parri beendete und die traditionelle Bürokratie im Wesentlichen wieder einsetzte (Vgl. Lill 1988, 384-386).

Als internationaler Faktor spielte der Ost-West-Konflikt eine Rolle. Nach der Verdrängung der Kommunisten aus der Regierung De Gasperi 1947 entstand die ungeschriebene Regel, daß Kommunisten nicht an der Regierung beteiligt sein dürften (die sog. *conventio ad excludendum*). Dadurch wurde Italien zur „blockierten Demokratie“. Die Wähler haben dieses System mitgetragen, und so konnten sich die Christdemokraten als permanente Regierungspartei etablieren. Sie nützten ihre führende

⁵ In Pipers Wörterbuch zur Politik kommen weder Parteienherrschaft, Parteienregierung noch Parteiendemokratie als Stichwörter vor. Die deutsche Forschungstradition kennt den Begriff Parteienstaat, mit dem ähnliche, wenn auch den italienischen nicht genau entsprechenden Entwicklungen der deutschen Demokratie bezeichnet werden.

Etwas komplexer ist die angelsächsische Terminologie. *Party government* ist ein theoretisch fundierter Begriff (vor allem an die Studien von Rose und an das Forschungsprojekt des EUI in Florenz *The Future of Party Government* ist dabei zu erinnern). *Party government* ist aber nicht die adäquate Übersetzung von *partitocrazia*. In seinem Beitrag zum EUI-Projekt übersetzt Pasquino (1987, 225) *partitocrazia* mit „party regime“ und erläutert es als „government by the parties, but not necessarily party government“. Calise (1994) verwendet die englische Übersetzung „particracy“. Er spricht ebenfalls von „government by the parties“ und definiert „particracy“ als „a form of government where a party holds monopolistic control over the governmental process...“(Calise 1994, 443f). Calises Aufsatz ist insofern interessant, als er Parteierrschaft den pejorativen Beiklang nehmen will und sie als dritten Regierungstyp neben parlamentarischer und präsidentieller Regierung einführen will.

Stellung, um Parteileute an die Spitzenpositionen von Verwaltung, öffentlichen Einrichtungen sowie staatlichen und halb-staatlichen Wirtschaftsbetrieben unterzubringen. Dadurch entstand eine Art „Unterregierung“ (*sottogoverno*). Besonders seit die Sozialisten mitregierten, etablierte sich ein regelrechtes Verteilungssystem, in dem Ämter und Posten nach Parteienproporz vergeben wurden (*lottizzazione*). „Proportional representation was more than just an electoral formula; it quickly became the dominant principle for allocating power and all types of political and socioeconomic resources controlled by the vast Italian state sector“ (Pasquino 1994b, 20).

Nachdem die anfängliche Polarisierung beendet war, entwickelte sich in Italien, gerade wegen der Aussichtslosigkeit eines Regierungswechsels, eine Konsensdemokratie. Auf Dauer konnte eine Partei, hinter der ein Drittel der Wähler stand, nicht ausgegrenzt werden (Vgl. LaPalombara 1988, 214-216). Die Kommunisten wurden informell in den Entscheidungsprozeß eingebunden und an der Postenvergabe beteiligt (*consociativismo*). So „gehörte“ z.B. jeder der drei öffentlich-rechtlichen Fernsehsender einer Partei: RAI Uno der DC, RAI Due dem PSI und RAI Tre dem PCI.

Die Entwicklung der Christdemokratie zur Massenpartei brachte es mit sich, daß innerhalb der Partei Flügel entstanden, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder Regionen vertraten. Einige dieser Flügel waren so stark, daß sie sozusagen „Parteien in der Partei“ mit eigenen Hauptquartieren, Publikationen und Geldmitteln darstellten. Sie verteilten z.B. Minister- und Staatssekretärposten der DC nach einem genau festgelegten Schlüssel, dem sog. *Manuale Cencelli*, unter sich auf (Vgl. Wieser/Spotts 1988, 42-45). Zur *partitocrazia* gesellte sich so die *correntocrazia*, die Herrschaft der Parteiflügel. Auch in der sozialistischen Partei gab es viele dieser *correnti*. Die Macht der Flügel-Chefs beruhte u.a. darauf, daß sie eine große Zahl an Parteimitgliedern hinter sich hatten – wirkliche oder auch nur fiktive. Nicht selten kauften die Parteibarone packenweise Mitgliedsausweise, nicht aber um neue Mitglieder zu werben, sondern um irgendwelche Namen einzutragen, für die sie dann die Beiträge zahlten. Auch Verstorbene wurden oft in der Mitgliederkartei geführt.⁶

In den 50er und 60er Jahren durchlebte Italien eine Phase beschleunigten ökonomischen und sozialen Wandels. Die Industrialisierung schritt schnell voran und machte Italien zeitweise zur fünfgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Vor allem der Norden Italiens entwickelte sich bis heute zu einem der reichsten Gebiete Europas. 1992 stand, gemessen an der Kaufkraft des Pro-Kopf-Einkommens, die Lombardei euro-

⁶ 1976 schätzten zwei DC-Senatoren ca. 50% der DC-Mitgliedschaft als Phantom-Mitglieder ein. Der jetzige Staatspräsident Scalfaro sagte einmal, daß für manchen DC-Ortsverein der 2. November, Allerseelen, das „Fest des Parteimitglieds“ sei (Vgl. Braun 1994, 40).

paweit an erster Stelle in der EG (S.a. Karte im Anhang).⁷ Die Entwicklung des Südens gelang trotz großer finanzieller Aufwendungen nicht. Viele Südtaliener zogen nach Norditalien oder wanderten aus (Chiellino/Marchio/Rongoni 1995, 189-191). Der Süden Italiens gehört zu den Gebieten mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der EU. In manchen Regionen lag die Arbeitslosigkeit 1993 über 20%, die Jugendarbeitslosigkeit über 50% (Eurostat 1994/2, s.a. Karte im Anhang). Viele Südtaliener versuchten sich durch eine Anstellung beim Staat ein Auskommen zu verschaffen. So wurde die italienische Verwaltung immer mehr versüdlacht, und diese „Meridionalisierung der Beamtenschaft“ galt als eine der Ursachen für die mangelnde Effizienz der Bürokratie. Die untere Ebene der Verwaltung blähte sich durch diese Einstellungspolitik auf, wohingegen die mittlere Ebene schmal war und es an qualifizierten Kräften fehlte (Vgl. Wieser/Spotts 1988, 186). Nicht zuletzt hatten die Parteien bei der Einstellung von Beamten und anderen öffentlichen Anstellungen ein Wort mitzureden, wodurch die Vergabe solcher Stellen dem Klientelismus zufiel.

Italien baute in der Wachstumsphase einen geradezu generösen Wohlfahrtsstaat auf, wenngleich die Qualität und die Effektivität seiner Leistungen oft in keinem Verhältnis zu den Kosten standen. Die unzähligen Rentenkassen boten günstige Tarife und ermöglichten ein frühes Rentnerdasein. Die Zahl derer, die eine Invalidenrente erhielten ist ungewöhnlich hoch: 2% der Italiener waren danach Invalide und sogar 3,8% der Römer. Oft genug handelte es sich dabei um „lahme Fußballspieler und blinde Buschauffeure“ (NZZ, 13.11.93), und wer kennt nicht das Dörfchen Militello Rosmarino, wo 500 von 1.200 Erwachsenen Invalide waren (Vgl. Petersen 1995, 136). Schätzungen ergaben, daß ca. 60% der Invaliditätsrenten erschwindelt waren. Besonders nach Bekanntwerden der Maastricht-Kriterien wurde klar, daß die Italiener und Italienerinnen über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Die Parteien – und auch die Bürger – hatten sich in einem sozio-politischen System arrangiert, das vielleicht das einzig mögliche der Nachkriegszeit war. Aber dieses Arrangement hatte sich 1989/1991 überlebt. Wie sich der Umbruch der italienischen Parteienlandschaft vollzog, soll in den folgenden Kapiteln dargestellt werden.

⁷ Nach Eurostat-Daten: Kaufkraft des Pro-Kopf-Einkommens 1992 nach Regionen (EU=100): Lombardei 134, Baden-Württemberg 131, Emilia-Romagna 128, Bayern 126, Nordrhein-Westfalen 113. Zit.n. FAZ, 24.2.95.

3 Parteien in Italien – der rechtliche Rahmen

3.1 Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Bestimmungen

In Italien wie in Deutschland waren es politische Parteien, die nach der Niederlage des Totalitarismus die Personen in die verfassungsgebenden Versammlungen schickten. Einige italienische Parteien, darunter die Christdemokraten und die Kommunisten, hatten seit 1943 im Nationalen Befreiungskomitee (*Comitato di Liberazione Nazionale, CLN*) zusammengearbeitet, gemeinsam Widerstand gegen den Faschismus geleistet und das Land vor dem Auseinanderbrechen bewahrt. Dementsprechend wurden die Parteien in der *Costituente* als zentral für die politische Willensbildung angesehen und erhielten konstitutionellen Status. Das war neu, denn die italienische Rechtstradition hatte bisher eine negative Haltung Parteien gegenüber eingenommen. Ausgehend von der Trennung von Staat und Gesellschaft, galten Parteien im öffentlichen Recht „als ein ‚vorjuristisches‘ Element“ (Lanchester 1990, 370). Die Parteien wurden nun zum wichtigsten Instrument der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft. Aber sie besaßen der Idee nach nicht das Monopol der politischen Willensbildung. In die Verfassung von 1947 nahm man folgende Formulierung auf (Artikel 49):

„Alle Bürger haben das Recht, sich frei zu Parteien zusammenzuschließen, um in demokratischer Weise bei der Bestimmung der nationalen Politik mitzuwirken.“

Weitergehende Aussagen zu politischen Parteien macht die italienische Verfassung nicht. Artikel 49 sagt über Kennzeichen und Merkmale einer Partei sehr wenig aus, und eine Legaldefinition muß sich indirekt auf Aussagen des Parteienfinanzierungsgesetzes stützen. Damit lassen sich als formeller Maßstab die Wahlvorbereitung sowie eine bestimmte Anhängerschaft und bestimmte nationale Verbreitung als Merkmale angeben (Vgl. Lanchester 1990, 388).

Es ist sehr aufschlußreich, die verfassungsrechtliche Konstruktion der Partei in Italien genauer zu betrachten, nicht zuletzt deshalb, weil man dadurch besser verstehen kann, warum die Justiz eine so große Rolle bei den Umwälzungen in Italien gespielt hat.

Die Parteien werden in der italienischen Verfassung in Teil 1 „Rechte und Pflichten der Staatsbürger“ unter Titel 4 „Politische Beziehungen“ in Artikel 49 erwähnt. Sie gehören also nicht zum „Aufbau der Republik“, der in Teil 2 bestimmt wird. Das Bild der Partei ist das einer privatrechtlichen Vereinigung, nicht das einer öffentlichen Institution. Die Bestimmung der nationalen Politik erfolgt rechtlich gesehen vorstaatlich, denn Artikel 49 betrachtet Parteien als „Subjekte außerhalb des Staatsapparates“ (Ridola 1993, 414). Nach allgemeiner Rechtsauffassung konkretisiert Artikel 49 die Vereinigungsfreiheit (Art. 18 Ital. Verf.), d.h. die Stellung der Parteien ist in Form

eines Grundrechtes garantiert, und die Parteien sind privatrechtliche Vereine: „Die Parteien bleiben somit Vereinigungen im Sinn des bürgerlichen Rechts (Art. 36/39 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) ohne juristische Persönlichkeit und rechtlich auch ohne Vermögensfähigkeit“ (Lanchester 1990, 396). Der Grundsatz der Staatsfreiheit und die grundrechtliche Konstruktion macht staatliche Kontrolle zum Grundrechtseingriff und eine solche Kontrolle bedarf daher der Legitimation (Vgl. ebenda, 397). Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß es in Italien kein Parteiengesetz gibt. Als einfachgesetzliche Normen sind in diesem Zusammenhang nur das Wahlgesetz, das Parteienfinanzierungsgesetz und das Rundfunkgesetz zu erwähnen.

Die Essenz des Parteiengrundrechts ist der Grundsatz, daß die Parteien „in demokratischer Weise“ (*con metodo democratico* [Art. 49]) die Politik gestalten sollen. In Verbindung mit Artikel 3 (Pluralismus und Chancengleichheit) bedeutet das, daß es im Parteiensystem einen dynamischen Wettbewerb geben soll. Die innere Ordnung der Parteien, so die herrschende Lehre, bleibt davon unberührt.

Diese Ansicht ist nicht unumstritten, denn in den Übergangs- und Schlußbestimmungen der italienischen Verfassung verbietet Punkt 12 die Reorganisation der faschistischen Partei, was manche als Hinweis auf innerparteiliche Demokratie verstehen. Es findet sich in dieser Bestimmung aber keine explizite Aussage zum inneren Aufbau der Parteien, und in der Praxis wurde sie auch nicht angewandt, um den MSI zu verbieten. Verfassungspraxis ist, „daß den Parteien keine Vorschriften über ihre innere Organisation auferlegt werden“ (Lanchester 1990, 408). Ebenso strittig ist die Frage, ob es „bestimmte essentielle Werte“ gibt, die keine Partei negieren darf, bzw. ob bestimmte Verfahrensweisen für den *metodo democratico* unerlässlich sind, denn schließlich kennt Artikel 18 Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit, und Artikel 54 fordert Treue zur Republik. Aber auch in dieser Frage verzichtet die italienische Rechtsordnung auf eine Regelung. Ein Parteiverbotsverfahren gibt es (mit Ausnahme bei einer Reorganisation der faschistischen Partei) nicht (Vgl. Lanchester 1990, 416f).

Die außerstaatliche Rechtsnatur der Parteien, die die italienischen Verfassungsväter konstruierten, stand vom Beginn der Republik an in Spannung zur Realität. Im Laufe der Nachkriegsgeschichte entfernte sich die Wirklichkeit mehr und mehr von der Norm. Ein Ausdruck davon ist die Einführung der öffentlichen Parteienfinanzierung im Jahre 1974, wenn auch formell die privatrechtliche Natur der Parteien gewahrt blieb.

3.2 Öffentliche Parteienfinanzierung

Eine Untersuchung zu den Finanzen der italienischen Parteien aus dem Jahre 1971 ergab, daß in der damaligen Finanzierungspraxis dunkle Geldquellen und schwarze Kassen eine große Rolle spielten. Die Parteien finanzierten sich aus Mitgliedsbeiträgen, Unterstützungen von Sympathisanten und privaten Organisationen, durch inoffizielle Umleitung öffentlicher Gelder, aus eigener wirtschaftlicher Tätigkeit und aus finanziellen Zuwendungen aus dem Ausland (Vgl. Ridola 1992, 280). Das politische Klima Anfang der siebziger Jahre, als die Annäherung von Christdemokraten und Kommunisten erfolgte, war günstig, um den wachsenden Finanzbedarf der Parteien mit öffentlichen Mitteln zu ergänzen. Eine umfassende Reform des Parteienstatus wurde nicht durchgeführt, so daß auf eine Modifikation der privatrechtlichen Natur der italienischen Parteien verzichtet wurde. Ebenso lag ein Junktim der öffentlichen Finanzierung mit staatlicher Kontrolle des innerparteilichen Willensbildungsprozesses nicht im Interesse der beteiligten Parteien. Mit dem Gesetz vom 2. Mai 1974/Nr. 195 wurde die staatliche Parteienfinanzierung in Italien eingeführt (Vgl. Ridola 1992, 282). Sie setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen: der Wahlkampfkostenerstattung, einem Betrag für die laufende Arbeit, steuerlichen Vergünstigungen und aus Verboten bestimmter Finanzierungsquellen. Außerdem verpflichtete das Gesetz zur Offenlegung der Parteifinanzen.

Der Grundcharakter des Gesetzes wurde bis 1993 beibehalten, im Laufe der Jahre wurde jeweils die Höhe der Beträge angepaßt. 1980 wurde die Wahlkampfkostenerstattung auch auf die Wahlen zu den Regionalparlamenten und die Europawahlen ausgeweitet.⁸ Eine weitere Änderung verschärfte jedoch die Regeln zur Aufstellung der Jahresrechnung, und ein bedeutender Schritt war die Ausdehnung der Finanzierungsverbote und der Offenlegungspflicht auf Untergliederungen der Partei – d.h. vor allem auf die parteiinternen Strömungen, die *correnti*.⁹

Die Wahlkampfkostenerstattung auf nationaler Ebene kommt den Parteien zugute, die folgende Kriterien erfüllen: Sie müssen in mehr als zwei Drittel der Wahlkreise Kandidaten aufgestellt haben, mindestens einen Wahlquotienten errungen haben (d.h. ein Mandat in der ersten Mandatsverteilung) und landesweit mindestens 300.000 Stimmen oder mindestens 2% der Stimmen erhalten haben. (Für die Regionen mit Sonderstatus gelten andere Regeln.)

Die Gesamtsumme (1990: 40 Mrd. Lire) wird zu 20% gleichmäßig auf alle anspruchsberechtigten Parteien und zu 80% im Verhältnis zu den erlangten Stimmen aufgeteilt. Die Verteilung wird auf regionaler Ebene durchgeführt, um die Parteiorga-

⁸ Gesetz vom 8. August 1980/Nr. 422

⁹ Gesetze vom 19. November 1981/Nr. 659 und vom 27. Januar 1982/Nr. 22

nisationen der unteren Ebene gegenüber den Zentralen zu stärken (Vgl. Ridola 1992, 290f).

In die Dauerfinanzierung werden nur die Parteien einbezogen, die im Parlament vertreten sind. Von dem Betrag, der zur Verfügung steht (1990: 82 Mrd. Lire), gehen 2% zu gleichen Teilen an alle Fraktionen, 75% werden im Verhältnis der Mandatszahl der Fraktionen aufgeteilt, und auf die restlichen 23% wird ein gemischtes Kriterium angewandt, was u.a. wiederum mit den Sonderregionen zusammenhängt. Die Mittel werden an die Fraktionen ausbezahlt, eine rechtslogisch notwendige Konstruktion, um die Form der Parteien als Privatrechtssubjekte zu wahren. Aber die Fraktionen sind gesetzlich verpflichtet, mindestens 90% der Mittel an ihre Partei weiterzuleiten (Vgl. Ridola 1992, 292f).

Verbotene Finanzierungen sind Zuwendungen durch die öffentliche Verwaltung, öffentliche Körperschaften und Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung, die 20% überschreitet. Die Parteien erhalten Vergünstigungen durch Steuererleichterungen und Regelungen, die z.B. die Parteipresse und Gebäudemieten betreffen. Außerdem dürfen die Parteien Lotterien organisieren (Vgl. Ridola 1992, 289 u. 295f).

Die Parteien müssen jährlich in der jeweiligen Parteizeitung oder in einer überregionalen Zeitung ihre Finanzen offenlegen, wobei das Aufstellungsmuster vorgeschrieben ist. Weitere Kontrollen werden von den Präsidenten von Abgeordnetenkammer und Senat sowie einer Kommission von öffentlichen Rechnungsprüfern, die allerdings von den Fraktionsvorsitzenden ernannt werden, durchgeführt. Der Rechnungshof, der nach Artikel 100 der italienischen Verfassung die vom Staat subventionierten Körperschaften prüft, kommt bei den Parteien nicht zum Zug, wiederum aus „Sorge, in Gesetzesform die Institutionalisierung der Parteien vorzunehmen“ (Ridola 1992, 301).

3.3 Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit

Die rechtliche Konstruktion der Partei in Italien ist nicht ohne Eleganz. Die Trennung von Staat und Gesellschaft wird mit den Parteien als privatrechtlichen Vereinen rechtssystematisch konsequent umgesetzt. Gleichzeitig wird aber die wichtige Rolle der Parteien als Mediatoren in der repräsentativen Demokratie anerkannt und grundrechtlich fixiert, ohne daß ihnen die Verfassung das Monopol der politischen Willensbildung zuschreibt. So ist die Verfassungstheorie.

Die italienische Verfassungswirklichkeit sieht dagegen ganz anders aus. Es versteht sich von selbst, daß es eine Deckungsgleichheit von geschriebener und lebendiger

Verfassung nicht geben kann. Eine gewisse Differenz ist akzeptabel, ja sie ist der Spielraum für eine dynamische Fortschreibung des Rechts. Aber ab einem bestimmten Punkt ergibt sich ein Widerspruch zwischen Norm und Wirklichkeit – ein Zustand, der, gerade für Staatsrechtler und Verfassungsjuristen, kaum zufriedenstellend ist. Italien ist das „Musterbeispiel“ der *partitocrazia*, der Parteienherrschaft. In keinem anderen westeuropäischen Land haben sich die Parteien des Staatsapparats derart bemächtigt, rechtlich vorgesehene Verfahren umgangen und politische Institutionen lahmgelegt. Man kann zugestehen, daß dies der einzige Ausweg für das liberaldemokratische Land mit der stärksten kommunistischen Partei in Zeiten des Ost-West-Konfliktes war. Mit den Worten LaPalombaras (1988, 217):

„Wenn es ernste Schwierigkeiten gibt, die verhindern, daß die Institutionen so funktionieren, wie es die Theorie der parlamentarischen Demokratie gerne haben möchte, dann muß man sich eben nach einem Ersatz für sie umsehen, der wenigstens nicht den demokratischen Prozeß kaputt macht. Die als *partitocrazia* bezeichnete Form der Parteienherrschaft scheint genau diese Art von Lösung zu bieten.“

Aber es blieb nicht bei der de facto Außerkraftsetzung rechtlich vorgesehener Verfahren. Zur Finanzierung und Sicherung ihrer Macht griffen die Parteien auch zu illegalen Mitteln. Bekannt war dies seit langem, aber nach dem Legalprinzip handelnden Staatsanwälten winkte in der italienischen Parteiendemokratie kaum berufliche Karriere. Der Einfluß der Parteien reichte bis in die Justiz hinein (Vgl. Wieser/Spotts 1988, 160f, 169-171). Erst 1992 war es soweit, daß Ermittlungen gegen Parteileute nicht länger von den übermächtigen Parteien im Keim erstickt werden konnten – und die Richter und Staatsanwälte nutzten diese Chance, getragen von einer Welle der Empörung der Bürger über ihre politische Klasse.

Die Intensität des Anti-Parteien-Affekts und die Tragweite der Umwälzungen in Italien wird auch dadurch deutlich, daß das italienische Volk seinen Parteien den größeren Teil der staatlichen Finanzierung gestrichen hat. Bei den Referenden vom 18. April 1993 stimmten 90,3% der italienischen Bürgerinnen und Bürger für die Abschaffung der jährlichen Zuwendungen an die Parteien über die Parlamentsfraktionen.¹⁰ Der Vorschlag, das Parteienfinanzierungsgesetz per Referendum zu kippen, kam von Marco Pannellas Radikaler Partei. Schon einmal, im Jahre 1978, hatte sie ein Referendum gegen dieses Gesetz angestrengt, das aber mit 43% zu 56,3% scheiterte

¹⁰ Es trifft nicht zu, wie oft zu lesen ist, daß die gesamte öffentliche Parteienfinanzierung aufgehoben wurde. Die Wahlkampfkostenerstattung ist weiterhin in Kraft (Vgl. Luther 1995, 502). Die Beteiligung an diesem Referendum lag bei 77%. Im Norden stimmten die Regionen mit über 92% der Abschaffung zu, Spitzenreiter war Venetien mit 94,2%. Zum Süden hin nahm die Zustimmung ab bis auf ca. 86%. In Sizilien wollten „nur“ 83,2% die jährlichen Zuwendungen abgeschafft sehen. (Das Ergebnis ist abgedruckt bei Mershon/Pasquino 1995, 226.)

(Vgl. Ridola 1992, 283). Die Parteien gerieten durch das Versiegen ihrer wichtigsten Finanzquellen in Bedrängnis, schließlich fiel seit der Aufdeckung der Schmiergeldskandale 1992/93 auch die illegale Finanzierung weg. Es versteht sich von selbst, daß gerade die Regierungsparteien darunter besonders litten: Die sozialistische Partei wies Ende 1992 ein Defizit von 21,2 Mrd. Lire aus, die kleine sozialdemokratische Partei sah sich nicht länger in der Lage, Gehälter, Miet- und Telefonkosten zu bezahlen (Vgl. Weber 1993, 493). So zeichnen sich am Ende dieses Abschnitts bereits zwei treibende Kräfte ab, die das Regime der Altparteien zum Einsturz brachten: die Justiz und die Referendumsbewegung. Doch dazu im 6. Kapitel mehr.

4 Das italienische Parteiensystem in theoretischen Modellen und in der Wirklichkeit – Positionen und Wettbewerb auf der Systemebene

Diese Arbeit behandelt den Umbruch der italienischen Parteienlandschaft. Es erscheint mir sinnvoll, zunächst das italienische Parteiensystem als Ganzes zu betrachten. Die Betrachtung einer *Parteienlandschaft* ist nicht dasselbe wie die Analyse eines Parteiensystems. Letztere hat die „Gesamtheit aller relevanten Parteien“ („Parteiensystem“ [Wiesendahl] 1985, 666f) eines Landes und ihre Wechselwirkungen zum Gegenstand und nicht einzelne Parteien. Es geht dabei um die Konkurrenz auf der Systemebene, um Koalitionen und Verdrängungsprozesse und um die Einnahme von Positionen auf der Rechts-Links-Achse.

Was Italien betrifft, haben Giovanni Sartori mit dem „polarisierten Pluralismus“ (Sartori 1966 und 1976, Sani/Sartori 1983) und Paolo Farneti mit dem „zentripetalen Pluralismus“ (Farneti 1985) zwei wichtige theoretische Modelle entwickelt.¹¹ Sartoris Modell ist in der ausgearbeiteten Version von 1976 generalisierend formuliert – Hintergrund und früherer Ausgangspunkt ist aber das italienische Parteiensystem.

4.1 Sartoris Modell des „polarisierten Pluralismus“

4.1.1 Der numerische Anfang

Die Strukturanalyse von Parteiensystemen hat einen numerischen Anfang – historisch und systematisch. Man zählt die vorhandenen Parteien und kann damit ein Parteiensystem bereits in Ein-, Zwei- und Vielparteiensysteme – also quantitativ – gliedern. So begann Duverger seine Untersuchung in den 50er Jahren, mit der sich Sartori kritisch auseinandersetzt und die er qualitativ weiterentwickelt. Für Wiesendahl ist der Informationsgewinn auf der numerischen Ebene „nichtssagend“ („Parteiensystem“ [Wiesendahl] 1985, 667), und Merkel sieht Sartoris Verdienst darin, „der auf rein numerischen Kriterien basierenden Parteiensystemforschung ein Ende bereitet zu haben“ (Merkel 1984, 226).

Trotzdem verzichtet Sartori nicht auf das Zählen. Er schätzt den daraus resultierenden Erkenntniswert nicht gering, denn die Zahl der Parteien in einem System „immediately indicates, albeit roughly, an important feature of the political system: the extent to which political power is fragmented or non fragmented, dispersed or concentrated“ (Sartori 1976, 120). Die Zählweise sollte aber so geartet sein, daß nur

¹¹ Diese Modelle sind nicht die einzigen. Sehr bekannt ist Giorgio Gallis Beschreibung Italiens als „unvollständiges Zweiparteiensystem“ (*bipartitismo imperfetto*), in dem mangels möglicher Machtwechsel die Demokratie blockiert ist. Für diese Arbeit sollen Sartori und Farneti herangezogen werden, weil in ihren Modellen die Dynamik des Parteiensystems im Vordergrund steht, wohingegen Galli mehr funktional zu verstehen ist.

relevante Parteien mitgezählt werden. Dafür wird ein Relevanzkriterium bzw. ein Irrelevanzkriterium für kleine Parteien benötigt. Zuerst ist die Stärke einer Partei ausschlaggebend, wobei Sartori als Maß die Prozentzahl der erreichten Parlamentssitze (*strength in seats*) dem reinen Wahlergebnis (*electoral strength*) vorzieht (Vgl. ebenda, 122). Das nächste Kriterium ist die Möglichkeit einer Partei, an einer Regierungskoalition teilzunehmen (*coalition potential*), was ja auch kleinen Parteien Einfluß verschafft. Allerdings gilt es zu beachten, daß es zwar mögliche, aber unerwünschte Koalitionen gibt (was in Italien für eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten sowie der Neofaschisten galt). Damit hängt zusammen, daß es starke Parteien geben kann, die Systemopposition betreiben und prinzipiell nicht an Regierungsbeteiligungen interessiert sind. Sie sind trotzdem nicht ohne Einfluß, und ihnen kommt das sog. *blackmail potential* zu. Also ergibt sich:

„In summary, we can discount the parties that have neither (i) *coalition potential* nor (ii) *blackmail potential*. Conversely, we must count all the parties that have either a governmental relevance in the coalition-forming arena, or a competitive relevance in the oppositional arena“ (Ebenda, 123; Hervorheb. i. Orig.).

Mit der so durch qualitative Merkmale ergänzten Zählweise (*intelligent counting*) lassen sich sieben Klassen angeben, die das Ausmaß der Fragmentierung eines Parteiensystems bezeichnen.¹² Mit dieser Klassifizierung erreicht das numerische Kriterium seine Grenzen. Denn ob ein fragmentiertes Parteiensystem nur segmentiert oder auch polarisiert ist, läßt sich damit nicht erfassen. Um weitergehende Aussagen treffen zu können, muß ein stärker qualifizierendes Kriterium hinzugezogen werden. Es ist das ideologische Kriterium.

4.1.2 Ideologie und ideologische Distanz

Ideologie im Sinne der Parteienforschung darf selbstverständlich nicht mit dem Ideologiebegriff Marx', Paretos oder Mannheims assoziiert werden. Als analytischer Begriff bestimmt sich für Sartori die Bedeutung von Ideologie von ihrem Gegenpol her, den er Pragmatismus nennt. So ergibt sich eine Skala, deren Pole Ideologie einerseits und Pragmatismus andererseits sind (Vgl. Sartori 1976, 126). Mit dieser Skala läßt sich für Mehrparteiensysteme die *ideologische Distanz*, d.h. „the overall

¹² Ohne hier weiter auf die einzelnen Klassenbezeichnungen einzugehen: die größere Differenziertheit im Vergleich zur Einteilung in Ein-, Zwei- und Vielparteiensysteme ist offensichtlich (Vgl. Sartori 1976, 125f):

1. Einparteiensystem
2. Parteiensystem mit hegemonialer Partei
3. Parteiensystem mit prädominanter Partei
4. Zweiparteiensystem
5. Begrenzter Pluralismus (3-5 Parteien)
6. Extremer Pluralismus (6-8 Parteien)
7. Atomisiertes System

spread of the ideological spectrum of any given polity“ (Ebenda), darstellen. Analog zu den numerisch gebildeten Klassen lassen sich unter Hinzuziehung des ideologischen Kriteriums Typen bilden. Ein fragmentiertes System mit geringer ideologischer Distanz ist vom Typ gemäßigter Pluralismus (*moderate pluralism*), wohingegen Fragmentierung bei gleichzeitiger ideologischer Polarisierung als polarisierter Pluralismus (*polarized pluralism*) bezeichnet wird (Vgl. ebenda, 126f). Sartori gibt an dieser Stelle keine Skalenwerte an, denn es geht ihm hier um Typenbildung und nicht um die Operationalisierung seines Modells.

4.1.3 Merkmale des polarisierten Pluralismus

Die Merkmale, die den polarisierten Pluralismus kennzeichnen, sind orientiert an der Weimarer Republik, dem Frankreich der IV. Republik, Chile (bis September 1973) und Italien. Acht Merkmale gibt Sartori in seiner Arbeit an (Vgl. Sartori 1976, 132-139):

1. Das Vorhandensein von relevanten Anti-System-Parteien;
2. Die Existenz einer zweiseitigen Opposition, d.h. Oppositionsparteien, die rechts bzw. links der Regierung stehen und untereinander nicht koalitionsfähig sind;
3. Die feste Besetzung des Zentrums auf der Rechts-Links-Achse durch eine oder mehrere Parteien, und zwar derart, daß ein Wettbewerb der Flügelparteien um die Wähler der Mitte aussichtslos erscheint (Folge siehe 5.);
4. Die Polarisierung durch große ideologische Distanz der zwei Pole;
5. Das Vorherrschen des zentrifugalen Wettbewerbs;
6. Ein grundlegendes, ideologisches Muster der politischen Kultur;
7. Das Vorhandensein einer verantwortungsfreien Opposition, die dauerhaft von der Regierungsübernahme ausgeschlossen ist (vice versa das Vorhandensein einer Regierung, die mangels Alternative auf unbestimmte Zeit an der Macht bleiben kann);
8. Eine Politik der sich gegenseitig überbietenden Versprechungen der Parteien an die Wähler (*politics of outbidding*).

Es ist umstritten, inwieweit Sartoris Modell sich auf Italien anwenden läßt. Die Kritik, die bereits an Sartoris Version seiner Theorie von 1966 geäußert wurde, bezieht sich vor allem auf die Zentrifugalität des Wettbewerbs und auf die Bezeichnung „Anti-System-Partei“. In seiner Arbeit von 1976 geht Sartori auf die Kritik ein und differenziert seine Theorie. Er weist darauf hin, daß ein auf allen Ebenen polarisiertes System, d.h. auf der Wählerebene, auf der parlamentarischen Ebene und auf

der Ebene der Parteiführungen, zum Scheitern verurteilt ist. Die Weimarer Republik dient ihm dafür als Beispiel. Umgekehrt also muß, damit ein System überleben kann, zentrifugaler Wettbewerb auf einer Ebene mit zentripetalen Tendenzen auf einer anderen Ebene kompensiert werden. Und das trifft, so Sartori, auf Italien in den 70er Jahren zu. Die elektorale Zentrifugalität wird durch zur Mitte tendierende Kräfte in der Parteiführung der Kommunisten ausbalanciert. Das ist der Grund, warum das italienische politische System das bisher am längsten überlebende des Typs polarisierter Pluralismus ist (Vgl. Sartori 1976, 144). In ähnlicher Weise schlägt Klaus von Beyme vor, den polarisierten Pluralismus in zwei Untertypen zu gliedern: Unterschieden werden sollen polarisierte Systeme mit Fundamentaloppositionen von rechts und links, in denen „die Mitte nicht mehr regierungsfähig ist“, von solchen „mit regierungsfähigen Mitteparteien“, wozu er Italien zählt (von Beyme 1984, 323).

4.1.4 Das italienische Parteiensystem 1946-1963

Es besteht allgemein Übereinstimmung darin, daß Sartoris Modell das italienische Parteiensystem der Nachkriegszeit bis Anfang der 60er Jahre zutreffend erklärt (Vgl. Farneti 1985, 181).

Für diese Phase läßt es sich nach Sartori mit den zwei sich überlagernden Hauptkonfliktlinien graphisch folgendermaßen darstellen:

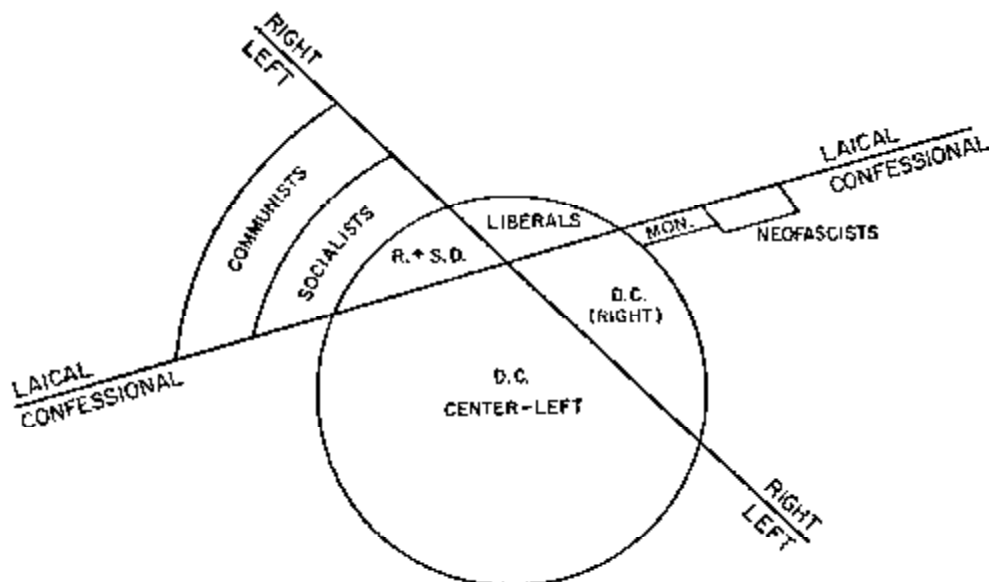


Abbildung 1: Anordnung der italienischen Parteien um die Konfliktlinien (Sartori 1966, 149)

Die vier Pro-System-Parteien Christdemokraten (DC), Liberale (PLI), Republikaner (PRI) und Sozialdemokraten (PSDI) bilden das Zentrum, in dem die Konfliktlinien

rechts-links und laikal-konfessionell sich überschneiden. Am Zentrum grenzen die Sozialisten (PSI) und Monarchisten an, die als *half-way parties* bezeichnet werden, und schließlich, am weitesten von der Mitte entfernt, stehen die Anti-System-Parteien: die Kommunisten (PCI) und die Neofaschisten (MSI).

In der unmittelbaren Nachkriegszeit regierten zunächst sieben Kabinette unter Ministerpräsident De Gasperi (DC). Bis Mai 1947 gehörten auch Kommunisten und Sozialisten der Regierung an. De Gasperi band ferner die kleinen laizistischen Parteien (Liberale und Republikaner) in die Regierungskoalitionen ein, um die Kräfte entlang der Konfliktlinie laikal-klerikal (die ja durch seine Partei, die *Democrazia Cristiana*, hindurchging) auszubalancieren. Selbst nach den Wahlen von 1948, als die DC eine absolute Mehrheit an Parlamentssitzen errang, regierte sie nicht allein. Nach dem Scheitern seiner letzten Regierung nach nur 12 Tagen zog sich De Gasperi im Juli 1953 aus der Regierung zurück. Es folgten Minderheitsregierungen der DC und Mitte-Rechts-Koalitionen unter Führung junger DC-Politiker (Siehe im Anhang: „Die Regierungen der Ersten Republik [1946-1994]“). Elf Kabinette, darunter vier unter Amintore Fanfani, regierten Italien bis Anfang der sechziger Jahre, bis zu der Zäsur, die sich durch Aldo Moros Konzept der Öffnung nach links (*apertura a sinistra*) ergab. Dieses Konzept fand auf dem Parteitag der Christdemokraten 1962 in Neapel eine Mehrheit. Nach den Wahlen von 1963 führte Aldo Moro die erste Mitte-Links-Koalition (*centro-sinistra*), der neben Christdemokraten und Sozialisten auch Sozialdemokraten und Republikaner angehörten.

Es fand also ein Wandel der Ausrichtung der Parteien von den Polen hin zur Mitte statt. Voraussetzung dafür war seitens der Christdemokraten die Einsicht in die Notwendigkeit, sich zu öffnen, um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die die rasche Industrialisierung mit sich brachte, in Angriff zu nehmen. Die Orientierung der Sozialisten hin zur Mitte brach sich Ende der fünfziger Jahre Bahn – seit dem Bruch mit den italienischen Kommunisten und der Bejahung der NATO-Mitgliedschaft Italiens auf dem Parteikongreß 1959 (Vgl. Wieser/Spotts 1988, 89). Der neue Kurs konnte sich durchsetzen, nachdem der Sozialistenführer Pietro Nenni seine Position an der Spitze des PSI gefestigt hatte. Er führte die Sozialisten erstmals seit 1947 wieder in die Regierung. Mit Unterbrechungen durch Minderheitsregierungen der DC (*monocolore*) hielt die *centro-sinistra*-Formel bis Anfang der siebziger Jahre. 1974 änderten die Sozialisten ihre Richtung und weigerten sich, einer Regierung ohne die Kommunisten beizutreten. 1973 hatte der Führer des PCI, Enrico Berlinguer, den bürgerlichen Kräften die Zusammenarbeit angeboten, was in der Folgezeit als „historischer Kompromiß“ (*compromesso storico*) bekannt wurde. Die italienischen Kommunisten wollten sich aus der Isolation befreien. Ein Wandlungsprozeß war bei ihnen seit den

fünfziger Jahren, also nach den Enthüllungen über Stalin 1953 und dem Ungarn-Aufstand 1956, in Gang gekommen. Palmiro Togliatti, der damals Parteichef der Kommunisten war, betrachtete das sowjetische Modell nicht mehr als verpflichtend und proklamierte den italienischen Weg zum Sozialismus (Vgl. Chiellino/Marchio/Rongoni 1995, 125f).

Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, wie weitgehend der Wandel der Kommunisten war. Sartori diskutierte in seinem Werk, ob und wie (positiv oder negativ) der PCI in das System integriert wurde, blieb aber bei seiner Ansicht, daß die kommunistische Partei eine Anti-System-Partei sei (Vgl. Sartori 1976, 140-145). Von Beyme (1984, 321 f) stellte fest, daß es „nicht mehr so sicher“ sei, Parteien dieses Typs eindeutig zu bestimmen. Er nannte explizit nur die Neofaschisten (MSI) und sah die Kommunisten „weit mehr in das System eingebunden, als der Ausdruck ‚negative Integration‘ verrät“. Es bestand kein Konsens über den damaligen Charakter des PCI: Systemgefährdung oder Regierungsalternative – das waren die Pole, zwischen denen sich die Ansichten bewegten (Dazu siehe Merkel 1984; I. Daalder 1983).¹³ Unstrittig war, daß die hohe Fragmentierung weiterhin Kennzeichen des italienischen Parteiensystems blieb. In der Forschung hatte sich in den siebziger Jahren die Ansicht durchgesetzt, daß Instabilität erst dann zu befürchten ist, wenn zur Fragmentierung Polarisierung hinzukommt (Vgl. Sani/Sartori 1983, 307f). Zwar sah Sartori Italien unverändert als „a strongly polarized polity“ (Ebenda, 333), er gründete seine Ansicht dabei aber auf Selbsteinstufungen von Wählern auf der Links-Rechts-Achse.

In der modelltheoretischen Betrachtung des italienischen Parteiensystems hat sich für die Zeit ab Mitte der sechziger Jahre das zentripetale Modell Farnetis durchgesetzt. Es beruht auf der Grundannahme, daß durch die Entwicklungen bei den Kommunisten und den Sozialisten eine Umkehr des Parteienwettbewerbs (zumindest auf der linken Seite des Parteiensystems) hin zur Mitte und, damit zusammenhängend, eine Depolarisierung des Systems stattgefunden hat.

¹³ Es ist aber zu simplifizierend, Modell und Kritik auf die Parteipräferenzen der jeweiligen Autoren zurückzuführen, wie das van Loenen („Weimar or Byzantium: Two Opposing Approaches to the Italian Party System“; siehe van Loenen 1990) tut. Er unterscheidet Arbeiten zum italienischen Parteiensystem danach, ob das Hauptkriterium die Ideologie oder die Rolle der Eliten ist. Er schließt daraus, „that a relationship exists between a focus on elites and neglect of ideology on the one hand, and an affinity for the PCI and hostility towards the governing parties on the other. (...) By contrast, a focus on the inter-party dynamics that are typical of the party system, as well as on ideology, corresponds to a less hostile opinion about the governing parties, and in the case of Sartori, a negative assessment of the democratic character of the PCI“ (Ebenda, 255). Dem elitenkritischen Ansatz weist van Loenen den Ausdruck „Byzanz“ zu, dem Ideologie-orientierten Ansatz, wozu Sartori zu zählen ist, den Ausdruck „Weimar“. Es bleibt anzumerken, daß Sartori in bezug auf Italien selbst von der „byzantine nature of that system“ bzw. vom „byzantine party system“ spricht (Sartori 1966, 152 u. 153).

4.2 Modell und Wirklichkeit des „zentripetalen Pluralismus“

4.2.1 Farnetis Modell des „zentripetalen Pluralismus“

Paolo Farneti hat in seinem posthum erschienenen Werk zum italienischen Parteiensystem den Begriff des „zentripetalen Pluralismus“ geprägt. Er verwirft das Modell Sartoris nicht, sondern stellt sein Modell daneben, um speziell den italienischen Fall besser erklären zu können. Der Grundgedanke des zentripetalen Pluralismus ist, daß der wichtigste Punkt für das Funktionieren eines Parteiensystems die Mitte ist. Sie ist dauerhafter Referenzpunkt für jede Regierungsbildung, aber sie gewinnt ihre Stärke gerade aus der Existenz gegenüberliegender Pole. Die Mitte selbst ist normalerweise nicht homogen, sondern aufgeteilt in Mitte, Mitte-rechts und Mitte-links. Die Pole des Parteiensystems sind dadurch geschwächt, daß durch sie hindurch Konfliktlinien verlaufen. Auf der Rechten die Konfliktlinie konservativ/reaktionär, auf der Linken Systemakzeptanz/Systemablehnung. Das heißt also, mit den Worten Farnetis: „...the basic idea of the model of centripetal pluralism is *not* the strength of the centre, but rather the weakness of the right and left poles of the political and ideological alignment which results from their heterogeneity“ (Farneti 1985, 183; Hervorhebung im Original).

Die Dynamik des zentripetalen Pluralismus ergibt sich daraus, daß Parteien der beiden Pole versuchen, Koalitionspartner in der Mitte zu finden, was, so Farneti, ein kleineres Übel ist, als dauerhaft in der Opposition zu bleiben. Die Gefahr für die Rechts- bzw. die Linksparteien dabei ist, daß ihre Wähler eine Regierungskoalition mit Parteien der Mitte als Anpassung brandmarken können und daß die jeweiligen Parteien ihre Identität verlieren. Dann droht ihnen der Verlust ihrer traditionellen Wählerbasis. Der Gewinner in diesem System ist die größte Partei der Mitte. Sie ist praktisch dem Wettbewerb entzogen, wohingegen die Parteien rechts und links der Mitte darum kämpfen, die Rolle des Mehrheitsbeschaffers bzw. des Züngleins an der Waage spielen zu können. Die Annäherung an die Mitte ist in diesem Modell mehr pragmatisch denn ideologisch, und die Einbindung in die Regierung erfolgt nicht auf beiden Polen gleichermaßen. Deshalb ist, nach Farneti, der zentripetale Pluralismus vom gemäßigten Pluralismus Sartoris und vom konsoziativen Modell Lijpharts zu unterscheiden (Vgl. Farneti 1985, 184-186).

4.2.2 Das italienische Parteiensystem 1963-1979

Das Modell Farnetis läßt sich mit Erfolg auf die Mitte-Links-Regierungen während der 60er und der 70er Jahre anwenden. Die Sozialisten sanken in der Wählergunst von

14,2% bei den Wahlen 1958 auf 9,6% 1972. Der Wähler honorierte also die Koalitionen mit den Christdemokraten nicht. Die Kommunisten bewegten sich durch ihr Angebot des „Historischen Kompromisses“ in Richtung Zentrum des Parteiensystems. PCI-Chef Berlinguer verkündete 1973 den Verzicht auf das Ziel, mit einer Mehrheit der linken Parteien die Regierung übernehmen zu wollen. Vielmehr bot er den Christdemokraten die Zusammenarbeit an, um Italien grundlegend zu erneuern (Vgl. Wieser/Spotts 1988, 77). Obwohl dieser Schritt innerhalb des PCI sehr umstritten war und von vielen Parteimitgliedern nicht mitgetragen wurde, erzielten die Kommunisten in der Wahl von 1976 mit 34,4% (gegenüber 27,2% 1972) der Stimmen ihr bestes Ergebnis der Nachkriegszeit.

Nach Farneti geriet der zentripetale Pluralismus mit der Regierung der nationalen Einheit 1977/78 in die Krise, denn letztlich habe die Bewegung zur Mitte im Immobilismus geendet (Vgl. Farneti 1985, 189). Das Modell verlor seiner Ansicht nach mit dem Jahr 1979 seinen Wert in der Erklärung der politischen Wirklichkeit. Nach der Ermordung des Christdemokraten Aldo Moro, der die Zusammenarbeit mit dem PCI maßgeblich vorangetrieben hatte, und den Verlusten der Kommunisten bei den Wahlen 1979, war das Ende des „historischen Kompromisses“ gekommen. Die Kommunisten wollten keine weitere DC-Regierung unterstützen, sondern entweder an der Regierung oder in der Opposition sein. Mit den kleinen laizistischen Parteien wollten sie eine „demokratische Alternative“ (*alternativa democratica*) bilden, die in der Lage sein sollte, eine Regierung ohne Beteiligung der DC zu stellen (Vgl. Chiellino/Marchio/Rongoni 1995, 129). Der Tod Berlinguers 1984 stürzte die kommunistische Partei in eine Führungskrise. 1987 verkündete PCI-Führer Occhetto den Verzicht auf neue Formeln und verlangte konkrete Schritte zur Reform der staatlichen Institutionen.

4.3 Das italienische Parteiensystem 1979-1992/94

Für die achtziger Jahre liegen keine ausformulierten Modelle vor. Man spricht allgemein, von der Regierungsbildung her gesehen, von der Phase der Fünfparteienkoalitionen (*pentapartito*) aus DC, PSI, PSDI, PRI und PLI. In dieser Zeit waren also praktisch alle „erwünschten“ Parteien mit in der Regierung. Ausgeschlossen blieben nur, ungeachtet einiger Kleinstparteien, die Kommunisten und die Neofaschisten. Die Mitte übte weiterhin Anziehungskraft aus, und man kann auch für die achtziger Jahre das Attribut „zentripetal“ verwenden. Strenggenommen konnte es aber gar keine zentripetale Bewegung mehr geben, denn bildlich gesprochen war die DC die „Sonne“ des Systems, die von den Kleinstparteien, den „Planeten“, trotz ihrer Anziehungskraft

auf festen Bahnen umkreist wurde. Nur die Sozialisten machten Anstalten, ihre Bahn zu verlassen und weiter ins Zentrum zu rücken.

Die Zeit der Vorherrschaft der Christdemokraten neigte sich in diesem Jahrzehnt ihrem Ende zu. In den Wahlen von 1979 bis 1992 verloren sie immer mehr Stimmen. Als der Republikaner Giovanni Spadolini 1981 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, war zum ersten Mal seit 1948 ein Politiker Regierungschef, der nicht den Christdemokraten angehörte. Nach dem Einbruch der DC 1983 mit ihrem schlechtesten Ergebnis der Nachkriegsgeschichte (32,9%) gelangte mit Bettino Craxi der erste Sozialist an der Spitze der Regierung. Das erste Kabinett Craxis war mit 1.048 Tagen das am längsten amtierende der Ersten Republik. Craxi hatte sich in einer Reihe von innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen den *correnti* des PSI durchgesetzt und führte in den achtziger Jahren unbestritten und mit großer Popularität seine Partei an. Von 1979 bis 1987 erzielten die Sozialisten kontinuierlich Gewinne, ihr Stimmenanteil stieg von 9,8% auf 14,3%. Die Kommunisten waren in diesen Jahren immer weiter abgerutscht, so daß dem Beobachter der achtziger Jahre ein Überholen der Kommunisten durch die Sozialisten nicht unrealistisch erschien. Craxis Kurs war im Hinblick auf Koalitionen und neue Wählerschichten ganz auf die Mitte gerichtet. Seine Partei sollte modern und aufgeschlossen werden. Er wollte die sozialistische Partei zur Mitte-links-Partei machen und die Christdemokraten aus der unangefochtenen Mittelposition ein Stück weit nach rechts abdrängen: „It [der PSI, V.L.] was the alternative to the DC - and the PCI. Bipolarity was to be firmly rooted in the centre, clearly establishing the DC as the mass party of the (centre-) right“ (Donovan 1990, 121). Das italienische Parteiensystem bezeichnete Donovan demzufolge als „centre-based bipolarity“ (Ebenda).

Craxi gelang von 1980 bis 1992 die permanente Beteiligung seiner Partei an der Regierung – und damit auch am Patronagesystem der Parteienherrschaft. Die Sozialisten spielten eine Schlüsselrolle im italienischen Parteiensystem der achtziger Jahre, aber an der Blockierung der italienischen Demokratie änderten sie nichts. Sie waren „zu schwach, um die Christdemokraten voll zu ersetzen, und zu stark, um außerhalb der Regierung zu bleiben“ (Wieser/Spotts 1988, 97). Unter diesem Gesichtspunkt erschien es angebracht, vom Duopol aus DC und PSI zu sprechen (Vgl. Leonardi/Kovacs 1993, 52). Dieses Duopol verfiel nach den Parlamentswahlen 1992. Die Christdemokraten fielen mit 29,7% erstmals unter die magische 30%-Grenze, die Sozialisten verloren 0,7% und erzielten 13,6% der Stimmen. Die Enthüllung der Schmiergeldskandale begann kurz nach den Wahlen von 1992, so daß eine Regierungsbildung der alteingesessenen Parteileute nicht mehr möglich war. Eine Entwicklung brach sich Bahn, bald als Revolution bezeichnet, die den völligen Umbruch des Parteiensystems mit sich brachte.

Die Forderungen nach Reform des politischen Systems und die Kritik an der Parteienherrschaft waren bereits in den achtziger Jahren immer lauter geworden. Am Ende dieses Jahrzehnts schien endgültig offenbar geworden, daß Italien sich nicht mit der Zeit automatisch zu einer „normalen“ Demokratie entwickeln würde, in der die Opposition eine echte Alternative zur Regierung bot und eine reale Chance hatte, an die Macht zu kommen. Farneti hat darauf hingewiesen, daß dem zentripetalen Pluralismus ein Wandlungspotential immanent ist, das zur Dynamik eines Zwei-Parteien-Systems führen kann (Vgl. Farneti 1985, 186).¹⁴ Der italienische Weg hat, wie wir heute, Mitte der Neunziger, wissen, nicht von selbst dahin geführt. Die Parteien waren zu einer Reform von innen heraus nicht fähig. Erst die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts 1993 hat zur Herausbildung von zwei Blöcken geführt – Mitte-links und Mitte-rechts –, die allerdings noch sehr heterogen sind und sich weiter entwickeln müssen. In der italienischen Diskussion über das Parteiensystem wird zurzeit kaum mehr anders als mit den Bezeichnungen „*centro-sinistra*“ und „*centro-destra*“ gesprochen. Doch dazu weiter unten (Kap. 6) mehr.

Die Ursachen für den Wandel des italienischen Parteiensystems lassen sich auf der Systemebene und mit Hilfe der Wettbewerbsdynamik nicht darstellen. Letztlich entscheiden die Wähler über Erfolg oder Mißerfolg der Parteien. Auf- und Abstieg von Parteien hängen mit sozialem Wandel zusammen. Das folgende Kapitel nimmt deshalb die gesellschaftliche Ebene und das Verhältnis von Wählern und Parteien ins Blickfeld.

¹⁴ Merkel kritisiert, Farneti hätte, seinem Modell der allgemeinen Tendenz zur Mitte folgend, logischerweise „die Entwicklung zu einem unipolaren System prognostizieren“ (Merkel 1983a, 13) müssen. M.E. ist die Entwicklung zur Dynamik eines Zwei-Parteien-Systems als Endpunkt des zentripetalen Pluralismus aber plausibler, denn wenn zwei große Parteien um die Besetzung der Mitte kämpfen, wird jede von ihnen versuchen, ihre Erfolgchancen durch Ausgreifen auf den ihr nahe liegenden Flügel zu vergrößern, d.h. Dehnung weg von der Mitte und somit geringfügig zentrifugales Verhalten, um sich einen Vorteil gegenüber dem politischen Gegner zu verschaffen. Das italienische Beispiel des Historischen Kompromisses kann nicht als Tendenz zur unipolaren Entwicklung gedeutet werden. Die Einbeziehung der Kommunisten in die Verantwortung diente zwar der Annäherung und Depolarisierung, stärkte aber letztlich die Christdemokraten, da sie auf ihrem Platz im Zentrum beharren konnten, während dem Partner die verschleißende Bewegung abverlangt wurde.

5 Kontinuität und Wandel der italienischen Parteienlandschaft bis 1992

5.1 Nachkriegsstabilität und aufkommende Bewegung im italienischen Parteiensystem

Lipset und Rokkan haben die Entstehung von Parteiensystemen mit ihrem Strukturmodell sozialer Konfliktlinien (*cleavages*) und die Dauerhaftigkeit von Parteiensystemen mit der *freezing*-These erklärt. Danach haben sich die Parteiensysteme Westeuropas bis in die 1920er Jahre um vier soziale Konfliktlinien¹⁵ herum gebildet und sich in der folgenden Zeit kaum verändert: „the party systems of the 1960's reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's“ (Lipset/Rokkan 1967, 50). Italien ist kein typisches Beispiel dafür. Die Formierung des italienischen Parteiensystems vollzog sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und sie fand mit der Gründung des katholischen *Partito Popolare Italiano* im Jahre 1919 einen ersten Abschluß. Die Lebensspanne des „vollständigen“ Parteiensystems währte jedoch nur drei Jahre, bis zu Mussolinis Marsch auf Rom 1922 (Vgl. ebenda, 52). Diese Zeit reichte für eine tiefe Einprägung nicht aus. Die Jahre des Faschismus waren ein Kontinuitätsbruch in der Entwicklung des italienischen Parteiensystems. Dies wirkte sich auf seine Wiederentstehung in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus. Deutlichster Ausdruck dafür war das Verschwinden der Liberalen als bestimmende politische Kraft (Vgl. von Beyme 1984, 34). Aber es gab auch Anknüpfungspunkte an die Vorkriegszeit, insbesondere bei den Sozialisten und bei den Christdemokraten, die auf den *Popolari* gründeten. „In general we can say that Italian post-war mass parties have succeeded in redefining the socio-economic cleavages inherited by pre-war society“ (Farneti 1985, 10). Nachdem sich das Nachkriegsparteiensystem Italiens herauskristallisiert hatte, blieb es bis in die siebziger Jahre kaum verändert bestehen. Es befand sich auf dem Wandlungsniveau der *temporary fluctuations*.

Die empirische Forschung bestätigte die These Lipsets und Rokkans für die Nachkriegszeit. 1970 kamen Rose und Urwin in einer vielbeachteten Untersuchung zu dem Ergebnis: „...the electoral strength of most parties in Western nations since the war had changed very little from election to election, from decade to decade, or within the lifespan of a generation“ (Rose/Urwin 1970, 295). Die Studie umfaßte 19 westliche Staaten und errechnete mit den Ergebnissen nationaler Wahlen von 1945 bis 1969 Trends in der Parteienunterstützung. Natürlich sahen die beiden Politologen das

¹⁵ Staat-Kirche, Zentrum-Peripherie, Agrarwirtschaft-Industriewirtschaft und Kapital-Arbeit. Diese Paare spiegeln die großen historischen Dichotomien wider, die in jedem einzelnen Land zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichem Ausmaß aufgetreten sind: Reformation, Nationalstaatswerdung, Demokratisierung, Industrialisierung und soziale Frage (Vgl. Lipset/Rokkan 1967, 37f u. 47f).

Problem, daß praktisch gleichbleibende aggregierte Stimmenzahlen eine hohe Bewegung auf der individuellen Wählerebene verdecken können. Mangels Daten konnte das nicht überprüft werden, aber der Umfang und der Zeitraum der Studie machten große, sich neutralisierende Wählerbewegungen unwahrscheinlich. „The more parsimonious explanation is likely to be true: nil net changes reflects limited gross change“ (Ebenda, 301). Die Summe der Ergebnisveränderungen aller Parteien des Systems war für Italien im untersuchten Zeitraum gering, Italien gehörte zu den unter „static“ (Ebenda, 306) eingeordneten Ländern. Zum gleichen Schluß kam auch Farneti: „Until the mid-1970s, (...) parties profited from the immobilism of a very loyal and stable electorate“ (Farneti 1985, 123). Mit Ausnahme der Wahl von 1948 bewegten sich die Christdemokraten um die 40%-Marke, die Kommunisten legten bei den vier Wahlen von 1953 bis 1968 von 22,6% auf 26,9% leicht zu.

In einer späteren Aktualisierung ergab sich ein anderes Bild. In der Fortführung der Studie bis 1979 gelangte Maria Maguire zu dem Ergebnis, daß die westeuropäischen Parteiensysteme in Bewegung gekommen waren. Besonders deutlich kam dies zum Ausdruck, wenn der Zeitraum von 1960 bis 1979 gesondert betrachtet wurde. Gemessen am Kriterium der aggregierten Volatilität, erhärtete sich die These, „that the period since 1960 has seen a significant departure from previous patterns of electoral persistence“ (Maguire 1983, 83).

Auch auf Italien traf dies zu, wenngleich der Wandlungsprozeß erst später einsetzt. Der Sprung des PCI über die 30%-Marke 1976 stellte zugleich den Wendepunkt zum Abwärtstrend dar, und die Abkehr der Wähler von den Christdemokraten setzte in den achtziger Jahren ein.

Was waren die Gründe dafür? Wenn die aggregierten Wahlergebnisse zu Verschiebungen im Parteiensystem führen, liegen die Ursachen bei den Wählern *und* den Parteien bzw. ihrer Wechselwirkung. Aber der Zusammenhang zwischen sozialem Wandel und politischem Wandel ist komplex und schwer durchschaubar:

„...even if we can make a working assumption that societal change leads to political change, the exact process by which it does so, as well as the way in which parties and party systems can control this change or at least adapt to it in a manner that sustains their electoral and/or governmental position, remain very grey und uncharted areas in political science“ (Mair 1983, 417).

Klar ist zumindest, daß Parteien früher oder später Stimmen in dem Ausmaß verlieren, wie sie die Anpassung an Wandel in der Wählerschaft versäumen (Vgl. ebenda, 417f). War dies in Italien der Fall? Eines kann man vorausschicken: Mit dem bis 1993 geltenden Verhältniswahlrecht ohne relevante Sperrklausel hatte Italien ein Wahlsystem, das die Transmission von sozialem Wandel in das Parteiensystem sehr leicht macht – sei es, daß neue Parteien entstehen oder sei es, daß die bloße Furcht vor ihrer Entstehung den Reformdruck auf die etablierten Parteien vergrößert. Betrachten wir

also die zentralen Wandlungsphänomene in der italienischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf das Parteiensystem.

5.2 Sozialer und politischer Wandel seit den 70ern bis 1992

Dieser Abschnitt soll verdeutlichen, daß der Wandel im italienischen Parteiensystem bis 1992 im westeuropäischen Kontext gesehen werden kann, d.h. es laufen Prozesse ab, wie sie ähnlich auch in anderen pluralistischen Demokratien zu beobachten sind. Die spezifisch italienischen Entwicklungen dürfen dabei allerdings nicht vernachlässigt werden.

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten war das Parteiensystem stabil. Die aggregierten Wahlergebnisse wiesen wenig Fluktuation auf, bis Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre Veränderungen eintraten. Es handelte sich dabei um Veränderungen im Wahlverhalten, die v.a. durch Säkularisierung, Wertewandel, Entideologisierung und Tertiärisierung der Wirtschaft bewirkt wurden. Die abnehmende Parteiidentifikation erhöhte die potentielle Mobilität der Wähler und ließ die Zahl der Wechselwähler steigen. Auch die Zahl der Nichtwähler bzw. ungültiger Stimmen stieg.

Die italienischen Verhältnisse stellten dabei einen Sonderfall innerhalb der europäischen Demokratien dar. Die von den Parteien völlig durchdrungenen politischen Institutionen und der Einfluß der Parteiapparate führten zu Dysfunktion, Stagnation und Ineffizienz des Staates. Ein echter Regierungswechsel fand nicht statt – die italienische Demokratie war blockiert. Die Wählerbewegung zwischen den politischen Lagern blieb gering. Erst als der Antikommunismus seine mobilisierende Kraft verlor und neue Parteien in die Arena traten, die innerhalb der Lager eine Möglichkeit zur Abwahl der alten Kräfte gaben, begann der Niedergang der etablierten Parteien. Die Linke hatte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mit Legitimationsproblemen zu kämpfen, außerdem entstand auf der Linken seit Mitte der achtziger Jahre eine eigenständige grüne Partei, die das „postmaterialistische“ Wählerpotential zu integrieren versuchte. Auf der Rechten wurde Ende der achtziger Jahre die populistische Lega Lombarda/Lega Nord zum Auffangbecken enttäuschter DC-Wähler. Außerdem entstanden Anfang der neunziger Jahre Bewegungen, deren einziges Ziel die Reform des Wahl- und Regierungsystems war, nachdem die etablierten Parteien in dieser Hinsicht über Pläne und wirkungslose Kommissionen nicht hinaus kamen.

5.2.1 Der Wandel des Wahlverhaltens in Italien

Wahlergebnisse verändern sich, geht man von der Wählerschaft aus, durch vier Faktoren. Erstens ändert sich von Wahl zu Wahl das Elektorat. Alte Menschen sterben, junge Menschen erreichen das Wahlalter (Erstwähler). Zweitens kann ein Wähler seine Stimme einer anderen Partei als bei der vorangehenden Wahl geben (Mobilität und Volatilität). Drittens kann ein Wähler der Wahl fernbleiben (Wahlenthaltung), wobei man nicht annehmen kann, daß die Nichtwähler sich proportional auf die Parteien verteilen. Viertens kann ein Wähler an der Wahl teilnehmen, seinen Stimmzettel aber vorsätzlich ungültig machen. Nimmt man an, daß dies größtenteils enttäuschte Wähler sind, die der Regierung einen „Denkzettel“ verpassen wollen, wird dadurch indirekt die Opposition gestärkt („Denkzettelerwähler“). Die Motive jedoch, warum sich ein Wähler so und nicht anders verhält, sind nur schwer zu aggregieren und allgemeingültig zu formulieren.

Zumindest lassen sich qualitative Aussagen über die Stimmabgabe treffen, wie es Parisi und Pasquino in ihrem 1977 entwickelten Ansatz getan haben. Sie unterscheiden drei unterschiedliche Beweggründe der Wahl (Zit. n. Merkel 1983b, 337-339):

1. *voto di appartenenza* (wörtlich: Stimme der Zugehörigkeit)
2. *voto di opinione* (wörtlich: Stimme der Meinung)
3. *voto di scambio* (wörtlich: Stimme des Austauschs)

Die Stimmabgabe aufgrund Zugehörigkeit bedeutet, daß der Wähler fest in einem sozialen Milieu verwurzelt ist. Im Deutschen würde man in etwa vom Stammwähler sprechen. Parisi und Pasquino definieren *appartenenza* als die „Summe von sozialer Einbindung und Parteiidentifikation“ (Zit. n. Merkel 1983b, 337). Die Wahlentscheidung folgt nicht einem rationalen Nutzenkalkül, sondern beruht auf der Sozialisation in einer Subkultur¹⁶ und der Einbindung in ein Netzwerk von Organisationen, die einer Partei nahestehen oder von ihr geschaffen wurden. Die Zugehörigkeit zu einer solchen Großgruppe schafft soziale Kontakte, stiftet Identität und Gemeinschaftsgefühl, was zusammengenommen das politische Verhalten zumeist lebenslang prägt.

In Italien traf dies auf die katholische Subkultur in den „weißen Regionen“ des Nordostens, Hochburgen der Christdemokraten, und die kommunistische Subkultur in den „roten Regionen“ Mittelitaliens zu. Diese Art der Stimmabgabe trug wesentlich zur Stabilität des italienischen Parteiensystems in den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegszeit bei. Der *voto di appartenenza* hat seit den siebziger Jahren an Gewicht verloren, denn der Säkularisationsprozeß machte sich zunehmend in der italienischen

¹⁶ Der in der italienischen Forschung gebräuchliche Begriff „Subkultur“ entspricht dem in der deutschen Forschung verwendeten Terminus „sozial-moralisches Milieu“, den Rainer M. Lepsius von Carl Amery entlehnt und in die Forschung eingebracht hat (Vgl. Caciagli 1987, 512f).

Gesellschaft bemerkbar, und katholische Wertvorstellungen verloren gerade bei jungen Leuten an Bedeutung. Die kommunistische Subkultur verlor in den achtziger Jahren ihre prägende Kraft, weil die Jüngeren mehr individualistische denn ideologische Ziele verfolgten und weil sich die klassische Industriearbeiterschaft durch den Wandel von Produktionsmethoden im Rückgang befand. Die abnehmende Parteiidentifikation brachte Wählerstimmen auf den „Markt“ und erhöhte die Mobilität der Wähler. Die nicht mehr subkulturell geprägten Stimmen fielen zumeist unter den folgenden Typ.

Der *voto di opinione* steht für „modernes“ Wahlverhalten. Der Wähler, der auf dieser Basis seine Stimme abgibt, ist gut informiert und kalkuliert den Nutzen seiner Stimme für sich und seine Interessen. Er entscheidet rational und issue-orientiert. „Der ‚Meinungswähler‘ ist in das politische System positiv integriert und wird vornehmlich von den städtischen Mittelschichten sowie den fortgeschrittenen Sektoren der Industriearbeiterschaft repräsentiert“ (Merkel 1983b, 338). Er kann seine Stimme zwar von Wahl zu Wahl derselben Partei geben, aber er ist bereit, als Wechselwähler aufzutreten, wenn er vom Nutzen des Umschwenkens überzeugt ist.

Diesen Typ fand man besonders bei den Wählern der Republikaner. In den achtziger Jahren versuchte Craxi die Sozialisten zu einer modernen Partei zu machen und die Meinungswähler anzusprechen. Aber wahlgeographische Analysen gaben ein anderes Bild dieser Partei. Der PSI setzte sich während seiner Regierungsbeteiligung in Süditalien fest, wo die Wahlentscheidung hauptsächlich nach dem folgenden Typ der Stimmabgabe getroffen wurde.

Der *voto di scambio* wird oft auch als klientelistisches Wahlverhalten bezeichnet. Der „Austausch“ bezieht sich auf einen materiellen Nutzen, den der Wähler für sich oder für seine Familie durch die Wahl einer bestimmten Partei hat. „Die Beziehung zwischen Wähler und Gewähltem ist direkt, unmittelbar und personalisiert“ (Ebenda). Der Politiker oder Vertreter eines Parteiflügels treibt als Patron mit kleinen Gefälligkeiten die Stimmen seiner Klienten ein. Daraus kann sich ein regelrechter Stimmenhandel entwickeln¹⁷.

Besonders in Süditalien installierten die Christdemokraten und später die Sozialisten die Wahl als Tauschgeschäft, in städtischen wie in ländlichen Gebieten, und sprachen damit breite Wählerschichten an.

¹⁷ Die Funktionsweise dieser „Klientelmaschine“ beschreibt anschaulich Michael Braun (1994, 44). Besonders mit den Präferenzstimmen wurden komplizierte Vorausberechnungen angestellt, und es war in Süditalien den Patronen durchaus möglich, zu überprüfen, ob ihre Klienten auch „richtig“ gewählt hatten und ihren Lohn verdienten. Mit dem Einsatz von Computern wurden spezielle Kandidatenkombinationen aufgestellt und nach der Wahl die Ergebnisse ausgewertet (Vgl. Weber 1992, 98).

Die aufkommende Bewegung im italienischen Parteiensystem war hauptsächlich auf einen Wandel des Wahlverhaltens in Nord- und Mittelitalien hin zum Typ der Meinungswahl zurückzuführen. Gleichzeitig hat sich die Diskrepanz zwischen Norden und Süden vergrößert, weil die Praxis des klientelistischen *voto di scambio* im Süden und auf den Inseln eine immer größere Bedeutung gewann. Um den Wandel besser zu verstehen, müssen die angesprochenen Prozesse etwas genauer betrachtet werden.

5.2.2 Erosion der Subkulturen, Säkularisierung und Wertewandel

Die beiden bedeutenden Subkulturen Italiens hatten ihr Fundament zum einen im Katholizismus und zum andern im Kommunismus. Sie waren Ende des vergangenen Jahrhunderts/Anfang dieses Jahrhunderts entstanden. Territorial gesehen, fanden sich die „weißen“, katholischen Regionen im Nordosten. Sie umfaßten die Ostlombardie bis ins Friaul, Venetien und Trient sowie einige „weiße Inseln“ in Piemont, Ligurien und der Toskana. Die Wähler dieser Regionen verschafften den Christdemokraten Ergebnisse von 50-70%. Die „roten“, kommunistischen Regionen lagen hauptsächlich in Mittelitalien und setzten sich aus der Emilia-Romagna, Teilen der Toskana und Umbrien zusammen. Dort erzielte der PCI um die 40-50% der Stimmen, in ländlichen Kleinstädten auch 60-70% (Vgl. Caciagli 1988, 1050). Die Nachkriegszeit und die fünfziger Jahre gelten als „Blüte beider Subkulturen“ (Ebenda, 1053).

Seit den siebziger Jahren setzte in den weißen Regionen die „Erosion der katholischen Tradition“ (Ebenda, 1055) ein, und der Katholizismus als „Volkskultur“ verlor an Prägekraft bei der jungen Generation. Die Erfordernisse und Folgen der Industriegesellschaft wie Bildungsexpansion, Fernsehen, Printmedien und erhöhte Mobilität sorgten für einen Säkularisierungsschub. Besonders die jungen Leute entfernten sich zunehmend von traditionellen Wertvorstellungen und gingen auf Distanz zur Kirche. Die Kirchgangshäufigkeit, mit der der Säkularisierungsgrad einer Gesellschaft gemessen wird, sank in Italien von 55,7% im Jahre 1970 auf 31,7% 1981.¹⁸ Aber man darf die Säkularisierungsthese auch nicht überstrapazieren, denn seit Anfang der achtziger Jahre stieg die Zahl der Kirchgänger wieder an. 1991 lag der Anteil derer, die mindestens einmal in der Woche in die Kirche gingen, wieder bei 41,4% (Brettschneider u.a. 1994, 574). Die Christdemokraten profitierten aber nicht mehr automatisch davon. Dieses Phänomen läßt sich mit der Unterscheidung zwischen Säkularisierung und Laisierung, die Mario Caciagli vorgeschlagen hat, beschreiben. Säkularisierung, im eigentlichen Sinne von Verweltlichung, bezieht sich danach auf die Distanz gegenüber

¹⁸ Prozentsätze bezogen auf Kirchgang „mindestens einmal in der Woche“ nach der Zusammenstellung aus Eurobarometer-Daten von Brettschneider u.a. 1994, 574.

kirchlichen Ritualen und religiösen Fragen, wohingegen Laisierung die Distanz zur Amtskirche und ihren Organisationen meint, „insoweit sie eine normative Führung in weltlicher, insbesondere in politischen Entscheidungen beanspruchen“ (Trautmann 1988, 136). In einer Umfrage in Venetien äußerten Ende der siebziger Jahre nur 29,7%, daß Kircheng Zugehörigkeit bedeute, „den Bischöfen und dem Papst zu gehorchen“ (Ebenda, 138). Ihr religiöses Bedürfnis führte also die Italienerinnen und Italiener zwar wieder vermehrt in die Kirche, sie waren aber selbstbewußter und kritischer geworden. „So hör[t]en Kirche und Klerus auf, einen direkten Einfluß auf den Lebensstil, das kulturelle Verhalten und politische Entscheidungen der katholischen Welt zu nehmen“ (Ebenda, 139).

Im Hinblick auf das Wahlverhalten bedeutete das, daß in der norditalienischen Wählerschaft die Zahl derjenigen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur katholischen Subkultur für die Christdemokraten stimmten, bedingt durch Säkularisation und Laisierung im Schwinden begriffen war. Die kritisch urteilenden Wähler, darunter vor allem die jungen Leute, gaben ihre Stimme nicht mehr blind „ihrer“ Partei. Der DC gelang in den achtziger Jahren unter De Mita eine gewisse Anpassung an den Wähler-trend, indem sie ihr laizistisches Profil stärkte. Die defensive Rolle der Dauer-Regierungspartei DC bei Initiativen zur Reform der politischen Institutionen, die mangelnde Fähigkeit zur Selbstreform der Partei und fehlende wirtschaftliche Konzepte führten zu einem bösen Erwachen bei den Parlamentswahlen 1992. Der Antikom-munismus, der bis dahin der kleinste gemeinsame Nenner der DC-Wähler war, hatte seine mobilisierende Kraft verloren. Wohin die Wähler abwanderten, soll weiter unter betrachtet werden.

Es muß an dieser Stelle hinzugefügt werden, daß die Wahlergebnisse der Christdemokraten durch das gute Abschneiden in Südtalien weniger stark abschmolzen, als das der Wandel im Norden vermuten ließe. „Das katholische Lager und die konfession-nellen Bindungen allein hätten die christdemokratische Vorrangstellung im politischen System Italiens nicht garantieren können“ (Trautmann 1988, 129). Die klientelistische Wahl im quasi-feudalistischen Süden Italiens zeichnet sich durch große Beständigkeit aus. Wenngleich die Christdemokraten in ihren besten Jahren in den weißen Regionen 50 bis 70% der Stimmen erringen konnten, so trugen die Ergebnisse aus diesen Regionen nur zu ca. 20-30% zum landesweiten Gesamtergebnis bei. Außerdem war die Zugehörigkeit zur katholischen Subkultur nicht automatisch Anlaß, in die DC einzutreten. Bei aller Vorsicht, die gegenüber offiziellen Angaben der italienischen Parteien zur Zahl ihrer Mitglieder geboten ist, läßt sich doch sagen, daß die DC-Mitglieder im Nordosten Italiens seit den fünfziger Jahren ca. 12% aller Parteimitglieder stellten. Im Süden und auf den Inseln vergrößerte sich die Mitgliederzahl nach dem Krieg schnell – ihr Anteil betrug seit den fünfziger Jahren ca. 57% (Vgl. Farneti

1985, 169). Man hat von der „Versüdlung der Christdemokraten“ durch massiven Einsatz von Klientelismus und Patronage gesprochen. Die Entwicklung der Wahlergebnisse bestätigte dies (Vgl. Donovan 1992, 176). Die schleichenden Stimmenverluste im Norden konnten also eine Zeit lang durch konstante oder verbesserte Ergebnisse im Süden aufgefangen werden. Aber auch der *voto di scambio* stieß an seine Grenzen: nämlich dann, als es nichts mehr zu verteilen gab.

Der Bedeutungsverlust der kommunistischen Subkultur machte sich erst in den achtziger Jahren in den Wahlergebnissen bemerkbar (Vgl. Caciagli 1988, 1055). In erster Linie war dafür der Niedergang der klassischen Industriearbeiterschaft verantwortlich, der durch neue Produktionsmethoden und durch die Tertiärisierung der Wirtschaft verursacht wurde. Die neue Mittelschicht erwartete von der kommunistischen Partei klare Konzepte statt klassenkämpferischen Parolen. Sie erwartete Antworten auf die Bedrohung durch die härtere Konkurrenz auf den sich öffnenden Märkten, auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie auf die Krise des Wohlfahrtsstaates. Dieser Problemkomplex traf die Kommunisten am schwersten in den industriellen Zentren im Nordwesten Italiens. Aber die Integrationskraft der Volkshäuser und Genossenschaften blieb an manchen Orten erhalten. Es wäre falsch, von einem völligen Verschwinden der roten Subkultur zu sprechen, auch wenn das kommunistische soziopolitische Netz nicht mehr so dicht geknüpft war (Vgl. Caciagli 1987, 521). Des Weiteren war die junge Generation für den Marxismus schwerer zu begeistern. Sie orientierte sich weniger an ideologischen Zielen, entschied stärker zweckrational und band sich nicht mehr fest an eine Partei. Die kommunistische Partei hatte, anders als noch in den siebziger Jahren, große Schwierigkeiten, bei jungen Wählern Unterstützung zu finden. Der Wandel des Wahlverhaltens in den roten Regionen äußerte sich ebenfalls in einer Zunahme der rational kalkulierenden Wähler (also des *voto di opinione*). Die Entideologisierung schwächte die Kommunisten, und die Schwächung wurde beschleunigt durch den notwendigen Anpassungsprozeß an die neue Weltlage seit 1989. Er endete schließlich mit der Umwandlung des PCI in den PDS und der Abspaltung der Altkommunisten.

Die Erosion der roten Subkultur wurde in ihrer Auswirkung auf der elektoralen Ebene durch eine geschichtliche Erscheinung gebremst, die in den meisten westeuropäischen Demokratien auftrat, nämlich durch die Studentenbewegung und den Jugendprotest. Der Zugewinn des PCI in den siebziger Jahren war ein Generationenphänomen. Die kommunistische Partei verlor dann an Anziehungskraft und Wählerstimmen, als die „leftist generation“ ihr Ende fand. Auch Italien hatte 1968 seine Studentenbewegung und durchlebte 1969 den „heißen Herbst“. Die siebziger Jahre waren die Hochzeit des Eurokommunismus, in der der PCI große Anziehungskraft auf die

Jugendlichen ausübte, viele Intellektuelle an sich band und selbst für linke Katholiken wählbar war. Italien besaß dadurch die stärkste kommunistische Partei außerhalb des Ostblocks. Der größte Wahlerfolg, mit 34,4% bei den nationalen Wahlen 1976, kam vor allem durch die Erstwähler zustande. Das Wahlalter war von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt worden, und die Erstwähler stimmten mit 47,3% für den PCI. Der Erfolg hielt aber nicht an, und 1983 stimmten von den Erstwählern deutlich mehr für die Christdemokraten als für die Kommunisten (Vgl. Mattei/Niemi/Powell 1990, 338).¹⁹ Außerdem forderten im Verlauf der achtziger Jahre die aufkommenden ökologischen Bewegungen die Integrationskraft des PCI heraus.

Während in der Bundesrepublik 1983 die Grünen im zweiten Anlauf erstmalig in den Bundestag einzogen, gab es in Italien noch keine ökologische Partei mit einer landesweiten Organisation. Bei Regionalwahlen in demselben Jahr errang eine grüne Partei im Trentino das erste Mandat für die italienischen *Verdi* überhaupt (Vgl. Chiellino/Marchio/Rongoni 1995, 314). Es gab im Italien der achtziger Jahre ein postmaterialistisches Potential, nur war es längst nicht so stark wie in Deutschland. Trotzdem geben Tabellen, die Italien als Ganzes darstellen ein falsches Bild. Der Unterschied zwischen Norden und Süden verzerrt die Daten. Als Postmaterialisten wurden 1983 5,4% der italienischen Bürger eingestuft, in der Bundesrepublik hingegen 17,7%. Bis 1988 erreichten in beiden Ländern diese Werte ihr Maximum, die Differenz blieb bestehen: Italien 13,1%, Bundesrepublik 25,5% Postmaterialisten (Brettschneider u.a. 1994, 570f). Bei den Antworten auf die Frage, ob man eine der Neuen Sozialen Bewegungen unterstützen würde, lag Italien zwar vor Großbritannien und weit vor Frankreich, das in dieser Hinsicht das Schlußlicht in der EU bildete, aber zur Bundesrepublik bestand hier ebenfalls eine große Differenz. So sagten 1986 17,3% der Italiener der Ökologiebewegung ihre Unterstützung zu, 52,9% lehnten dies ab. In der Bundesrepublik antworteten im selben Jahr 26,5%, daß sie die Umweltbewegung unterstützen würden, 38,5% bekundeten ihre Ablehnung (Brettschneider u.a. 1994, 584). Der Abstand zwischen Deutschland und *Norditalien* wäre gewiß geringer, aber vorhanden gewesen.

In Nord- und auch in Mittelitalien, wo der Strukturwandel zur postindustriellen Gesellschaft und der Wertewandel am stärksten war, entstanden in den 80ern Neue Soziale Bewegungen wie in den anderen fortgeschrittenen Industriegesellschaften auch. Die Aktivitäten erreichten sich auf die Felder Frieden, Frauen, Ökologie und

¹⁹ Bereits 1979 stimmten die Erstwähler nur noch mit 38,6% für die Kommunisten (20,2% für die Christdemokraten), und 1983 hatte sich das Bild beinahe umgekehrt: 25,8% für die Kommunisten, 36,7% für die Christdemokraten. Es ist das Ziel der empirischen Studie von Mattei et al. nachzuweisen, daß die außergewöhnliche Unterstützung für die Kommunisten und damit die politische Generation, die sie als „leftist generation“ bezeichnen, 1983 zu Ende ging, ohne daß aber die Kohorte, die 1983 erstmals wählen durfte, den Stand der 60er Jahre wiederherstellte.

Anti-Atomkraft. Die italienischen Bewegungen waren aber schwächer als ihre Pendants jenseits der Alpen. Obwohl das Verhältniswahlrecht ohne nennenswerte Sperrklausel einen Einzug in Parlamente leicht gemacht hätte, waren die Gruppen zunächst weder in der Lage, sich zur Aufstellung von Kandidaten für politischer Ämter zu institutionalisieren, noch konnten sie genügend Wähler an sich binden. „Alternativpolitiken wurden vielmehr“, so Trautmann (1984, 254), „durch die etablierten Parteien und hegemonialen Kulturen weitgehend integriert oder absorbiert.“ Aber, so muß man hinzufügen, nur zum Teil, denn 1987 zogen in Italien die ersten Abgeordneten einer grünen Partei in das nationale Parlament ein.

Bedeutend ist in diesem Zusammenhang außerdem eine andere Kraft zur Integration „postmaterialistischer“ Kräfte, die bereits in den siebziger Jahren Protestwähler auffing und über organisatorische Ressourcen verfügte: die Radikale Partei. In einer empirischen Studie Anfang der achtziger Jahre zeigte Müller-Rommel (1984, 445f), daß die parteipolitische Heimat von Anhängern Neuer Sozialer Bewegungen in Systemen ohne eigenständige grüne Parteien „postindustrielle Linksparteien“ sind. In Italien war das der *partito radicale* – eine eigentümliche Erscheinung im italienischen Parteiensystem, von der noch zu sprechen sein wird (s.u., 6.2.2).

Der Wandel im Wahlverhalten der Italiener war, zusammenfassend gesagt, hauptsächlich durch den Generationswechsel in Verbindung mit einem Traditionsbruch bedingt. Das Leben in Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung wurde von neuen Sozialisationsmustern begleitet, in denen überkommene Werte und Bindungen ihre prägende Kraft verloren. Der soziale und wirtschaftliche Modernisierungsprozeß führte zur Zunahme der Meinungswahl. Die Zahl der Stammwähler ging zurück, und die Identifikation mit einer bestimmten Partei nahm ab. Der rational entscheidende Wähler war bereit, seine Stimme auf den Markt zu bringen. Nur, und das ist die Frage, hat er jede Partei in sein Kalkül einbezogen? Im italienischen Parteiensystem hatte es bis 1992 zwar Verschiebungen gegeben, aber keinen tiefgreifenden Strukturwandel. Dafür ist unter anderem das Verhalten der Wechselwähler verantwortlich, das im nächsten Punkt in den Blick genommen werden soll.

5.2.3 Wechselwähler, Nichtwähler und Protestwähler

Im hochfragmentierten italienischen Parteiensystem boten sich dem Wechselwähler viele Alternativen der Stimmabgabe. Es zeigte sich aber, daß er von bestimmten Wahlmöglichkeiten praktisch keinen Gebrauch machte. Die Rede ist von der Wählerbewegung innerhalb oder zwischen politischen Lagern („inter-area volatility“ und „within-area volatility“). „Eine hohe Volatilität der Wählerstimmen ist nicht mit einer

starken Verschiebung des Gleichgewichts im Parteiensystem gleichzusetzen. Systemverändernd kann allenfalls die Fluktuation von Wählerstimmen zwischen den Blöcken der bürgerlichen und der Arbeiterparteien sein“ (von Beyme 1984, 371).

In Italien war die Wählerwanderung zwischen den politischen Lagern gering. Aus der untenstehenden Grafik wird ersichtlich, daß seit den fünfziger Jahren die gesamte Volatilität stets deutlich (mit Ausnahme von 1976) über der Volatilität zwischen den Lagern lag.²⁰

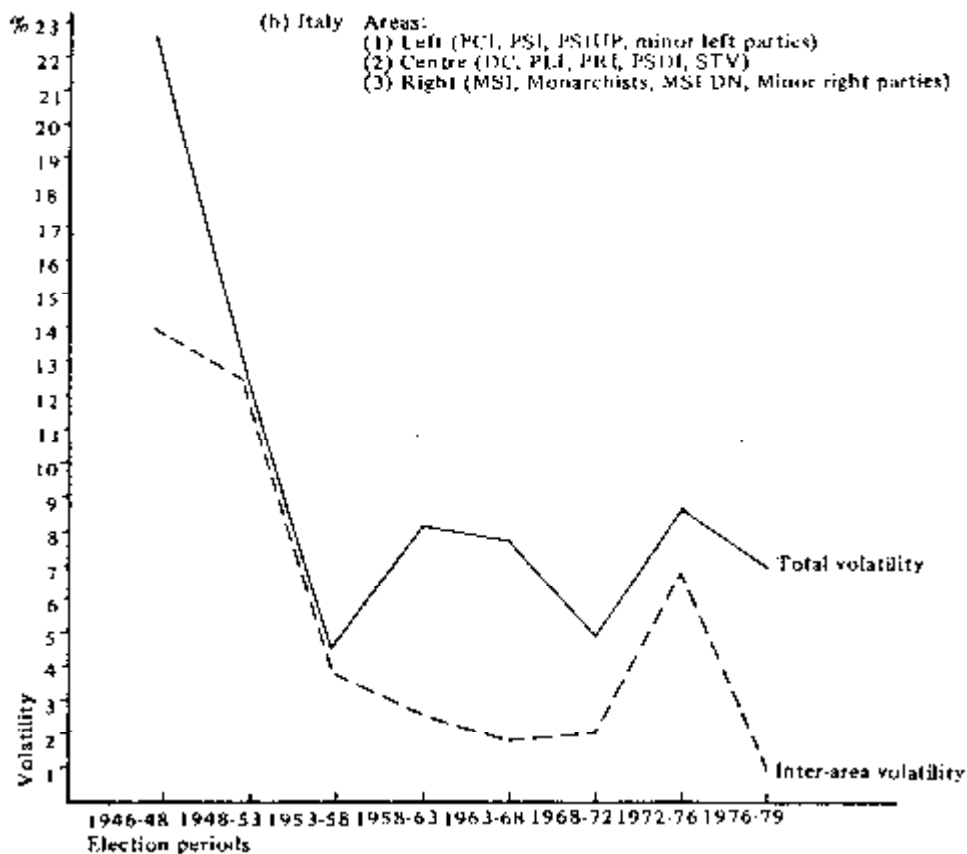


Abbildung 2: Der Unterschied zwischen *total volatility* und *inter-area volatility* (Mair 1983, 412)

Eine Fortschreibung der Grafik bis Ende der achtziger Jahre würde das Bild kaum verändern. „Die Zahl der Wechselwähler zwischen den kulturellen Lagern Katholizismus/Kommunismus blieb deutlich begrenzt“, so Trautmann (1988, 119) mit Bezug auf die Parlamentswahlen 1987. Erst 1992 gab es den großen „Bruch“ (*rottura*, Sani 1992, 552), als die Volatilität sich etwa verdoppelte. Allerdings hatte sich auch das Parteien-Angebot, aus dem die Bürger auswählen konnten, vergrößert.²¹

²⁰ Zur Definition der Begriffe: „...*total volatility* is defined as the cumulative gains of all winning *parties* in the system, while *inter-area volatility* is defined as the cumulative gains of all winning *areas* in the system“ (Mair 1983, 410; Hervorhebungen V.L.). Die 1948 und 1953 sehr hohe Volatilität läßt sich damit erklären, daß das italienische Parteiensystem zu dieser Zeit eine Formationsphase durchlief.

²¹ Sani errechnet für die gesamte Volatilität 1992 16,2% (Sani 1992, 552). Eine Zahl zur Volatilität zwischen den Lagern wird im zitierten Aufsatz nicht genannt. Zu Recht, denn zuvor müßte man sich

Die Italiener stehen im europäischen Vergleich generell ihren politischen Institutionen sehr kritisch gegenüber. Im Laufe der achtziger Jahre kam hinzu, daß die Parteien, und mit ihnen Parlament und Regierung, in eine Legitimationskrise gerieten. Gegen die Parteienherrschaft wurde mehr und mehr Protest laut. Wenn hier vom „Denkzettelwähler“ oder Protestwähler gesprochen wird, so handelt es sich nicht um traditionellen Protest, der gesellschaftliche Mißstände behoben sehen will, sondern um eine neue Art von Protest gegen den Zustand des politischen Systems, gegen Parteienherrschaft und Parteienfilz (Vgl. Nedelmann 1992, 534, 538).

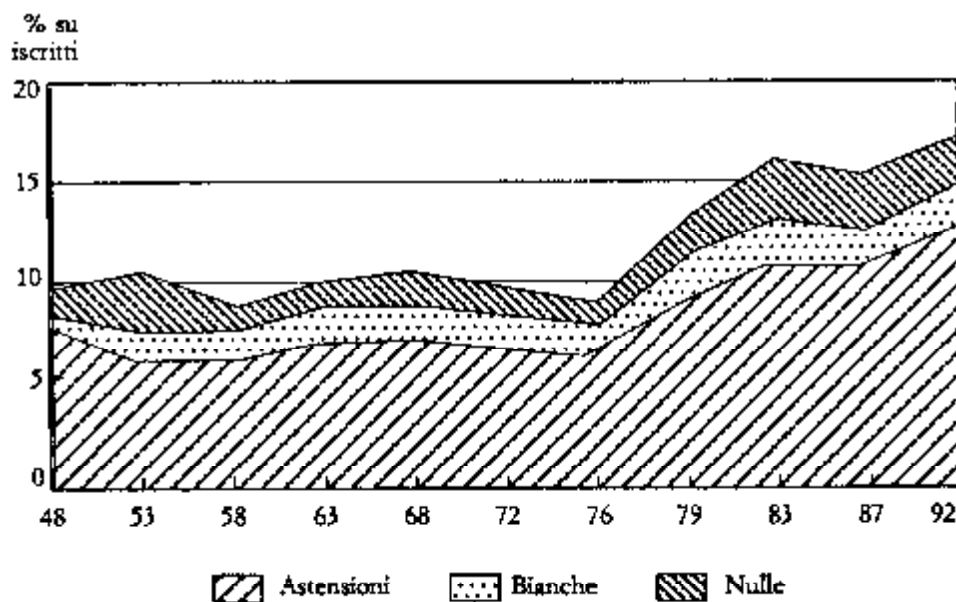
Dem bürgerlichen Wähler, der seine Stimme nicht mehr den Christdemokraten geben wollte, boten sich als Alternative innerhalb des politischen Lagers die Kleinparteien der Mitte – Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner – zur Wahl an. Er wußte dann aber, gerade in der Zeit der Fünfparteienkoalition, daß er damit indirekt für die Regierung stimmte und daß es keinen Machtwechsel geben würde. Wenn er mit der Regierung unzufrieden war und sie nicht mehr wählen wollte, aber auch nicht für die Kommunisten, die Sozialisten oder gar für die Neofaschisten stimmen wollte, blieben ihm nur zwei weitere Möglichkeiten: der Wahl fernzubleiben oder seinen Stimmzettel ungültig zu machen.

Der Anteil der ungültigen Stimmen²² stieg von 1976 bis 1992 von 2,7% auf 5,3%. Die Wahlbeteiligung sank im selben Zeitraum kontinuierlich von 93,4% auf 87,4%. In Italien zählt man nicht abgegebene und ungültige Stimmen zusammen zu den *voti non espressi* (unausgedrückte Stimmen) und schlägt sie dem fiktiven *partito del non voto* (Partei der Nicht-Stimme) zu (Sani 1992, 547). Geht man davon aus, daß ungültige Stimmen größtenteils Proteststimmen sind, so steigerte sich die „Partei der Nicht- und Protestwähler“ von 1976 bis 1992 von 9,3% auf 17,9%, und war damit der größte Gewinner innerhalb dieses Zeitraumes. Die folgende Grafik veranschaulicht diesen Prozeß.²³

über die Gültigkeit der alten Area-Einteilung klar werden, bzw. die neuen Parteien (s.u.) zuordnen. Letztlich handelt es sich um die Frage, inwieweit die alten cleavages noch bestimmend sind, oder ob die neuen Parteien Ausdruck einer neuen Konfliktlinie sind.

²² Die folgenden Berechnungen wurden ausgeführt auf der Basis der absoluten und prozentualen Ergebnisse der Wahlen zur Abgeordnetenkammer von 1976-1992, die im Anhang von Italian Politics: A Review Vol. 8 (1993), S. 204/205 abgedruckt sind.

²³ Titel: Die Dynamik der „Nicht-Stimme“ 1948-1992; *iscritti*: Wahlberechtigte, *astensioni*: Nichtwähler, *bianche*: leere Stimmzettel, *nulle*: ungültige Stimmzettel.



La dinamica del «non voto» 1948-1992

Abbildung 3: Anteile der Nichtwähler und ungültiger Stimmen an den Wahlberechtigten (in %) (Sani 1992, 547)

Der Einbruch der Christdemokraten bei den Wahlen 1983 läßt schließen, daß Protest durch ungültige Stimmzettel ausgedrückt wurde. Die Zahl der ungültigen Stimmen schnellte 1983 auf 2,28 Mio. hoch, gegenüber 1,58 Mio. 1979. Ihr prozentualer Anteil stieg 1983 auf die Rekordmarke von 5,8% (1979: 4,1%). Die Christdemokraten verloren 1983 im Vergleich zur vorigen Wahl 5,4%. Die Summe der Zugewinne von Sozialdemokraten, Liberalen und Republikaner sowie ungültigen Stimmen betrug 1983 5,1%. Dieses Ergebnis unterstützt die Aussage von der geringen Volatilität zwischen den Lagern.²⁴ Der leichte Stimmengewinn der Christdemokraten 1987 (plus 1,4%) wird vor allem darauf zurückgeführt, daß der Antikommunismus noch einmal mobilisierend wirkte, nachdem bei den Europawahlen 1984 zum ersten (und einzigen) Mal bei landesweiten Wahlen die Kommunisten mit 33,3% die Christdemokraten (33,0%) mit hauchdünnem Vorsprung überholt hatten (*sorpasso*). Die Annahme liegt nahe, daß den Christdemokraten 1987 zugute kam, daß wieder mehr Wähler ihre Stimmzettel gültig abgaben. Der Anteil an ungültigen Stimmen betrug 1987 4,9% (minus 0,9% gegenüber 1983).

Es drängt sich die Frage auf, warum Wähler, die ungültige Stimmen abgeben, nicht gleich der Wahl fernbleiben. In Italien hält zum einen die Wahlpflicht vom Nichtwählen ab. Sie übt allerdings eher moralischen Druck aus, denn die Unterlassung der Stimmabgabe wird nur mit einer milden Sanktionen geahndet: Der Nichtwähler erhält den Eintrag „Hat nicht gewählt“ in sein Führungszeugnis. Zum anderen sind in Italien

²⁴ Es ist eine plausible Interpretation, man darf es allerdings nicht als strengen Beweis nehmen. Wählerbewegungen empirisch verlässlich zu eruieren, gehört immer noch zu den schwierigsten Aufgaben der Wahlforschung. Vgl. die skeptischen Bemerkungen dazu bei von Beyme (1984, 369f).

Wahlen eine Art Bekenntnis. Wählen ist ein „Akt der Bestätigung der eigenen politischen Identität“ (LaPalombara 1988, 143). Und wer sich früher zu einer Partei bekannte, kann sich eben auch zu seinem Protest bekennen.²⁵ Diese beiden Faktoren erklären auch die immer noch vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung in Italien. Sie ist in den letzten Jahren nicht mehr in erster Linie Krisenphänomen, wie in der Hochzeit der Polarisierung der italienischen Gesellschaft.

Es läßt sich also feststellen, daß die Zahl der Nichtwähler und Protestwähler in Italien seit den siebziger Jahren stark zugenommen hat. Sie war vor allem Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der staatlichen Institutionen, zu der die Italiener allen Grund hatten. Auf der Linken sammelte traditionell die Radikale Partei die Proteststimmen des linken Lagers. Im Gegensatz dazu hatten auf der Rechten die Neofaschisten keinen Zulauf aus den Reihen der unzufriedenen bürgerlichen Wähler zu verzeichnen. Erst mit dem Abnehmen des Antikommunismus und mit dem Aufkommen neuer Parteien, die auch dem Wähler der Mitte ermöglichten, seinen Protest positiv, d.h. in Form der Stimmabgabe für eine bestimmte Partei zu äußern, war der tiefgreifende Umbruch im italienischen Parteiensystem möglich geworden.

5.2.4 Das Aufkommen neuer „Parteien“

Ein hervorstechendes gemeinsames Merkmal der neu entstandenen Gruppierungen in Italien war, daß keine von ihnen mehr „Partei“ sein wollte. Das zeigte zugleich ihre Stoßrichtung: Sie wollten gegen das alte Parteienregime vorgehen und mit neuen Politikformen Wählerstimmen anziehen.

Die Widersprüchlichkeit solcher Vorhaben kommt in dem Begriff „Anti-Parteien-Parteien“ zum Ausdruck:

„Anti-Parteien-Parteien stellen in mehrfacher Hinsicht ein Paradoxon dar, wodurch sie aber gerade für die gegenwärtigen westlichen Parteiensysteme symptomatisch sind: Sie gründen sich in Form einer Partei ausdrücklich gegen die etablierten Parteien als Anti-Partei, sei es als Bewegung, als Netzwerk oder einfach als Liste; sie machen das politische System zur Zielscheibe ihrer Kritik, werden aber nicht unbedingt zur Anti-System-Partei; sie treten mit dem Anspruch auf, die Demokratie zu verbessern, verstoßen selbst aber oft gegen die Grundregeln der Demokratie...“ (Nedelmann 1992, 534).

²⁵ Nicht zu vernachlässigen ist, daß Wahlen eine willkommene Gelegenheit bieten, zum verbilligten Tarif mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause zu fahren und die Familie zu besuchen. Zur Wahl zu gehen, gehört sich dann einfach, wenn auch eventuell nur, um auf den Stimmzettel „Diese Regierung stinkt!“ zu schreiben, wie LaPalombara (1988, 134) von einem Freund berichtet. Der Ausdruck des Protests ist in solchem Fall offensichtlich.

Hier ist darauf hinzuweisen, daß die wissenschaftliche Bestimmung, was eine Partei zu nennen sei, und das Selbstverständnis der neu aufkommenden Akteure auseinanderklaffen. Hinter den meisten wissenschaftlichen Definitionsansätzen zum Parteibegriff steht letztlich – „häufig mehr im- als explizit“ („Partei“ [Schultze] 1985, 658) – die klassische Definition Max Webers, wonach der Zweck von Parteien die Erlangung von Macht bzw. Leitungsfunktionen innerhalb eines Verbandes ist, und sie, wo es freie Wahlen gibt, „primär Organisationen für die Werbung von Wahlstimmen“ (Weber 1980, 167) sind. In diesem Sinne gilt auch für die Bewegungen, Netzwerke und Listen, die an Wahlen teilnehmen, daß sie Parteien sind. Eine weitere Gemeinsamkeit der neuen Gruppierungen ist ihre Personalisierung. Eine prominente oder populäre Person steht jeweils an der Spitze, und es wurde in diesem Zusammenhang nicht selten vom „Charisma“ der Führer gesprochen (Vgl. z.B. Braun 1994, 151).

Im italienischen Kontext sind vier Gruppierungen zu erwähnen: die Lega Nord, La Rete, Lista referendum und Lista Pannella.

Die erfolgreichste neu entstandene Partei im italienischen Parteiensystem war die Lega Nord. Sie wurde 1984 als Lega Lombarda von Umberto Bossi gegründet und zunächst kaum beachtet. Bei den Parlamentswahlen 1987 errang sie einen Sitz in der Abgeordnetenkammer und einen im Senat. Das Senatsmandat nahm Bossi persönlich wahr, woraufhin ihn seine Anhänger mit dem im lombardischen Dialekt gesprochenen Titel „Senatùr“ bedachten (Vgl. Visentini 1993, 6). Ebenfalls zwei Mandate für die Lega erbrachten die Wahlen zum Europaparlament 1989, und im November desselben Jahres brachte Bossi mehrere norditalienische Ligen unter dem Dach der Lega Nord zusammen. Der Erfolg bei den Regionalwahlen 1990 rückte die Lega ins Licht der Öffentlichkeit, und nach zunehmenden Wahlerfolgen ist sie bis heute auf der politischen Bühne Italiens präsent. Sie hatte wesentlichen Anteil daran, daß das etablierte Parteiensystem aufgebrochen wurde und in den Strudel der Veränderungen geriet. (Der Lega Nord ist aufgrund ihrer Rolle im Umbruch der italienischen Parteienlandschaft ein eigenes Kapitel gewidmet – s.u. Kapitel 7.)

„La Rete“ heißt wörtlich „das Netz“ oder „Netzwerk“. Diese „Erneuerungsbewegung“ (Chiellino/Marchio/Rongoni 1995, 308) wurde offiziell im Januar 1991 von Leoluca Orlando gegründet. Orlando gehörte dem linken Flügel der Christdemokraten an und war früher Bürgermeister für die DC in Palermo gewesen. 1987 erregte er Aufsehen, als er die Sozialisten mit dem Vorwurf, sie seien zunehmend von Stimmen der Mafia abhängig, aus seiner Regierungskoalition ausschloß. Er regierte daraufhin u.a. mit Unterstützung der Kommunisten und der Grünen. Er sagte der Mafia und staatlicher Korruption den Kampf an. Sein Vorgehen wurde von den DC-Oberen kritisch beäugt, und 1990 verließ Orlando seine Partei. Nachdem La Rete im ersten

Wahltest bei den Regionalwahlen in Sizilien 1991 überraschend 7,3% der Stimmen errungen hatte, dehnte Orlando seine Bewegung landesweit aus (Vgl. Bull/Newell 1993, 213). Er fand Unterstützung bei Anti-Mafia-Aktivisten wie z.B. dem Mailänder Soziologen Nando della Chiesa, dessen Vater von der Mafia ermordet worden war, Antonino Caponnetto, der in der Staatsanwaltschaft Palermos einen Anti-Mafia-Pool eingerichtet hatte, und bei Diego Novelli, dem populären Ex-PCI-Bürgermeister von Turin (Vgl. Braun 1994, 151; Chiellino/Marchio/ Rongoni 1995, 309).

Ganz im Einklang mit der Bekämpfung der Mafia stand das Ziel institutioneller Reformen, die dem Regime der alteingesessenen Parteien und der Korruption den Boden entziehen sollte. Solche Forderungen wurden mit moralischen Tönen zur Sprache gebracht, die *La Rete* zur Charakterisierung verhalfen, „einer der profiliertesten Träger aus dem katholischen Lager [zu] sein, der für die Verteidigung der Werte der ‚politischen Moral‘ eintritt“ (Nedelmann 1992, 534). Potentielle Wähler von Orlandos Bewegung waren aber nicht nur unter verdrossenen Linkskatholiken, sondern auch weiter links im Parteienspektrum zu finden. *La Rete* präsentierte sich „as a single-issue list for clean politics and institutional reforms, situating itself on the left, and thereby necessarily courting an electorate that would otherwise be inclined to turn to the PDS“ (Pasquino/Hellman 1992, 2).

Die dritte Gruppierung, die Liste des Referendums (*Lista referendum*), ging aus dem Komitee hervor, das das erste Referendum zur Wahlrechtsreform initiiert hatte und bei seiner Durchführung am 9. Juni 1991 einen großen Sieg errang. Der bekannteste Vertreter der Referendumsbewegung war der DC-Politiker Mario Segni. Er unterstützte allerdings die Teilnahme der Liste an den Wahlen 1992 nicht, sondern versuchte, die Reformbereitschaft innerhalb der etablierten Parteien zu verstärken. Dazu gründete er ein überparteiliches Bündnis zur Wahlrechtsreform (*Patto per la riforma elettorale*), dem sich 467 Parlamentarier anschlossen. Die Unterzeichner des Bündnisses traten aber trotzdem auf den Listen ihrer jeweiligen Partei zur Wahl an (Vgl. Seißelberg 1993, 306). Die Liste des Referendums, die sich als „Partei der Parteilosen“ darstellte und von den Medien auch als „Partei, die es nie gab“ (*il partito che non c'era*) bezeichnet wurde, verfolgte ein einziges Ziel, nämlich eine tiefgreifende Reform des Regierungssystems auf den Weg zu bringen, was sie – im Gegensatz zu Segni – den etablierten Parteien nicht zutraute. Dabei ging es vor allem um die Änderung des Wahlrechts, die Abschaffung der Parteienherrschaft und die Verkleinerung der Regierung (Vgl. Nedelmann 1992, 535f).

Die *Lista Pannella* schließlich war eigentlich keine neue Partei. Sie war nichts anderes als die gewandelte Form der Radikalen Partei, die seit Ende der achtziger Jahre unter dem Namen ihres Führers, Marco Pannella, antrat und ihr reformerisches Profil

hervorkehrte. Die linke, radikalliberale Partei zählte zu ihren Zielen neben der Verwirklichung von Bürgerrechten schon immer die Reform der schlecht funktionierenden staatlichen Institutionen und der politischen Parteien (Vgl. Jacobs 1989, 209). Obwohl seit 1976 im Parlament vertreten, stellte sie in Wirklichkeit „eine außerparlamentarische Bewegung“ dar (Wieser/Spotts 1988, 106). Sie hat unter den genannten Gruppierungen tatsächlich am wenigsten den Charakter einer Partei im Sinne Max Webers, denn die Teilnahme an Wahlen diente eher taktischen Zielen, wie z.B. besser an politische Informationen heranzukommen und, in begrenztem Ausmaß, die staatlichen Medien nutzen zu können (Vgl. Chiellino/Marchio/Rongoni 1995, 313).

Die Kräfte des Wandels und der Reform traten also zu den Parlamentswahlen 1992, der ersten nationalen Wahl seit dem Epochenjahr 1989, in bisher ungekannter Zahl und Heftigkeit im politischen Stil an, um Italiens blockierte Demokratie funktionsfähig zu machen. Die Wahlen wurden oft als die ersten wirklich freien Wahlen der Nachkriegszeit bezeichnet (Vgl. Besson/Bibes 1993, 13).

5.3 Die Parlamentswahlen 1992: ein „Erdbeben“

5.3.1 Das Ergebnis: Verluste der Massenparteien, Aufstieg der Protest- und Reformparteien

Für das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 5./6. April 1992 hatten die Medien schnell ein Schlagwort parat, das dann die Wahlanalysen aufnahmen: ein „Erdbeben“. Die Tageszeitung „La Repubblica“ (7.4.92) erfaßte in ihrer Schlagzeile die historische Bedeutung dieser Wahlen: „Die christdemokratische Mauer ist gefallen“. Was war geschehen? Die Christdemokraten, die seit Kriegsende regiert hatten, waren unter die magische 30%-Marke gerutscht, die Nachfolgepartei der Kommunisten gar weit unter die 20%. Die beiden großen Massenparteien konnten nicht einmal mehr die Hälfte der Wähler auf sich vereinigen. Zusammen erhielten sie nur noch 45,8% der Stimmen (das ist zugleich der „Bipolaritätsindex“, vgl. Seißelberg 1993, 502f). Die Anti-Parteien-Parteien kamen zusammengenommen auf 12,6%, wobei die Lega Nord mit 8,7% den Löwenanteil beisteuerte (La Rete 1,9%, Lista Panella 1,2%, Lista referendum 0,8%).²⁶ Die folgende Graphik veranschaulicht die Dramatik des Wahlausgangs:

²⁶ Würde man die 2,8% der Grünen, die allerdings ein prononciert ökologisches Programm vertraten, ebenfalls dem Lager der *partitocrazia*-Gegner zuschlagen, hätten diese Kräfte zusammen mit 15,4% fast das Ergebnis der Ex-Kommunisten (PDS 16,1%) erreicht.

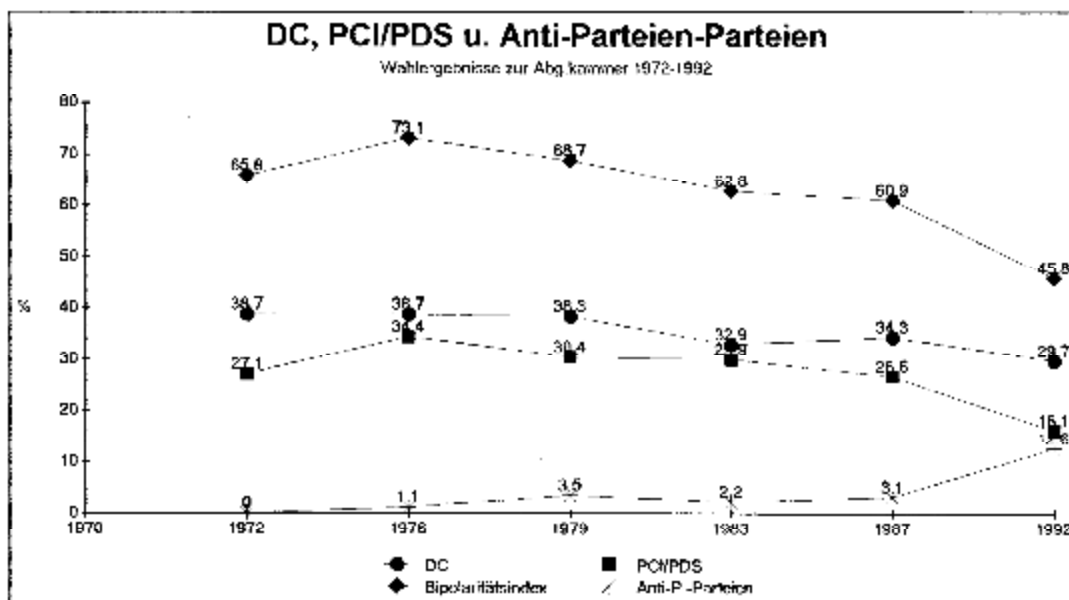


Abbildung 4: Wahlergebnisse zur Abgeordnetenversammlung 1972-1992 (eigene Erstellung)

Dieses Ergebnis war möglich geworden, weil der lange Jahre für viele christdemokratische Wähler ausschlaggebende Punkt ihrer Wahlentscheidung weggefallen war: der Antikommunismus. Das „italienische Paradox“, wonach die Wähler ein negatives Bild der DC hatten und mit Parteikritik sowie Skandal- und Korruptionsvorwürfen nicht sparten, aber trotzdem treu DC wählten, dieses Paradox war aufgelöst. Anders ausgedrückt, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war die vielzitierte Empfehlung des konservativen Journalisten Indro Montanelli²⁷, „sich die Nase zuzuhalten“ und DC zu wählen, gegenstandslos geworden. Dementsprechend hoch war die Bereitschaft, einer anderen Partei die Stimme zu geben. Die Themen, die die Wahlen 1992 bestimmten, waren die Parteienherrschaft, die Reform des Wahl- und Regierungsystems und die Bekämpfung der Mafia. Die Trennlinien zwischen *moderni* (Modernisierer) und *antichi* (Bewahrer, wörtlich: die Alten) verlief nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb. Als wichtigstes Ergebnis kann festgehalten werden:

„Die beiden führenden Regierungsparteien DC und PSI konnten sich nur im von Klientelismus-Strukturen beherrschten Süditalien (inklusive Sizilien) behaupten. Im wirtschaftlich dynamischen und sozial fortschrittlichen Norden sind sie dagegen massiv mit dem Problem einer schwindenden Wählerbasis konfrontiert“ (Seibelberg 1993, 505).

Die Wahlen vom 5. April 1992 markieren den Anfang vom Ende des italienischen Parteiensystems der Nachkriegszeit – in den Augen des italienischen Politikwissenschaftlers Corbetta (1993, 250f) sogar des gesamten sozio-politischen Nachkriegsarrangements.

²⁷ Zum Beispiel bei: LaPalombara 1988, 144; Sacco 1993, 160; Visentini 1993, 38; Braun 1994, 13; Weber 1995, 181. Montanelli hatte diese Empfehlung vor der Wahl 1976 ausgesprochen, zu einem Zeitpunkt also, als die Konfrontation zwischen DC und PCI sehr groß war. Sie wurde in der Folgezeit zum geflügelten Wort.

5.3.2 Zur Wahlgeographie: die doppelte Nord-Süd-Spaltung und die rote Mitte

Die erste Nord-Süd-Spaltung betrifft die bereits angesprochene Versüdlung der christdemokratischen und der sozialistischen Partei. Obwohl mit dem erfolgreichen Referendum vom 9. Juni 1991 die Zahl der Präferenzstimmen von vier auf eine reduziert wurde, und dadurch die Möglichkeiten der klientelistischen Stimmabgabe beschränkt wurden, wirkte sich das Patronagesystem der Regierungsparteien immer noch aus. Das Wahlergebnis wies die Christdemokraten zum einen als „Southern-based party“ aus, und zum anderen bestätigte es den Trend zur Verländlichung („rural base“) der Partei (Bull/Newell 1993, 216). In Sizilien erzielte die DC 41,2%, der PSI 14% der Stimmen zur Abgeordnetenversammlung, zusammen also weit über die Hälfte.²⁸ Der PDS wurde abgeschlagen mit 10,1% drittstärkste Kraft, knapp vor La Rete mit 8,8%. In Kampanien, wo die Reformbewegung Orlandos praktisch keine Rolle spielte (0,7%), erreichten DC (41,1%) und PSI (19,6%) zusammen sogar über 60% der Stimmen.

Im Norden hingegen blieb der PSI leicht hinter dem nationalen Ergebnis zurück. Die Einbrüche der Christdemokraten im Norden jedoch waren so hoch (teilweise minus 20%), daß zu Recht vom „collapse of the northern Catholic electorate“ (Besson/Bibes 1993, 29) gesprochen wurde. Die Christdemokraten kamen nur noch in Venetien, wo die katholische Subkultur am stärksten verwurzelt gewesen war, über die 30%-Marke (31,5%), obwohl dort zwei autonomistische Ligen angetreten waren und Erfolge erzielen konnten: die *Lega Nord* mit 17,8% und die *Lega autonomista veneta* mit 4,7%. Daß in dieser Region die Ex-Kommunisten mit knapp 10% noch hinter den Sozialisten (10,7%) lagen, zeigt das nicht gänzliche Verschwinden des traditionellen „weißen“ Wahlmusters. In der Lombardei, der Geburtsstätte der *Lega Lombarda*, gelang fast die Sensation: mit 23% lag die Lega nur knapp hinter den Christdemokraten (24,1%). In Piemont war die DC mit 21% noch schwächer, aber der Abstand zur Lega, die 16,3% erreichte, noch deutlich. Die Wähler der Lega kamen hauptsächlich von der DC und den Sozialisten. Die alteingesessenen Regierungsparteien waren die Hauptzielscheibe der Parteienkritik. Die Kampagne des Lega-Führers Bossi gegen die verhaßte Regierung in Rom mit ihrer von Beamten aus Süditalien durchgesetzten Verwaltung schaffte es, „to pick up the highly mobile north Italian reformist/protest vote“ (Donovan 1992, 174; ähnlich Bull/Newell 1993, 218). Das landesweite Wahlergebnis der Lega Nord (8,7%) verschleierte den großen Erfolg der Partei im Norden und ihre einschneidende Wirkung. Es lag in der Natur der Sache, daß die Lega Nord in Mittelitalien, wo sie zum Teil zur Wahl antrat, sehr schlecht abschnitt und südlich von Rom schlicht nicht existent war.

²⁸ Das nach Regionen aufgeschlüsselte Wahlergebnis zur Abgeordnetenversammlung 1992 ist abgedruckt im Anhang zu: Italian Politics: A Review Vol. 8 (1993), S. 198-203.

Insofern besteht die zweite Nord-Süd Spaltung darin, daß die Reformkräfte nicht national einig agieren. Im Gegenteil, die Lega Nord verband ihren Protest am Zustand des politischen Systems mit separatistischen Tönen. Sie belebte damit den Zentrum-Peripherie Konflikt wieder, der das italienische Nationalgefühl, das im Laufe der Jahre gewachsen war, auszuhöhlen drohte. Lista Panella und Lista referendum sammelten landesweit ihre Stimmen, schwächer im Süden und am besten in der Region Lazio, zu der die Hauptstadt Rom gehört. Auch La Rete, die Reformbewegung Orlandos aus Palermo, trat landesweit zur Wahl an, blieb aber im Ergebnis regional begrenzt auf Sizilien, wo sie 8,8% erreichte, ja lokal begrenzt, wenn man die herausragenden 24,5% von La Rete in Palermo bedenkt (Vgl. Besson/Bibes 1993, 22). In allen anderen Regionen kam sie über 1-2% nicht hinaus (außer in Piemont und Trentino-Alto Adige). La Retes Wähler kamen wider Erwarten kaum aus der Wählerschaft von DC und PSI. Sie erzielte ihre Stimmengewinne vielmehr auf Kosten der Linken, vor allem des PDS (Vgl. Bull/Newell 1993, 218).

Zwischen Norden und Süden liegt das „rote“ Mittelitalien, wenn auch die Ergebnisse längst nicht mehr das Niveau der Blütezeit der kommunistischen Subkultur erreichen. Für die Linke war die Parlamentswahl 1992 die erste seit der Umwandlung des PCI in die Demokratische Partei der Linken (*Partito Democratico della Sinistra, PDS*) und der Abspaltung der Kommunistischen Wiedergründung (*Rifondazione Comunista, RC*). Es versteht sich von selbst, daß dies Fragmentierung und Schwächung bedeutete, zumal die Identitätssuche zum Zeitpunkt der Wahl keinesfalls abgeschlossen war (Vgl. Pasquino/Hellman 1992, 1f). Vergleicht man das Ergebnis des PDS 1992 mit dem des PCI von 1987, lautet das Fazit kurz gesagt: Verluste um die 10% auf der ganzen Linie. Im Norden verlor die Linke vor allem an die Lega, in Sizilien an La Rete, die geringsten Verluste gab es in der roten Zone (Mitte-Nord). Die Einbußen, die die Post-Kommunisten des PDS in der roten Zone erlitten, erklären sich mit dem dort guten Abschneiden der orthodoxen Kommunisten der RC (Vgl. Besson/Bibes 1993, 17; Seißeberg 1993, 504). Eines ist bemerkenswert: „The strength of the PDS remains even more concentrated in central Italy than used to be the case for the PCI“ (Besson/Bibes 1993, 19). Die besten Ergebnisse erzielte der PDS immer noch in der Emilia-Romagna (32,5%, RC: 7,1%), in der Toskana (29,7%, RC: 9,6%), in Umbrien (30,2%, RC: 10,3%) und den Marken (23%, RC: 8,3%). In den hochindustrialisierten nördlichen Regionen Piemont und Lombardei stimmten nur noch etwa 12% für die Linksdemokraten, 5-6% für die Wiedergründung. In Süditalien lagen die Ergebnisse in derselben Größenordnung.

Insgesamt blieb der PDS aber mit landesweit 16,1% der Stimmen zur Abgeordnetenkammer die stärkste Partei auf der Linken und wahrte damit seine Rolle als Kern

jeder linken Regierungsalternative. Dies bereitete Craxi und seinen Sozialisten eine herbe Enttäuschung. Zugleich war das Wahlergebnis eine psychologische Niederlage, denn „the PSI lost much more than its minimal decline would suggest, for it had failed to gain from the demise and division of the Communist Party“ (Rhodes 1993, 70f). Der nicht gelungene *sorpasso* auf der Linken kam dadurch zustande, daß die sozialistische Partei im Norden stark an die Lega verloren hatte (Vgl. Besson/Bibes 1993, 25f; Bull/Newell 1993, 217). Die Sozialisten schnitten überdurchschnittlich nur in der Mitte-Süd und im Süden ab, und zwar zwischen 14% in Sizilien und 19,6% in Kampanien. Die „lange Welle“ (*onda lunga*) stetiger Zugewinne der Sozialisten war verebbt.

Die großen Verschiebungen in der regionalen Stärke der Parteien legen nahe, Italien wahlgeographisch neu zu strukturieren. Am plausibelsten erscheint die Einteilung in drei bzw. vier Zonen: Lega Nord und DC bestimmen den Norden, PDS und RC bilden den roten Gürtel in der Mitte-Nord und schließlich sind der Süden und die Inseln die Domänen von DC und PSI, wobei in der Mitte-Süd der PSI überdurchschnittlich abschneidet. Diese Einteilung nimmt Sani (1992, 554-563) vor, und er entwickelt in einer überarbeiteten Version von 1993 seine *mappa elettorale* weiter, indem er die drei Hauptzonen (Padania, Etruria, Mezzogiorno; vgl. Sani 1993, 211f) noch einmal untergliedert und insgesamt sieben Zonen definiert.²⁹ Sani (Vgl. 1993, 223) ist allerdings skeptisch, ob seinem Entwurf Dauer beschieden ist oder ob er nur eine Übergangsphase beschreibt. Es stellt sich unweigerlich die Frage, ob eine solche Kartographierung überhaupt noch sinnvoll ist. Ein Erkenntnisgewinn besteht jedenfalls, auch wenn kaum zu erwarten ist, daß sich in diesen Zonen neue Stammwählerschaften entwickeln. Mit den Parlamentswahlen 1994 hat, wie wir heute wissen, das alte Parteiensystem aufgehört zu existieren. Und gerade deshalb kann Sanis wahlgeographische Gliederung Italiens, die die Ausgangslage des Umbruchs festhält, als Vergleichsbasis dienen, um festzustellen, ob eine „neue“ Partei nur eine alte ersetzt hat oder ob sie, weil überhaupt nicht mit früheren Wahlmustern zu vergleichen, wirklich neu ist.³⁰

²⁹ Die weitere Untergliederung (Vgl. Sani 1993, 216-223) dient der feineren Darstellung des Kräfteverhältnisses zwischen den jeweiligen Parteien: Padania (der Name kommt vom norditalienischen Fluß Po) wird aufgeteilt in Profondo Nord (Lega sehr stark, ehemalige „weiße“ Zone) und Padania basso (Lega schwächer, nordwestliches Industriedreieck). Etruria gliedert sich in Etruria rossa (PDS und RC dominant) und Etruria rosa (abzuwartende Konsolidierung einer der Linksparteien). Mezzogiorno besteht aus Centro-Sud, Meridione und Profondo Sud (jeweils zunehmende Stärke der DC).

³⁰ Nicht zuletzt liefern Kartographierungen dieser Art beim Übergang vom Verhältnis- zum Mehrheitswahlrecht den Parteien Informationen, die ihnen für taktische Überlegungen hinsichtlich der Bündnisbildung nützlich sein können.

5.3.3 Hohe Fragmentierung und schwierige Mehrheitsfindung: doch kein Ende der „blockierten Demokratie“?

Die Schwierigkeit, eine klare Regierungsmehrheit zusammenzubringen, war eine weitere Folge des Wahlausganges, die zu betrachten ist. Die italienischen Parlamentswahlen von 1992 erbrachten ein Ergebnis, „das insofern auch für andere westliche Demokratien typisch ist, als auch in diesen sowohl die Regierungs- wie auch die Oppositionsparteien geschwächt worden und Probleme der Bildung von Mehrheitsregierungen entstanden sind“ (Nedelmann 1992, 533). Die Fragmentierung des italienischen Parlaments hatte weiter zugenommen. In der Abgeordnetenkammer waren nun 16 Parteien vertreten (1987: 14), im Senat 17 (1987: 15). Andreottis vor den Wahlen regierende Vierparteienkoalition aus DC, PSI, PLI und PSDI erreichte zusammen 48,8% der Stimmen zur Abgeordnetenkammer und 46,3% zum Senat. Dieses Ergebnis genügte für eine leichte Mehrheit an Sitzen (331 von 630 in der Kammer, 163 von 315 im Senat), was bei der geringen Fraktionsdisziplin in Italien keinesfalls als verlässliche Mehrheit gelten kann. Die alte Regierung schien also auch wieder die neue Regierung zu werden.

Das Problem der Linken, nämlich ihre hohe Fragmentierung, hatte mit den Wahlen 1992 noch zugenommen. Die Spaltung der Kommunisten brachte zwar keinen zusätzlichen Akteur, da in der Kommunistischen Wiedergründung die linksradikale *Democrazia Proletaria (DP)* aufging. Aber während die DP nie über 2% kam, erzielte die Kommunistische Wiedergründung mit 5,6% ein Ergebnis, das sie zumindest indirekt über die Schwächung des PDS zur relevanten Partei macht. Ein Problem, das sich aus der Umwandlung der kommunistischen Partei ergab, war, daß mit den Linksdemokraten und den Sozialisten de facto zwei sozialdemokratische Parteien im Parteiensystem präsent waren, wenngleich deren Wählerschaften noch durch die unterschiedlichen Traditionen der Parteien getrennt waren. Der PDS wurde, wie gesagt, die stärkste Partei auf der Linken, ohne den eine Linksregierung keine Mehrheit hätte bilden können. Doch mit diesem Kern eine Koalitionsmehrheit zu schmieden, hätte schon rein rechnerisch eine Regierung aus fünf oder mehr Parteien bedeutet, ungeachtet inhaltlicher Differenzen – und das bedeutet letztlich: es war praktisch unmöglich. Also hatten – zumindest 1992 – die „freien“ Wahlen in Italien keinen Wechsel gebracht. Die „blockierte Demokratie“ war vom „Erdbeben“ des Wahlausganges durchgerüttelt, aber nicht „entblockiert“ worden.

Der Entwicklungsstrang, der in diesem Kapitel dargestellt wurde, orientierte sich an der zunehmenden Diskrepanz zwischen sozialem und politischem Wandel. Es zeigte die Veränderungen im italienischen Parteiensystem, die mit den Begriffen Gordon Smith' als *restricted change* und 1992 als *general change* bezeichnet werden

können. Die Parlamentswahl vom 5. April 1992 kann als Markstein gelten, an dem die Phase des begrenzten Wandels von allgemeinem Wandel abgelöst wurde, der sich dann weiter beschleunigte und in *transformation* überging. Das alte Parteiensystem zeigte also bereits Auflösungserscheinungen *bevor* die Korruptionsermittlungen der Mailänder Richter begannen. Bevor die Dimensionen der Transformation beschrieben werden, erscheint es mir sinnvoll, einen Blick auf einige offene Fragen des Wandels der italienischen Parteienlandschaft zu werfen. Dies kann nur in einem größeren Rahmen erfolgen, wobei die Problematik der wissenschaftlichen Beschreibung des Wandels in westlichen Parteiensystemen zur Sprache kommt. Wandel richtig zu verstehen heißt, daß es letztlich darum geht, nicht nur die einzelnen neuen Parteien, die innerhalb der letzten zwanzig Jahre entstanden sind, zu beschreiben, sondern darum, ein Modell zu entwickeln, das den sozialen Wandel erfaßt und von dem ausgehend die neuen politischen Akteure eingeordnet werden können.

Exkurs: Rechts und Links, „Postmaterialismus“, Parteiinnovationen und ein neues Konfliktlinien-Modell

Die Herausbildung von Anti-Parteien-Parteien in Italien und die daraus resultierende Schwierigkeit der Analysen zur Wahl 1992, Angaben zur Volatilität zwischen den politischen Lagern zu machen, wirft die Frage auf, „whether new parties that emerge simply represent a variation within an existing conflict area, or create a wholly new conflict area within the party system“ (Mair 1983, 411). Wie lassen sich die Wandlungsphänomene und Innovationen in westlichen Parteiensystemen begrifflich fassen und angemessen erklären?

Im italienischen Fall scheint die Antwort nicht schwer zu sein. Die Forderung nach Reformen kann als so tiefgreifend angesehen werden, daß es gerechtfertigt ist, von einer neuen Konfliktlinie zu sprechen. Man sollte sich jedoch über die Bedeutung im klaren sein, die die Einführung einer neuen Konfliktlinie hat. Das cleavage-Konzept Lipsets und Rokkans kam deswegen mit drei bzw. vier sozialen Konfliktlinien aus, weil nur die epochalen Umbrüche als strukturbildend für die Parteiensysteme herangezogen wurden (Vgl. Lipset/Rokkan 1967, 37f u. 46f).³¹ Die Reformbedürftigkeit des politischen Systems steht nicht nur in Italien auf der Tagesordnung, und deshalb spricht Nedelmann (1992, 538) im Hinblick auf westliche Demokratien davon, „daß sich die Schwächen fortgeschrittener Parteiensysteme zu einer neuen grundlegenden Konfliktlinie (cleavage) massiert haben, die die Entstehung parteiähnlicher Gebilde anregt und die man daher ‚Parteien der zweiten Generation‘ nennen könnte.“ Es handelt sich bei den neu entstehenden Parteien wohlgerne um Phänomene, die in bereits bestehenden Parteiensystemen zutage treten. Die Parteientstehung im 19. Jahrhundert, d.h. die Formierung von Parteiensystemen in den dekorporierten Gesellschaften, ist davon zu unterscheiden. Das 19. Jahrhundert hat die „Parteien der ersten Generation“ hervorgebracht. Die Bezeichnung „parteiähnliche Gebilde“ für die „Parteien der zweiten Generation“ bezieht sich auf die Neuartigkeit von Organisations- und Aktionsformen. Wenn es überhaupt eine scharfe Abgrenzung zwischen sozialen Bewegungen und Parteien gibt, dann liegt sie – in Anlehnung an Max Weber – darin, daß eine Bewegung, sobald sie Kandidaten für ein Parlament aufstellt und an Wahlen nicht mit dem bloßen Ziel der Obstruktion, sondern der politischen Einflußnahme, teilnimmt, zur Partei wird. Man könnte also sagen, daß jede Partei einmal Bewegung war, aber nicht jede Bewegung Partei wird bzw. werden will.

³¹ Von Beyme kritisiert diese Zurückhaltung. Er führt in seinem Schema der Ausdifferenzierung von Parteien zehn „ideologische Familien“ von Parteien ein (von Beyme 1984, 36f). Farneti verwendet den Cleavage-Begriff in seinem Werk zum italienischen Parteiensystem sehr freimütig (Vgl. Farneti 1985, 10f). Es ist der Praktikabilität des Konfliktlinienmodells m.E. nicht dienlich, zu viele Themen, zu denen es grundverschiedene Auffassungen gibt, zu sozialen Konfliktlinien zu erheben.

Parteiinnovationen sind nichts Alltägliches. „Neue Parteien sind ein ziemlich neuer Forschungsgegenstand“, bemerkt Hiltrud Naßmacher (1989, 170) in ihrem den Forschungsstand darstellenden Aufsatz. Sie führt zwei gebräuchliche Erklärungsansätze zur Parteientstehung an: Die Modernisierungs- und die Protestwahlthese (Vgl. ebenda, 172f u. 174f). Erstere bezieht sich darauf, daß durch sozialen Wandel hervorgerufene Mißstände von den Betroffenen beseitigt werden wollen, letztere auf permanent vorhandenes, latentes Protestpotential, das nur in Krisenzeiten hervortritt. Besonders wichtig ist die Feststellung, daß neue Parteien sich zumeist nicht in das traditionelle Rechts-Links-Schema einordnen lassen und daß die Herausbildung neuer Parteien dann aussichtsreich ist, wenn der von ihnen repräsentierte Konflikt „quer zu den alten Konfliktstrukturen der Parteienlandschaft“ (Ebenda, 179) liegt.

Dies trifft für die Anti-Parteien-Parteien zu. Das heißt, daß ihr Hauptanliegen nicht die Verteilungspolitik ist, also „daß der Bezugspunkt ihrer Interessenartikulation nicht primär die Mißstände in der Sozialstruktur sind, sondern die Defizite des politischen Systems selbst“ (Nedelmann 1992, 538). Betrachtet man aber die italienischen Parteienneubildungen genauer, stellt man fest, daß sie sehr unterschiedlich sind, wie z.B. La Rete und die Lega Nord. Die Subsummierung beider unter die Bezeichnung Anti-Parteien-Parteien ist zwar hilfreich, aber auch reduktionistisch. Gemeinsam haben beide, daß ihre Entstehung als „quer“ oder, im Fremdwort, „transversal“ zu den alten Konfliktlinien verlaufend angesehen wird. Die die italienische Gesellschaft lange prägende Spaltung Kommunismus/Anti-Kommunismus verleiht dem Widerwillen der Neuen, sich auf der Rechts-Links-Achse einordnen zu lassen, eine besondere Bedeutung. Diese Haltung wird als *trasversalismo* bezeichnet (Vgl. Della Porta 1993, 60). Aber in der politischen Wirklichkeit rücken sie unausweichlich an die verschiedenen politischen Lager heran, nicht zuletzt wegen der normalerweise überwiegenden Herkunft ihrer Wähler aus einem bestimmten Lager. La Rete wurde von vielen linken Wählern gewählt und deshalb in den Wahlanalysen von 1992 als Partei dargestellt, die die italienische Linke weiter fragmentiert hat. Die Lega wurde dagegen rechts von der Mitte eingeordnet. Sie äußerte scharfe verteilungspolitische Forderungen, die mit separatistischer und neoliberaler Rhetorik vorgebracht wurden. Trotzdem stellte die Lega sich bewußt interklassisch dar.

Wie verhält es sich also mit rechts und links? Sagt die seit der Französischen Revolution gebräuchliche Raummetapher des Politischen nichts mehr aus? Der große italienische Rechtsphilosoph und Senator auf Lebenszeit Norberto Bobbio hat sich mit diesem Thema befaßt (und in Italien damit einen Bestseller gelandet). Ob wir es „oben und unten“ oder „rechts und links“ nennen, die Ursache für den Gebrauch solcher Begriffspaare liegt tiefer:

„Der Name kann wechseln, die wesenhaft und ursprünglich dichotomische Struktur des politischen Ordnungssystems bleibt. (...) Solange es Konflikte geben wird, kann die axiale Vision nicht verschwinden, auch wenn im Verlauf der Zeit und

mit der Veränderung der Umstände die einmal wichtigste Antithese zweitrangig werden könnte und umgekehrt“ (Bobbio 1994, 47 u. 49).

Das heißt, die mit dem Begriffspaar bezeichneten Inhalte sind nicht für alle Zeiten festgelegt, sie unterliegen dem Wandel:

„Die beiden Begriffe ‚rechts‘ und ‚links‘ sind keine absoluten Begriffe, sondern relative. Es sind auch keine Personen oder Dinge bezeichnende oder etwa ontologische Begriffe. Noch sind sie innere Eigenschaften eines politischen Ordnungssystems. Es sind Orte des ‚politischen Raums‘. Sie stehen für eine politische Topologie, die nichts mit politischer Ontologie zu tun hat...“ (Bobbio 1994, 70f).

Die Bestimmungen von rechts und links können sich nicht nur ändern, sie können sich auch überlagern. Der in einer Gesellschaft am stärksten virulente Konflikt bestimmt jeweils den Inhalt des Begriffspaares. In Zeiten des Umbruchs wird die alte Bestimmung mit einer neuen konfrontiert, deshalb die Rede von der Parteientstehung „quer“ zu den alten Konfliktstrukturen. „Quer“ ist dabei ebenfalls nichts anderes als eine Raummetapher. Der zunächst auf der alten Achse nicht einzuordnende Konflikt kann die alte Bestimmung verdrängen oder absorbiert werden, möglicherweise sogar von der Rechten *und* der Linken. Ein Beispiel: Die Ökologie lag bei ihrer Entstehung „quer“ zu dem vorherrschenden Verteilungskonflikt. Sie wurde dann links auf der bestehenden Achse verortet. Heute ist Ökologie von links bis rechts integriert, aber die alten Inhalte von rechts und links sind nicht verschwunden. Man kann linke und rechte Positionen in der Ökologie unterscheiden, wenn man implementationsorientiert vorgeht: Umweltschutz durch Verzicht oder durch vermehrten Technikeinsatz – dahinter steht eine negative bzw. positive Haltung gegenüber Wirtschaft und Wachstum. Umweltschutz durch Ökosteuern (Pigou-Ansatz) oder handelbare Nutzungsrechte (Coase-Ansatz) – dahinter steht die Befürwortung oder Ablehnung von Staatseingriffen in die Wirtschaft.

Die räumliche Darstellung von Politik bleibt erhalten, aber rechts und links dürfen nicht mit dem alten Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit oder Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichgesetzt werden. Die alte Bestimmung bleibt immerhin so stark, daß sie auch in Zukunft jeden neuen Konflikt durchdringen wird, zumal der Verteilungskonflikt, anders als Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre angenommen, weiterhin eine wesentliche Rolle in der Politik spielt. Die Parteiinnovationen seit Ende der siebziger Jahre mögen „quer“ zu den alten Konfliktstrukturen entstehen, sie werden mit der Zeit im Rechts-links-Schema verortet. Nicht zuletzt sind die überzeugendsten wissenschaftlichen Beschreibungen der neuen Parteien jene, die die Raummetapher in ihre Begriffsbildung aufnehmen. Die Rede ist von „links-libertären“ und „rechts-autoritären“ Parteien.

„Links-libertäre“ Parteien

Als Ende der siebziger Jahre die ersten grünen Parteien in Europa aufkamen, wurde zu deren Erklärung der Wandel hin zu „postmaterialistischen“ Werten herangezogen. Ronald Inglehart hatte mit seiner 1971/1977 veröffentlichten Theorie von der „Stillen Revolution“ im Reich der Werte die Diskussion um den „Wertewandel“ eingeleitet, die bis heute mit dickleibigen Werken die Regale füllt. Es ist hier nicht der Ort, diese Debatte nachzuzeichnen, aber in bezug auf den Wandel in Parteiensystemen sind einige Anmerkungen dazu angebracht.

Von der nach 1945 geborenen Generation wird behauptet, daß bei ihr nicht Sicherheitswerte, sondern Lebensqualitätswerte an erster Stelle stehen. Die Nachkriegsgeneration habe durch ihre Sozialisation in Frieden und Sicherheit, Wärme und Satttheit „postmaterialistische“ Werte verinnerlicht, wie z.B. Selbstverwirklichung, Mitbestimmung und Kommunikation. Politisch gesehen äußern sich solche Werte z.B. in der Ablehnung von Hierarchien und dem Wunsch nach mehr Partizipation. Der Anteil der „Postmaterialisten“ an der Bevölkerung ist seit den siebziger Jahren im Steigen begriffen – glaubt man den Ergebnissen des Eurobarometers, das den Vertretern der Wertewandel-These „immer neue Erfolgsmeldungen“, so von Beyme (1984, 183) kritisch, beschert.

Zur Beurteilung der Eurobarometer-Daten sollte man aber wissen, wie das „Postmaterialismus“-Potential einer Gesellschaft gemessen wird. Die Daten beruhen auf Ingleharts Postmaterialismus-Index. Zu dessen Ermittlung (Vgl. Brettschneider u.a. 1994, 572) werden die Befragten gebeten, aus folgender Liste das für sie wichtigste und zweitwichtigste politische Thema auszuwählen:

1. Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in der Nation
2. Verstärktes Mitspracherecht der Bevölkerung bei wichtigen Regierungsentscheidungen
3. Kampf gegen Preisteigerungen
4. Schutz der freien Meinungsäußerung

Wer 1. und 3. angibt, wird als „Materialist“ eingestuft. Wer 2. und 4. angibt, wird als „Postmaterialist“ definiert. Alle anderen Antwortkombinationen werden zum „Mischtyp“ gerechnet. Diese Vorgehensweise ist sicher zu undifferenziert, und man wird dem Eurobarometer in diesem Fall sehr kritische Aufmerksamkeit schenken müssen.

In der Parteienforschung und in der Soziologie spielt die „Postmaterialismus“-These eine große Rolle bei der Entwicklung von Theorien und bei Untersuchungen zu

den neu entstandenen Parteien und den neuen sozialen Bewegungen (NSB)³². Um die neuen Phänomene zu erfassen, sind u.a. das Begriffspaar „alte Politik - neue Politik“ und die Bezeichnung „Parteien neuen Typs“ (Müller-Rommel, zit. n. H. Naßmacher 1989, 171) geprägt worden. Eine grundlegende und fundierte Studie zu diesem Thema stammt von Herbert Kitschelt. Auch er sieht bei den neuen Parteien Eigenschaften, „that cut across the established cleavage structures“ (Kitschelt 1988, 194), und es findet sich der Hinweis auf „postmaterielle“ Werthaltungen der Anhänger der neuen Parteien (Vgl. ebenda, 198). Kitschelt definiert die „Neue Linke“ und die grünen Parteien als „left-libertarian parties“. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie der Priorität von Wirtschaftswachstum, den traditionellen politischen Entscheidungsprozessen und dem bürokratisch-zentralistischen Wohlfahrtsstaat kritisch gegenüberstehen. Sie sind „links“, weil sie für Solidarität und Gleichheit sind, sie sind „libertär“, weil sie für individuelle Autonomie und Selbstregierung in dezentralisierten Gemeinschaften sind. Ihre typischen Anhänger sind jung, verfügen über eine gute Bildung, sind vornehmlich in Sozialberufen tätig und sympathisieren mit der Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung (Vgl. ebenda, 195 u. 197f). Kitschelt legt in einem Vergleich sozioökonomischer Grunddaten von 18 Demokratien dar, daß der Aufstieg links-libertärer Parteien keine zufällige und vorübergehende Erscheinung, sondern strukturell bedingt ist (Vgl. ebenda, 195). Das Ergebnis der Studie lautet, daß die Entstehung links-libertärer Parteien in wirtschaftlich fortgeschrittenen und kleinen korporatistischen Wohlfahrtsstaaten begünstigt ist (Vgl. ebenda, 231). Postindustrialismus- und Wertwandeltheorien reichen seines Erachtens allein nicht aus, um Bedingungen anzugeben, wann sozialer Wandel zur Formierung neuer Parteien führt. Voraussetzung ist zusätzlich, daß traditionelle Organisationen die neuen Werte nicht aufnehmen und daß potentielle Akteure Vorteile für sich sehen und Ressourcen erwerben können: „Thus, new political parties will form only when the *unresponsiveness* of existing political institutions coincides with favorable *political opportunities* to displace existing parties“ (Kitschelt 1988, 209; Hervorheb. i. Orig.).³³ Kitschelt

³² Einen ausführlichen Überblick über die Forschung zu neuen sozialen Bewegungen (mit Schwerpunkt Deutschland) gibt Schmitt-Beck (1992). Die italienische Forschung wird von Diani und Melucci (1991) dargestellt. Der zuletzt genannte Beitrag findet sich in einem Sammelband, der sich kritisch mit dem Stand der gesamten NSB-Forschung auseinandersetzt. Es würde zu weit führen, in dieser Arbeit auch die NSB und die Abgrenzungsprobleme zu politischen Parteien zu behandeln sowie der Frage nachzugehen, ob und inwieweit sich politische Willensbildungsprozesse grundlegend verändern. Politische Parteien sind, das legen die Wahlteilnahmen und -erfolge der neuen Parteien nahe, immer noch die wichtigsten Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft. Der traditionelle Weg, soziale Forderungen durch eine politische Partei in den staatspolitischen Entscheidungsprozeß einzuschleusen, hat nicht an Bedeutung verloren. Daß die neuen Parteien wenig mit den alten Mitglieder- und Programmparteien gemeinsam haben, ändert daran nichts.

³³ Ohne daß Kitschelt explizit darauf Bezug nehmen würde, erinnert dies an den Zweck von Parteien bei Max Weber, nämlich den „Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden“ (M. Weber 1980, 167).

räumt allerdings ein, daß Aufstieg nicht notwendig Fortbestand bedeutet. Die Wählerunterstützung links-libertärer Parteien ist unsicher: Die soziale Lage kann links-libertäre Themen verdrängen und verteilungspolitische Kämpfe wieder etablieren, die großen sozialdemokratischen Parteien können diese Themen längerfristig absorbieren und die auf Dauer notwendige disziplinierte Parteiorganisation kann vormalige Anhänger der links-libertären Parteien verprellen (Vgl. ebenda, 232-234).

Im italienischen Parteiensystem zählen die Grünen, die Radikale Partei (bzw. Lista Panella) und in gewisser Weise auch La Rete zu diesem Typ.

„Rechts-autoritäre“ Parteien

Als Ende der achtziger Jahre wiederum neue Parteien durch Wahlerfolge in das Bewußtsein rückten, war man schnell mit der Erklärung zur Hand, dies sei die materialistische Reaktion auf die „postmaterialistischen“ Parteien. Doch genauso schnell war klar, daß diese Erklärung zu kurz griff, um ihre Eigenarten korrekt zu erfassen. Es handelte sich bei den neuen Gruppierungen u.a. um den Front National in Frankreich und die Autopartei in der Schweiz, die österreichische FPÖ, die deutschen Republikaner sowie den belgischen Vlaams Blok und nicht zuletzt die italienische Lega Lombarda. Um den Unterschied zu den links-libertären Parteien hervorzuheben, wurde der Begriff „rechts-autoritär“ (Flanagan 1987) geprägt. Die neueste Literatur definiert diese Parteien als „radical right-wing populist parties“ (Betz 1993) bzw. als „new populist parties“ (Taggart 1995).

Diese Parteien sind *radikal* in der Ablehnung des etablierten soziopolitischen Systems und in der Befürwortung des freien Marktes und des selbsterarbeiteten Erfolgs des Individuums. Sie sind *rechts*, weil sie soziale Gleichheit und die Integration von Randgruppen ablehnen. Dabei legen sie Fremdenfeindlichkeit bis hin zu offenem Rassismus an den Tag. Sie sind *populistisch*, weil sie vorgeblich für den einfachen Mann auf der Straße sprechen und den gesunden Menschenverstand in die Politik zurückbringen wollen. Für ihre Ziele instrumentalisieren sie nicht selten Angstgefühle der Bürger (Vgl. Betz 1993, 413).

In ihrer Programmatik sind sie nationalistisch oder regionalistisch mit separatistischem Einschlag.³⁴ Ihre betont neo-liberale Rhetorik bezieht sich weniger auf ein Wirtschaftsprogramm, sondern dient als Waffe gegen den schwerfälligen Staatsapparat, der viel zu hohe Steuern kassiere und mit seiner Regulierungswut den Fortschritt abwürge: „The opponent is the bureaucratic, centralized state which is living off the

³⁴ Taggart verfolgt mit seinem Aufsatz auch die Absicht, neo-populistische von neo-faschistischen Parteien abzugrenzen. Neo-faschistische Parteien können, gemessen an den Wahlergebnissen, nicht mit den Erfolgen der neo-populistischen Parteien mitziehen, wie der Autor in einer Tabelle zeigt – vgl. Taggart 1995, 45.

work of the productive forces in society“ (Ebenda, 418). Die neuen Rechtspopulisten sehen die Konfliktlösungsmechanismen der Nachkriegsordnung, also Keynesianismus, (Quasi-)Korporatismus und den Wohlfahrtsstaat, am Ende (Vgl. Taggart 1995, 38). Insbesondere die etablierten Parteien, die sich in diesem System eingerichtet haben, sind die Zielscheibe ihrer Attacken. Die rechtspopulistischen Gruppierungen sind Anti-Parteien-Parteien (Vgl. Taggart 1995, 39; Betz 1993, 419). In diesem Punkt treffen sie sich mit den links-libertären Parteien. Verortet nach dem Begriffspaar Alte Politik/Neue Politik zählen Neue Linke wie Neue Rechte zur selben Seite.

Das ist aber nicht der Fall hinsichtlich ihrer Organisation. Rechts-autoritäre Parteien zeichnen sich dadurch aus, daß fast immer ein „charismatischer“ Führer an ihrer Spitze steht: so wie LePen, Haider, Schönhuber und Bossi zum Beispiel. Die zumeist straffe Organisation hat ihren Grund. Sie sichert die Führerschaft ab, und sie soll ein Gegenbild zu den bürokratischen Massenparteien sein (Vgl. Taggart 1995, 41f).

Die Wählerschaft solcher Parteien ist heterogen. Die Rechtspopulisten schmieden „an alliance between losers and winners of the present acceleration of the modernization process“ (Betz 1993, 421). Zum einen finden sie Unterstützung bei der alten Industriearbeiterschaft und minder qualifizierten Arbeitskräften, deren Arbeitsplätze durch neue Produktionsmethoden und Produktionsverlagerung ins Ausland bedroht sind. Zum anderen werden sie gewählt von Angehörigen der neuen Mittelklasse, den „new professionals“ – junge Leute, die ihre eigenen Berufe kreiert haben und darin erfolgreich sind (Vgl. ebenda, 423). Zusammenfassend läßt sich sagen:

„In a social, cultural, and political climate characterized by fluidity and insecurity, radical right-wing populism appeals to the new ego-centrism which prevails throughout the advanced western world and which finds expression as much in the picture of the ‚fortress Europe‘ and the renewed outbursts of nationalist separatism as in the hostility towards foreigners and the denunciation of the welfare state“ (Betz 1993, 424).

In bezug auf Italien ist festzuhalten, daß die Lega Nord zum Typus der rechtspopulistischen Parteien zählt. Aber nicht nur das: Taggart führt in seiner tabellarischen Übersicht der elektoralen Stärke dieser Parteien auch Berlusconis Forza Italia auf (Vgl. Taggart 1995, 45). Darauf wird am Ende (Kap. 8) noch einzugehen sein.

Ein neues Konfliktlinien-Modell fortgeschrittener westlicher Demokratien

Die oben gezeigte Gemeinsamkeit der links-libertären und rechts-autoritären Parteien bezüglich ihrer Gegnerschaft zur alten Politik muß auch in einem Modell sozialer Konfliktlinien fortgeschrittener westlicher Demokratien wiederzuerkennen sein. Auch wenn man mit der Annahme, daß die neue Rechte eher materialistisch ist, nicht falsch liegt, ist es doch nicht möglich, die beiden Typen einfach durch die Konfliktlinie

Postmaterialismus/Materialismus voneinander zu unterscheiden. Was sich hier andeutet, hat Savage in einer Studie gezeigt: es gibt auch „rechte Postmaterialisten“. Diese Gruppierung ist bei Inglehart nicht definiert. Er ist vielmehr der Überzeugung, daß im Zuge des sozialen Wandels der Klassen-Cleavage durch den Postmaterialismus/Materialismus-Cleavage abgelöst werden wird (Vgl. Savage 1985, 432).

In seinem Hauptwerk geht Inglehart davon aus, daß „Postmaterialisten“ zunächst im etablierten System mit größerer Wahrscheinlichkeit der Linken zuzuordnen sind. Die von ihm verwendeten Daten der Neun-Länder-Studie von 1973 scheinen dies zu bestätigen. Die wenigen „Postmaterialisten“ der Rechten, die in den Daten auftauchen, können deshalb vernachlässigt werden. Savage widerspricht dieser Ansicht. Er verwendet denselben Datensatz wie Inglehart, um zu zeigen, daß die rechten Postmaterialisten eine eigene Gruppierung darstellen und daß ein wesentlicher Unterschied zwischen linken und rechten Postmaterialisten besteht. Gleichzeitig unterscheiden sich die rechten Postmaterialisten von den rechten Materialisten (Vgl. Savage 1985, 441). Die Unterschiede kommen z.B. dadurch zustande, daß es junge Leute gibt, die zwar postmaterielle Wertvorstellungen haben, trotzdem aber Kirchgänger sind, mit ihrem Staat zufrieden sind oder Wirtschaftswachstum und Verteidigungsanstrengungen gutheißen. Das heißt, daß die alten Konfliktlinien weiter wirken: „The ideological differences dividing the left and the right postmaterialists are rooted in the deeply held industrial and preindustrial cleavages Inglehart believes will fade with time“ (Savage 1985, 447). Postmaterialismus ist also kein von Schichtzugehörigkeit ablösbares Phänomen. Auch dem muß das gesuchte Modell Rechnung tragen.

In der für diesen Exkurs ausgewählten Kontroverse zwischen Inglehart und Flanagan bekräftigt Inglehart seine Ansicht: Die Materialismus/Postmaterialismus-Trennlinie verläuft zwischen den Generationen, wobei älter werden nicht gleichzeitig materialistischer werden bedeutet. (Die Postmaterialismus-Theorie ist kein Lebenszyklus-Ansatz.) In dem Maße, wie die Generationen sich ersetzen, manifestiert sich „a decline in social-class voting and increasing polarization over noneconomic values“, die Geschichte schreitet fort „from class-based to value-based polarization“ (Inglehart 1987, 1296). Die neue Konfliktlinie verursacht Streß in den Parteiensystemen, in denen die Parteien primär auf Klassen basierenden Konfliktlinien angeordnet sind. Streßabbau bedeutet danach entweder Neupositionierung der alten oder Entstehung von neuen Parteien (Vgl. ebenda, 1302). Problematisch ist, daß Inglehart diesen Vorgang allein auf der Linken ablaufen sieht. Postmaterialismus, so Inglehart, spaltet die Linke und bringt links angesiedelte „New Politics parties“ hervor (Vgl. ebenda, 1299).

Scott C. Flanagan bringt an diesem Punkt Kritik an. Seiner Ansicht nach wirft Inglehart zwei Wertwandelsprozesse, die man voneinander trennen muß, in einen

Topf: „...Inglehart has obscured this distinction by collapsing indicators of both into a single scale“ (Flanagan 1987, 1303). Flanagan stimmt zu, daß hinter der Bezeichnung „libertarian“ postmaterialistische Werte wie persönliche und politische Freiheit, Selbstverwirklichung, Mitbestimmung, Gleichheit, Toleranz gegenüber Minderheiten und anderen Lebensstilen stehen, und so verwendet er ebenfalls die Bezeichnung „libertarian-postmaterialist“ (Ebenda, 1304). Die Differenzen entstehen woanders. Inglehart versteht unter Materialismus ökonomische *und* Sicherheitsgesichtspunkte. Nach Flanagan müssen diese aber getrennt werden. „Materialism“ soll sich demnach nur auf ökonomische Gesichtspunkte (gesamtwirtschaftlicher und persönlicher Wohlstand, Stabilität, Wachstum und niedrige Inflation) beziehen, wohingegen der als „authoritarian“ bezeichnete Wertcluster sich u.a. auf Sicherheit und Ordnung, Pflichtbewußtsein, Patriotismus und traditionelle Moralvorstellungen beziehen soll (Ebenda, 1305). Man muß also zwischen links-libertären und rechts-autoritären Werten unterscheiden. Dadurch gibt es nicht nur eine Wertkonfliktlinie, sondern zwei: „The New Politics is divided by the second value cleavage, which distinguishes the New Left from the New Right“ (Ebenda, 1306). Da die Werte der Neuen Rechten nach Flanagan weder ökonomisch-materialistisch noch postmaterialistisch im Sinne Ingleharts sind, verwendet er für die Bezeichnung der ersten Wertkonfliktlinie den Ausdruck „nonmaterialist“. Graphisch dargestellt sieht das Konfliktlinien-Modell Flanagans dann folgendermaßen aus:

Full Cleavage Structure for Advanced Industrial Democracies

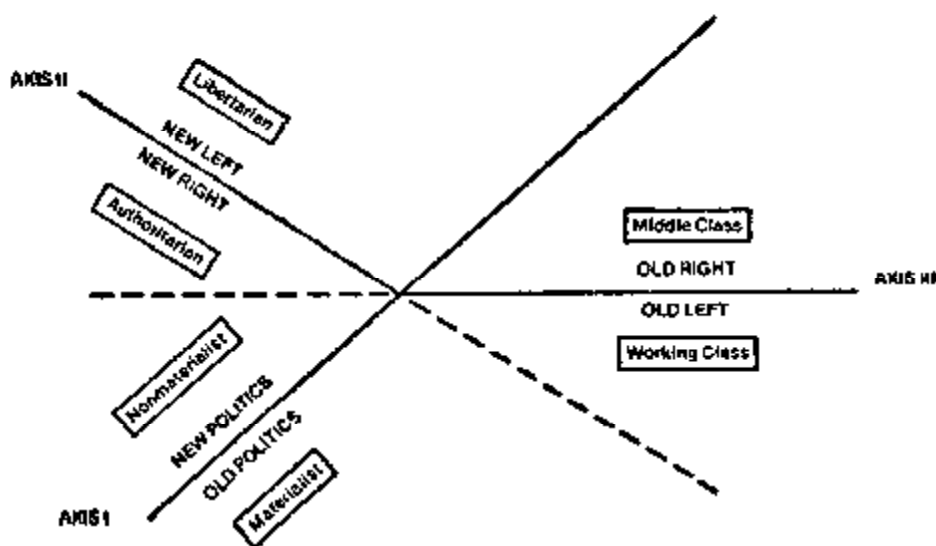


Abbildung 5: Konfliktlinienmodell fortgeschrittener Industriestaaten (Flanagan 1987, 1306)

Flanagans Modell bildet die wesentlichen strukturellen Änderungen in den westlichen Demokratien der letzten beiden Jahrzehnte ab. In Zeiten des Wandels Modelle zu entwickeln, ist immer eine undankbare Aufgabe. Aber ohne solche hilfreichen Deutungen blieben die Wandlungsphänomene dunkel und diffus. Das Modell ist ein Idealtypus – mehr nicht, aber auch nicht weniger. Es trägt der immer noch anhaltenden Bedeutung der industriellen Konfliktlinie Rechnung und ist insofern offen für zukünftige Verteilungskonflikte. Flanagan hat sein Modell durch die Differenzierung des „Postmaterialismus“ Ingleharts gewonnen. In diese Richtung schreitet die Forschung zum Wertewandel fort. Willi Herbert hat auf der Basis empirischer Untersuchungen Wertkomplexe gebildet und daraus acht Werttypen abgeleitet.³⁵ Das heißt nun nicht, daß zu jedem Werttyp neue Parteien entstehen werden. (In Flanagans Modell lassen sich praktisch alle Werttypen Herberts verorten – selbst der „hedonistische Materialist“ und der „progressive Idealist“.) Wie stark die neuen Konfliktlinien in einer Gesellschaft ausgeprägt sind, welche neue Parteien welchen Typs in einem Land entstehen und inwieweit sich die etablierten Parteien den neuen Konfliktstrukturen anpassen – das alles hängt von den spezifischen sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen in einem Land oder, anders ausgedrückt, von seiner Geschichte ab.

Diese etwas theoretischen Ausführungen schienen mir notwendig, um den bisher beschriebenen Wandel im italienischen Parteiensystem verstehen und einordnen zu können. Der Exkurs ist zugleich Ausdruck des Versuches, einen roten Faden in den Deutungsangeboten der vielfältigen sozialwissenschaftlichen Literatur zu finden.

³⁵ Die Wertkomplexe sind Traditionalismus und Konventionalismus, Selbstentfaltung und idealistisches Engagement, Hedonismus und Materialismus. Die acht Werttypen werden kombinatorisch aus diesen Komplexen ermittelt, je nachdem, ob ein Komplex „hoch“ oder „tief“ anzusetzen ist. So werden definiert (Herbert 1988, 154): der Konservative, der konservative Hedonist, der integrierte Staatsbürger, der Pluralist, der Resignierte, der hedonistische Materialist, der progressive Idealist, der New Age-Typ.

6 Die Transformation des italienischen Parteiensystems 1992-1994

Die Transformation des italienischen Parteiensystems wurde durch nationale und internationale Faktoren beeinflusst. Es läßt sich aber nicht eindeutig festlegen, inwieweit ein Ereignis wirkliche Ursache oder bloß Auslöser der italienischen Entwicklung war. Zuallererst wäre hier natürlich das Ende des Ost-West-Konflikts zu nennen. Daß Italien das erste westliche Opfer des Umbruchs in Europa sei, wurde bis zum Überdruß zitiert. Es erhoben sich sehr pessimistische Stimmen, die nach der deutschen Frage nun die italienische Frage auf der Tagesordnung sahen: „Italien könnte durchaus zum Tor werden, durch welches das sich ausbreitende Chaos im früheren kommunistischen Weltreich den Westen überflutet“ (Sacco 1992, 344). Eines ist jedenfalls richtig: „Mit dem Zerfall des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa verlor das ganze zur Abwehr dieser Gesellschaftsordnung aufgebaute System seine Legitimation – weniger in den Augen des Auslandes als in den Augen derer, die damit und davon gelebt hatten“ (Stamm 1993, 44). Die italienischen Reaktionen waren damit aber nicht mit Notwendigkeit vorgezeichnet: „Italien war theoretisch selbstverständlich frei, auf die epochalen Umwälzungen so oder anders oder gar nicht zu reagieren und selbstbewußt seinen eigenen Weg zu gehen“ (Ebenda, 43). Einig sind sich die Kommentatoren darin, daß das italienische System morsch und brüchig war und daß das Land „mit oder ohne Fall der Mauer“ (Braun 1994, 14) früher oder später in eine Systemkrise geraten mußte. Der Zusammenbruch des Kommunismus hatte zweifellos bedeutenden Einfluß auf Italien, mag man ihn als Auslöser oder als „Signal“ (Weber 1995, 181) bezeichnen.

Ähnliches gilt auch für die Aufdeckung der systematischen Korruption. Sie kann nicht als Ursache der Transformation angesehen werden. „Die alte Politik“, so der sozialistische Politiker und Ex-Ministerpräsident Giuliano Amato, „hatte sich bereits erschöpft, bevor die Schmiergeldrepublik entdeckt wurde und sie zerstörte, denn sie hatte bereits vorher ihre Kraft verloren wie ein von innen verrotteter Baumstamm“ (Zit. n. Weber 1995, 181).

Die italienische Geschichte nahm 1992/94 eine Wendung, die keine Parallelen in anderen westeuropäischen Ländern hat. In der europäischen Nachkriegsgeschichte ist sie allenfalls mit den Ereignissen in Frankreich 1958 vergleichbar oder ähnelt, wie Mershon und Pasquino (1995, 42) es darstellen, der Regimetransition in Spanien Mitte der 70er Jahre.

Die Triebkräfte und Instrumente des Umbruchs in Italien lassen sich genau benennen. Es sind, wie bereits dargestellt, die neuen Parteien. Außerdem die Justiz und die Referenden sowie in deren Folge der Übergang vom Verhältniswahlrecht zum Mehrheitswahlrecht, das eine völlig neue Logik des Parteienwettbewerbs in Italien etabliert hat.

6.1 Internationale und nationale Beweggründe des Umbruchs

6.1.1 Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Umwandlung des PCI

Die vom Zusammenbruch des Ostblocks am meisten betroffene Partei war die kommunistische Partei Italiens. Fünf Tage nach dem Fall der Berliner Mauer kündigte Parteisekretär Achille Occhetto die Umwandlung der Partei an (Vgl. La Repubblica, 15.11.89). Die Krise der italienischen Kommunisten währte zu diesem Zeitpunkt aber nicht erst fünf Tage, sondern (mindestens) fünf Jahre. Ihr populärer Führer Berlinguer war im Jahre 1984 gestorben. Er verkörperte wie kein anderer den Historischen Kompromiß und den Eurokommunismus. Mit Berlinguers Tod gehörten beide Konzepte endgültig der Vergangenheit an. Der nachfolgende Parteisekretär Alessandro Natta konnte keine neuen Perspektiven eröffnen. Zwar regierten die Kommunisten in vielen Rathäusern und einigen Provinzen (Vgl. Jacobs 1989, 183), und auf nationaler Ebene trugen sie viele Gesetze mit, aber ihre Stimmenanteile bei Wahlen und ihre Mitgliederzahl sanken³⁶. Mit dem steigenden Anteil an Pensionären schritt die Überalterung der Partei fort. Beispielhaft für die Lage war das von den Kommunisten 1985 angestrebte Referendum gegen Craxis Einschnitte auf der gleitenden Lohnskala (*scala mobile*, automatische Anpassung der Löhne an die Inflation) – seine Ablehnung durch die Bevölkerung war eine herbe Niederlage. Natta wurde 1988 von Occhetto abgelöst. Der neue Parteisekretär nahm eine Kursänderung mit dem Ziel innerparteilicher Reformen und Reformen des politischen Systems vor. Die konsoziativen Praktiken milderten zwar die dauerhafte Oppositionsrolle der Kommunisten, aber sie brachten die Partei der Regierungsübernahme nicht näher. Ein wirklicher Regierungswechsel, so glaubte man, setze eine Wahlrechtsänderung voraus (Vgl. Hellman 1992, 73). Occhettos Kurs war nicht unumstritten. Nach seiner Ankündigung nach dem Mauerfall begann ein 15 monatiger Kampf in der Partei. Von 1989 bis 1990 verringerte sich die Mitgliederzahl in nur einem Jahr um 100.000. Die Kommunisten, die bisher von innerparteilichen Faktionen weitgehend verschont geblieben waren, zeigten sich der Öffentlichkeit auf ihrem 19. Parteikongreß 1990 dreigeteilt. Die Reformisten um Parteiführer Occhetto machten ca. zwei Drittel des PCI aus, um Pietro Ingrao scharte sich ein weiteres Drittel, das die Preisgabe der historischen Identität der Partei fürchtete und eine kleine Minderheit, darunter Armando Cossuta, hielt streng an der marxistisch-leninistischen Ideologie fest (Vgl. ebenda, 70). Mit wolkigen Formulie-

³⁶ Von 1981 bis 1985 verlor die kommunistische Partei jedes Jahr netto ca. 30.000 Mitglieder. Ihre Gesamtzahl sank dadurch von 1,714 Mio. 1981 auf 1,596 Mio. 1985. 1989 betrug sie 1,421 Mio, was einem durchschnittlichen Nettoverlust von knapp 44.000 Mitglieder gleichkommt. Die Mitgliederzahlen sind abgedruckt bei Hellman 1992, 75 sowie im dokumentarischen Anhang zu Italian Politics: A Review Vol.7 (1992), S. 213.

rungen versuchte Occhetto eine Formel zu finden, die das Parteivolk nicht allzusehr brüskierte und die Parteispaltung verhindern sollte: Dem Markt sollten menschliche Ziele vorgegeben werden, eine verstärkte internationale Kontrolle der Wirtschaft sei Gebot der Globalisierung, und Sozialismus bleibe das große Ziel (Vgl. NZZ, 13.10.90).

Auf dem 20. Parteikongreß im Februar 1991 in Rimini löste sich die kommunistische Partei Italiens auf. Nach heftigen Diskussionen stimmte eine 2/3-Mehrheit für die Gründung der Nachfolgepartei: die Demokratische Partei der Linken (PDS) war aus der Taufe gehoben. Ihre Gründung wurde als Erfüllung eines langen Revisionsprozesses bezeichnet, und gleichsam als Taufpate wurde Antonio Gramsci beschworen. Damit war ein Strich unter die Vergangenheit gezogen, ohne einen harten Bruch zu vollziehen. Jedes Mitglied des PCI, das nicht ausdrücklich widersprach, wurde automatisch Mitglied des PDS (Vgl. NZZ, 2. u. 5.02.91). Ende 1991 wurde die Zahl der PDS-Mitglieder mit knapp einer Million beziffert (Vgl. Hellman 1992, 80). Die Gegner fanden sich um Ingrao, Cossutta und Natta unter dem Motto *rifondazione comunista* (kommunistische Wiedergründung) zusammen, und so nannten sich die abgespaltenen orthodoxen Kommunisten Ende 1991 auch offiziell. Die im Parlament vertretene, linksradikale Splittergruppe Proletarische Demokratie löste sich auf und stieß zu der neuen kommunistischen Partei dazu. Die Partei der kommunistischen Wiedergründung gab ihre Mitgliederzahl Ende 1991 mit 150.000 an (Vgl. ebenda, 81).

Die italienische Parteienlandschaft wies 1991 also auf der Linken zwei neue Parteien auf, eine neo- und eine postkommunistische. Die de facto sozialdemokratischen Positionen des PDS deckten sich teilweise mit denen von Craxis Sozialisten, aber es gab auch erhebliche Differenzen. Das Verhältnis dieser beiden Parteien mußte sich in der Konkurrenz um Wählerstimmen entscheiden. Die Wahlen von 1992 bewiesen, wie oben beschrieben, die relative Stärke der Postkommunisten. Nach den Wahlen 1994 sollte sich die Frage nach dem Verhältnis von PDS und PSI nicht mehr stellen.

6.1.2 Der Vertrag von Maastricht und das Ausscheiden des PRI aus der Regierung

Die mangelhafte Reaktion auf ökonomische Notwendigkeiten spielt eine große Rolle beim Niedergang des alten Regimes. „Weit mehr als das Ende des Kalten Krieges war der Vertrag von Maastricht der äußere Faktor, der die italienische Krise beschleunigte“, urteilt gar der Historiker Sergio Romano (Zit.n. Weber 1995, 182).

Solange die Wirtschaft florierte, schienen der ausgebaute Sozialstaat und die großzügigen Rentensysteme tragbar. Von diesem „Massenklientelismus“ (Braun 1994, 75)

profitierte jeder auf irgendeine Art. Sei es durch frühzeitigen Ruhestand, Invalidität bei bester Gesundheit oder einfach durch hohe Zinsen auf Staatspapiere, die sog. BOT (*Buoni ordinari del tesoro*). Doch Ende der achtziger Jahre geriet dieses System mehr und mehr in die Krise. Der Wohlfahrtsstaat war in diesem Ausmaß nicht länger zu finanzieren. Zudem gerieten die großen Staatsbetriebe, einst Vorzeigeobjekte des italienischen Wirtschaftswunders, immer tiefer in die roten Zahlen. Trotz ständigen Drehens an der Steuerschraube verschuldete sich der italienische Staat immer mehr. Seit Mitte der achtziger Jahre lag das jährliche Haushaltsdefizit bei ca. 10% des BIP, die gesamte Staatsverschuldung kletterte von 1985 bis 1990 von 82,2% auf 98,2% des BIP, um 1991 das erste Mal die 100%-Marke zu überschreiten (Vgl. Brettschneider u.a. 1994, 528 u. 539). Als 1991 der Maastrichter Vertrag beschlossen wurde, war klar, daß Italien weit davon entfernt war, die Konvergenzkriterien zur Wirtschafts- und Währungsunion erfüllen zu können. Ausufernde Finanzkrise, zunehmende Steuerlast und drohendes Abhängen bei der europäischen Integration führten dazu, daß „nun auch die immer bevorzugten Klientelen der DC“ (Freischaffende, Handwerker und Händler) den Druck spürten, und Industrielle „zu scharfen Kritikern der Regierung“ wurden (Braun 1994, 100). Der Unternehmerverband *Confindustria* stellte sich Anfang 1992 zum ersten Mal in seiner Geschichte in Opposition zur christdemokratischen Koalitionsregierung (Vgl. Weber 1995, 182).

Zu diesem Zeitpunkt gehörten die Republikaner (PRI) der Koalition bereits nicht mehr an. Die den Unternehmern nahestehende Partei war 1991 aus der Regierung Andreotti ausgeschieden. In der Tat ein „dramatic move“, wenn man bedenkt, daß die republikanische Partei zu den treuesten Koalitionspartnern der DC in der italienischen Nachkriegsgeschichte gehört hatte (Vgl. Donovan 1992, 172f). Der Anlaß war wenig bedeutsam, aber typisch für den Zustand des Systems. Als im April 1991 die Bildung des siebten Kabinetts Andreotti anstand, hatte PRI-Parteisekretär Giorgio La Malfa für die seiner Partei zufallenden Ministerien Kandidaten benannt, darunter den zukünftigen Postminister. Craxi legte gegen diesen sein Veto ein, was La Malfa erst dann erfuhr, als im Fernsehen der neue Postminister präsentiert wurde: ein Sozialdemokrat. Die Republikaner zogen sich daraufhin aus dem Kabinett zurück, und La Malfa wollte zurücktreten. Seine Konsequenz brachte ihm aber viel Lob von der Parteibasis und von der Bevölkerung ein. So blieb er – und ging mit seiner Partei in die Opposition (Vgl. Weber 1992, 102; Braun 1994, 101). Der gewählte Zeitpunkt erscheint im Nachhinein als weise, denn so konnten die Republikaner ihr Image als kompetente und korrekte Partei, „which faces up to hard economic realities“ (Jacobs 1989, 201), bewahren. Das Ausscheiden des PRI aus der Regierung zeigt beispielhaft, daß der Konsens der ersten Republik Anfang der neunziger Jahre bröckelte.

6.1.3 Die Staatskrise im Frühjahr 1992: das CAF-Kartell verfällt

Die Ereignisse des Frühjahrs 1992 zeigen wie in einem Brennpunkt und Höhepunkt zugleich Zustand und Funktionsweise des politischen Systems Italiens. Nach den Parlamentswahlen vom April 1992 sah es zunächst so aus, als würde es eine Neuauflage der Vierparteienkoalition geben. Wenn auch geschwächt, so oblag es doch vornehmlich der DC als stärkster Partei, Vorgespräche zur Bildung einer neuen Regierung zu führen. Zwar konnte sich Staatspräsident Cossiga auch eine Regierung mit Beteiligung des postkommunistischen PDS vorstellen, zwar bot sich der DC-Reformer Mario Segni, mit der Reform des Wahlsystems als einzigem Ziel, als Ministerpräsident an, aber am aussichtsreichsten schienen die Sondierungen der Parteisekretäre der Christdemokraten und der Sozialisten, Forlani und Craxi. Seit 1989 war „CAF“ wie „Craxi - Andreotti - Forlani“ Bestandteil der politischen Sprache in Italien. Damit wurde die christdemokratisch-sozialistische Achse bezeichnet, die die Posten im Staat und in den para-staatlichen Organisationen und Betrieben neu verteilte, während die Opposition, sprich die mit sich selbst beschäftigten Kommunisten, praktisch abwesend war (Vgl. Braun 1994, 87-94, Bull/Newell 1993, 209). Warum sollte das „bewährte“ Machtkartell diesmal nicht das Sagen haben? Doch es kam anders.

Knapp drei Wochen nach den Wahlen, am 25. April 1992, kündigte Staatspräsident Francesco Cossiga in einer dramatischen Fernsehansprache seinen Rücktritt an. Seit 1990 war er im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Geheimtruppe „Gladio“ und der Frage, ob diese in Attentate verwickelt war (Vgl. Weber 1992, 100), ins Gerede gekommen. Seitdem kommentierte das seit 1985 im Amt befindliche und eher schweigsame Staatsoberhaupt immer häufiger die Tagespolitik. Cossigas „Äußerungen“ (*esternazioni*) und seine „Pickelhiebe“ (*picconate*) gegen das etablierte System sind sprichwörtlich geworden (Vgl. Pasquino/Hellman 1992, 5; Bull/Newell 1993, 211). Ende 1991 strebten Teile der Opposition ein Amtsenthebungsverfahren nach Art. 90 der Verfassung³⁷ gegen den Staatspräsidenten an. Cossiga kam dem zuvor, indem er sich selbst im Fall Gladio anklagte, um ein für alle Mal, wie er hoffte, die Absolution des Parlaments zu erhalten. Doch die Staatsanwaltschaft verwies den Fall nicht an das Parlament, sondern an ein Richtertribunal, das sich selbstverständlich erst einmal in die Akten einarbeiten mußte. Andreotti erklärte daraufhin am 30. Januar 1992, daß seine Regierung unter diesen Umständen nicht weiterarbeiten könne, und

³⁷ Artikel 90 der italienischen Verfassung lautet: „Der Präsident der Republik ist für die in Ausübung seiner Amtsaufgaben vollzogenen Handlungen nicht verantwortlich, es sei denn, es handle sich um Hochverrat oder einen Angriff auf die Verfassung.“

In derartigen Fällen wird er vom Parlament in gemeinsamer Sitzung durch Beschluß der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder unter Anklage gestellt.“

so wurde das Parlament vorzeitig aufgelöst und Neuwahlen für den April 1992 angesetzt (Vgl. Weber 1992, 109). Den Zeitpunkt seines Rücktritts hatte Cossiga genau kalkuliert: Einen Tag vor seiner Fernsehrede waren Giovanni Spadolini (PRI) zum Senatspräsident und Oscar Luigi Scalfaro (DC) zum Kammerpräsident gewählt worden. Die Regierungsbildung war jedoch durch den Rücktritt in die Ferne gerückt, denn formal muß der Staatspräsident den Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt mit der Regierungsbildung beauftragen und ihn ernennen. Am 13. Mai trafen die Gremien zur Präsidentenwahl zum ersten Mal zusammen. Segni und seine Pro-Referendum-Anhänger machten klar, daß sie keinen wählen würden, der sich gegen eine Reform des Wahlsystems ausgesprochen hatte. Diese Haltung richtete sich gegen das „CAF“-Kartell, das Forlani gerne an die Staatsspitze gebracht hätte. Auch der vorgeschlagene Republikaner Spadolini hatte für die Gruppe um Segni zu wenig Profil als Reformers gezeigt (Vgl. Hellman/Pasquino 1993, 5). So wurden viele Namen gehandelt, Wahlgang um Wahlgang ging erfolglos zu Ende. Am 23. Mai 1992 fiel der Anti-Mafia-Richter Giovanni Falcone einem Bombenattentat, dessen Sprengkraft mehr an Kriegsführung denn an Terrorismus erinnert, zum Opfer. Am 25. Mai wurde daraufhin im sechzehnten Wahlgang der Christdemokrat Scalfaro zum neuen Staatspräsidenten gewählt.

Am 18. Juni beauftragte Scalfaro nach Craxis Verzicht den Sozialisten Giuliano Amato mit der Regierungsbildung, und Ende Juni/Anfang Juli sprachen Kammer und Senat Amatos Regierung das Vertrauen aus. Nach knapp fünf Monaten hatte Italien wieder eine legitimierte und handlungsfähige Regierung. Die neue Regierung versprach, Reformen in Angriff zu nehmen. Sie wies viele neue Gesichter auf und war mit 24 Ministern und 35 Staatssekretären gegenüber Andreottis letztem Kabinett mit 32 Ministern und 70 Staatssekretären erheblich verkleinert worden.

Im Frühjahr 1992 mußten nicht nur alle vier höchsten Staatsorgane Italiens neu besetzt werden, sondern es begannen auch die Korruptionsermittlungen, die sich in der Folgezeit zur Lawine ausweiten sollten. Der Verzicht Craxis auf den Ministerpräsidentenposten geschah nicht ganz aus freien Stücken, war doch seine Partei stark davon betroffen.

6.1.4 Die Justiz ermittelt: Tangentopoli und Mafiopoli

Am 17. Februar 1992 wurde in Mailand Mario Chiesa, Altersheimdirektor und Mitglied der sozialistischen Partei, wegen einer Schmiergeldaffäre verhaftet. Dieses Datum gilt als „beginning of the end of the First Italian Republic“ (Hellman/Pasquino 1993, 1). Die großangelegte Aufdeckung der italienischen Korruptionsskandale begann. Die Verhaftung Chiasas war ein Einzelereignis, aber es löste aus, wofür die

Zeit reif war. Es ist ein anschauliches Beispiel für den Zusammenhang von Person und Struktur.

„Seit 1991 liefen systematische Ermittlungen über die verfilzten Beziehungen zwischen den herrschenden Parteien und den Unternehmen in Mailand“ (v. Roques, 1994, 42). In Chiasas Fall spielten seine geschiedene Frau und der Chef eines Reinigungsunternehmens eine entscheidende Rolle. Chiasas Frau war mit den kargen Unterhaltszahlungen ihres Ex-Mannes nicht zufrieden, wußte sie doch von gut gefüllten Schweizer Bankkonten – was sie auch den Ermittlern berichtet hatte. Der Reinigungsunternehmer Luca Magni war angesichts der wirtschaftlichen Lage seiner Firma auf den Auftrag aus dem größten Mailänder Altenheim angewiesen, aber das für den Zuschlag nötige Schmiergeld konnte und wollte er nicht länger zahlen – also ging er zur Polizei. Früher wäre er dort wieder nach Hause geschickt worden, nicht aber im Jahre 1992. Carabinieri und Staatsanwaltschaft stellten Chiesa eine Falle, und bei der nächsten Schmiergeldübergabe verhafteten sie ihn (Vgl. ebenda, 41-43). Die Reaktion der Partei Chiasas erfolgte prompt: drei Tage nach seiner Verhaftung wurde er aus der PSI ausgeschlossen. Die Partei, so wurde versichert, habe mit dieser Angelegenheit nichts zu tun, Craxi bezeichnete ihn als Gauner. Man hatte Chiesa fallengelassen. Nach fünf Wochen Einzelhaft offenbarte sich Chiesa dem Staatsanwalt Antonio di Pietro. Die Aktion „Saubere Hände“ (*mani pulite*) nahm ihren Lauf (Vgl. ebenda, 57).

Betrachtet man die Karriere Chiasas, so wird deutlich, wie sehr er Teil eines Systems war, in dem Korruption und Schmiergeldzahlungen zur Normalität gehörten und in dem die Justiz wegen der Übermacht der Parteien und wegen der Furcht vor einer kommunistischen Regierung nur mit politischen Rücksichtnahmen ermitteln konnte. Die Beobachter der italienischen Politik sind sich einig: nicht *wie* in den neunziger Jahren dieses System verfolgt wurde, sondern *daß* es verfolgt wurde, ist das Interessante (Vgl. Seißelberg 1993, 514f; Hausmann 1994, 70f). Die Judikative stand während des Kalten Krieges nicht im Zentrum der italienischen Politik und hatte sich gerade deshalb im Arrangement der italienischen Nachkriegszeit am wenigsten verbraucht. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und angesichts der schleppenden Selbstreformierung von Legislative und Exekutive fiel der judikativen Gewalt die Rolle zu, den politischen Prozeß auf die Bahn rechtlich vorgesehener Verfahren zurückzubringen und den Reformprozeß zu beschleunigen.

Es kommt hier nicht darauf an, den weiteren Ablauf der Schmiergeldermittlungen im Detail zu rekonstruieren.³⁸ Aus Mailand, der „Stadt des Schmiergelds“ (*tangento-poli*), breiteten sich die Ermittlungen über beinahe das ganze Land aus. Sie kletterten von der kommunalen auf die nationale politische Ebene, von den lokalen Sektionen der Parteien in die Zentralen und von Kleinbetrieben zu Großunternehmen.

³⁸ Dazu siehe zum Beispiel v. Roques 1994, 58-101; Braun 1994, 116-146; Petersen 1995, 148-167.

In Mailand legten die Richter ein System offen, in dem ohne Schmiergeld kein öffentlicher Auftrag zu bekommen war. „Es gab feste Tarife für Bauaufträge (5%), Malerarbeiten (10%) oder Reinigungsarbeiten (15%)“ (Petersen 1995, 150). Die eingenommenen Gelder wurden wiederum nach einem festen Schlüssel auf die Parteien verteilt. Die Sozialisten erhielten den größten Teil, je 25% gingen an Christdemokraten und Ex-Kommunisten, und auch die kleineren Parteien PSDI und PRI erhielten ihren Anteil (Vgl. ebenda). Korruption hat immer zwei Seiten. In Italien galten allein die Politiker und die Parteien als die schwarzen Schafe. „Es war mit Sicherheit der genialste Schachzug der italienischen Ermittler, Bestechung von einem aktiven in ein passives Delikt zu verwandeln“ (Raith 1994, 161). So konnten sich die Kaufleute und Unternehmer Strafnachlaß erhoffen, da sie ja de facto „erpreßt“ worden waren. „Durch die relative Salvierung der schmierenden Kaufleute und Unternehmer als ‚Erpreßte‘ fühlte sich das ganze Volk mitentschuldigt für dies und das, was der einzelne an Recht und Gesetz vorbei unternommen hatte...“ (Ebenda, 164).

Die Ermittlungen im Süden Italiens ergaben, daß Politik und Mafia dort eine enge Beziehung eingegangen waren. Mafia-Ermittlungen und Schmiergeld-Ermittlungen ergänzten sich, und mit der Justiz kooperierende Ex-Mafiosi (*pentiti*) legten nicht nur die Strukturen der Mafia, sondern auch ihre Zusammenarbeit mit und Protektion durch die Politik offen. Eine starke Zivilgesellschaft gab es im Süden nicht, es gab dort nur zwei funktionierende Organisationen: die Klientelparteien und die Mafia. „Tangentopoli“ und „Mafiopoli“ wurden im Süden des Landes zu austauschbaren Begriffen“ (Braun 1994, 133). Die Verstrickungen zwischen beiden Mächten reichten bis auf höchste Parteiebenen, bis hin zu Andreotti.

Eine Bilanz der Aktion *mani pulite* weist Ende März 1993 1.356 Verhaftungen und weitere 1.000 Ermittlungsankündigungen auf. Das Kabinett Amato mußte fünfmal wegen Rücktritts belasteter Minister umgebildet werden. Es gab über zwanzig Selbstmorde, darunter Manager der staatlichen Großindustrie wie Gabriele Cagliari, Ex-Präsident der Energieholding ENI, und Raul Gardini von der Spitze des Feruzzi-Konzerns. Im Frühjahr 1994 standen ca. 2.000 Unternehmer und mehr als 1.000 Politiker auf den Listen der Ermittler, darunter mehr als 200 Parlamentarier der nationalen Ebene (Vgl. Petersen 1995, 159; FAZ 26.07.93; SZ 11./12.05.94).

Die Rolle der Justiz für den Umbruch des italienischen Parteiensystems kann kaum überschätzt werden. „Die italienischen Richter hatten – wohl einzigartig in einer westlichen Demokratie – den Austausch fast des gesamten regierenden Personals des Landes erzwungen, ja die bisher herrschenden Parteien um ihre Macht, wenn nicht um ihre Existenz gebracht“ (Braun 1994, 139).

Zum völligen Ansehensverlust der alten Regierungsparteien trug sicher auch „ein Stück Mythenbildung bei, denn die Bestechlichkeit der Politiker wurde nun in den

Augen der Italiener zur Generalerklärung aller Probleme des Landes, der Wirtschaftskrise, der Staatsverschuldung, der Lira-Schwäche...“ (Braun 1994, 139). Aber die Bevölkerung war mobilisiert, und die Rettungsversuche der Altparteien lösten immer neue Proteststürme aus. So zum Beispiel ein Dekret der Regierung Amato, das den Politikern weitgehende Straffreiheit verschafft hätte. Unter dem Eindruck spontaner Demonstrationen unterschrieb Staatspräsident Scalfaro das Dekret nicht, wodurch es nicht rechtskräftig wurde. Oder die Ablehnung des Parlaments in der ersten Abstimmung, die Immunität Craxis aufzuheben, der im Dezember 1992 einen Ermittlungsbescheid erhalten hatte. Mit solchen Aktionen diskreditierten sich Sozialisten und Christdemokraten zur Gänze (Vgl. Braun 1994, 136).

In den Kommunalwahlen der Jahre 1992 und 1993 mußten beide Parteien empfindliche Niederlagen hinnehmen. Im Norden wurden die Christdemokraten in vielen Gemeinden von der Lega Nord überholt, im Süden erstarkte der neofaschistische MSI auf Kosten der DC. Die Sozialisten sahen ihre Wahlergebnisse von Wahl zu Wahl fast halbiert.

Bei den Wahlen am 14. Dezember 1992 fielen die Sozialisten in Varese, der Heimatstadt Bossis, sogar von 15,6% (Kommunalwahlen 1990) auf 4,2%, die DC erzielte noch 17,7% gegenüber 29,9% 1990, während die Lega mit 37,3% (1990: 20,8%) der Stimmen triumphierte (Vgl. Rhodes 1993, 78f).

Von vormals 122 Kommunen in den Händen der alten Parteien gewannen die Christdemokraten bei den Kommunalwahlen am 5./6. Juni 1993 noch neun, die Sozialisten zwei. Wahlsieger waren die Lega Nord (16 Gemeinden, darunter Bürgermeister von Mailand), der MSI (9 Gemeinden im Süden) und progressive Allianzen, linke Bündnisse, die in den restlichen Kommunen erfolgreich waren (Vgl. Uessler 1993, 910). Nach den Kommunalwahlen vom 21. November 1993 sprach La Repubblica (23.11.93) von einem Erdbeben (*un voto terremoto*), und die FAZ (23.11.93) titelte: „Das alte italienische Parteiensystem ist zusammengebrochen“. Nach dem ersten Wahlgang war die Lega im Norden stärkste Partei geworden, in Rom und Neapel der MSI (wenngleich in den Stichwahlen von linken Bündnissen geschlagen; vgl. Hausmann 1994, 74). Die DC erzielte bei den Kommunalwahlen durchschnittlich ca. 10% der Stimmen, die Sozialisten waren zur Splittergruppe mit durchschnittlich 1% herabgesunken.³⁹

³⁹ Die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1993 sind abgedruckt im dokumentarischen Anhang des Jahrbuch zur italienischen Politik: Italian Politics: A Review. Vol. 9 (1995), S.233-245.

6.1.5 Innerparteiliche Reaktionen des PSI und der DC

Die internen Reaktionen der Parteien auf *tangentopoli* und die Stimmenverluste bei den Kommunalwahlen waren dementsprechend darauf ausgerichtet, zu retten, was noch zu retten war. In der sozialistischen Partei entspann sich im Sommer 1992 ein Machtkampf zwischen Claudio Martelli, Justizminister in der Regierung Amato, und Bettino Craxi. Auf dem Parteitag im November konnte Craxi zwei Drittel der Delegierten hinter sich bringen (Vgl. Rhodes 1993, 76-78). Martelli war geschlagen, aber es sollte der letzte Sieg Craxis gewesen sein. Im Dezember 1992 erhielt er den Bescheid, daß gegen ihn wegen illegaler Parteienfinanzierung ermittelt würde. Martelli, der als Politiker mit weißer Weste galt, witterte eine neue Chance und plante die Übernahme der Parteiführung für den Parteikongreß im Frühjahr 1993. Aber zwei Tage vor dessen Beginn stellte sich Silvano Larini, Freund und Geldeintreiber Craxis, der Polizei und belastete Martelli schwer. Zum Nachfolger Craxis wurde der ehemalige Gewerkschaftsführer Giorgio Benvenuto gewählt. Er fand eine hochverschuldete Partei vor, die ihre Funktionäre nicht mehr bezahlen und keine Tilgungen leisten konnte. Das Amt des Parteisekretärs verschleiß ihn in 100 Tagen, Benvenutos Nachfolger wurde Ottaviano Del Turco, ebenfalls Gewerkschaftler. Dieser konnte „nur noch als Konkursverwalter agieren“ (Braun 1994, 128).

„Einen besseren Beweis für die Ausbreitung des Schmiergeldregimes konnte es nicht geben: Kaum blieben die Zahlungen aus, war die Partei insolvent. Und kaum konnten die Lokalfürsten die Beiträge für die Parteibücher der jeweils von ihnen kontrollierten Parteigliederungen nicht mehr bezahlen, brach die Mitgliedschaft vollkommen ein. Von den Ende der achtziger Jahre angeblich in der Partei organisierten 580000 Mitgliedern blieben binnen Jahresfrist nicht einmal 100000 übrig“ (Ebenda).

1992 war die Feier des 100. Geburtstags des *Partito socialista italiano* ins Wasser gefallen, 1993 war die Partei am Ende.

Bei den Christdemokraten begannen 1992 scharfe innerparteiliche Auseinandersetzungen über die zukünftige Führung und den Kurs der Partei im Hinblick auf institutionelle Reformen. Die seit jeher starken Parteiflügel und ihre Wortführer bedrohten die Einheit der Partei. „Consequently, the struggle for internal power became bitter and open, while the battle of ideas remained unfocused and confused“ (Follini, 1993, 92). Mario Segni vertrat unermüdlich seine Reformforderungen und gab im Herbst 1992 die Gründung einer Bewegung, *Popolari per la riforma*, bekannt, zunächst ohne seine Partei zu verlassen. Auf der Tagung des DC-Nationalrats löste Mino Martinazzoli am 12. Oktober 1992 Forlani als Parteisekretär auf ungewöhnliche Art ab: „Introduced by Forlani, Martinazzoli was crowned by standing ovation: neither a debate nor a formal vote took place“ (Ebenda, 94). Nur so war die Einheit der Partei zu erhalten, und mit

Martinazzoli stand nun eine zur Integration fähige Kraft an der Spitze der Partei. Aus Brescia stammend, wo er sich gut gegen die Lega gehalten hatte, und außerhalb von Klientelismus und Skandalen stehend, repräsentierte er den modernen Teil der DC (Vgl. Seißeberg 1993, 515). Die vor ihm liegende Parteireform mußte den Korruptions-Ermittlungen und den versiegenden Einnahmen Rechnung tragen, das bedeutete Konsolidierung der Finanzen, Verkleinerung der Parteibürokratie, Schließung von Parteieinrichtungen und personelle Erneuerung.

Mit einer einschneidenden Maßnahme bekämpfte er den Klientelismus und die Macht der Parteiflügel. Zum 1. Januar 1993 ließ er alle Parteimitgliedschaften annullieren. Die neuen Aufnahmeanträge gingen nicht mehr wie früher an die regionalen Sektionen, sondern direkt an die Parteizentrale nach Rom. Jeder Eintrittswillige hatte in den lokalen Büros der DC eine Unterschrift zu leisten und gab sich damit zugleich mit der Veröffentlichung seines Namens einverstanden (Vgl. ebenda, 516f). Damit entzog Martinazzoli den Parteibaronen ihre Machtgrundlage, wenngleich diese sich erneut darum bemühten, eine ansehnliche Mitgliederzahl als Basis zusammenzubringen. Nach zwei Monaten war etwa die Hälfte der vormaligen Mitgliederzahl erreicht, ca. 600.000 traten nicht wieder in die Partei ein, darunter verstärkt diejenigen, die Reformen gegenüber aufgeschlossen waren. In den meisten Provinzen Nord- und Mittelitaliens erneuerten mindestens 60% ihre Mitgliedschaft nicht, im Süden weniger als 20%. Die Annullierung der Mitgliedschaft erwies sich als ungeeignetes Instrument zur Reform der Partei (Vgl. Wertman 1995, 141).

Die innerparteilichen Diskussionen um Reformen, den politischen Kurs und mögliche Allianzen rissen nicht ab. Am 29. März 1993 trat Mario Segni enttäuscht aus der DC aus und spaltete seine Reformbewegung offiziell von der DC ab. Auf einer Gründungsversammlung im Juli 1993 kündigte Martinazzoli die Umbenennung der Partei in *Partito popolare italiano*⁴⁰ an (Vgl. FAZ, 26.7.93). Im Vergleich zur Umwandlung des PCI in den PDS verbarg sich dahinter aber kein neues inhaltliches Profil, die Umbenennung war eher Ausdruck der Reform als ihr Abschluß. „This name change was meant to signal a new DC, but in itself is of limited consequence“ (Ebenda, 142). Auf dem drei Jahre überfälligen Parteitag im Januar 1994⁴¹ wurde die Umbenennung vollzogen (Vgl. FAZ, 19.1.94). Viele der alten Parteiführer waren von der Teilnahme am Parteitag ausgeschlossen, darunter Andreotti und Forlani. Während des Parteitages spaltete sich eine Mitte-rechts-Gruppierung ab, die sich Christdemokratisches Zentrum (*Centro cristiano-democratico*) nannte. Kurze Zeit später verließ eine Mittel-links-Gruppierung die Reihen der Christdemokraten und wandte sich im Vorfeld der Parlamentswahlen '94 als *Cristiano-sociali* der linken Wahlallianz zu.

⁴⁰ Italienische Volkspartei – so hatte die Vorgängerin der DC von 1919-1926 geheißen.

⁴¹ Die Parteistatuten der DC sehen alle zwei Jahre einen ordentlichen, nationalen Parteitag vor. Der letzte hatte im Februar 1989 stattgefunden. (Vgl. Wertman 1995, 144)

Die neue Volkspartei war zu sehr die alte Christdemokratie, als daß man von einem gelungenen Neuanfang sprechen konnte. Der innerparteiliche Reformprozeß und die Suche nach überzeugenden Konzepten für eine neue Partei der Mitte waren noch nicht abgeschlossen, als sich für den PPI die Frage nach Bündnispartnern für die kommenden Parlamentswahlen stellte.

6.2 Reformen: von erfolglosen Kommissionen zu Referenden

In der italienischen Nachkriegsgeschichte hat es immer den Ruf nach Reformen gegeben (Vgl. Bull/Newell 1993, 205). Eine ernsthafte Diskussion wurde Ende der siebziger Jahre von den Sozialisten eingeleitet, weil sie befürchten mußten, durch die Annäherung von DC und PCI im „Historischen Kompromiß“ an den Rand gedrängt zu werden. Das Ziel einer stabilen Linksalternative durch eine Wahlrechtsänderung wurde mit dem Eintritt der Sozialisten in die Regierung 1980 abgelöst vom Ziel der garantierten Regierbarkeit, das durch die „Große Reform“ (*grande riforma*) der politischen Institutionen erreicht werden sollte (Vgl. Kreile 1987, 574-576; Merkel 1985, 356-365). Die Pläne des PSI zeigen die grundlegende Problematik von Reformen in Parteiendemokratien, nämlich „daß Verfassungs- und Wahlrechtsreformen, welche die Spielregeln des Parteienwettbewerbs ändern, selbst ein Feld des politischen Kampfes sind...“ (Kreile 1987, 574). Insbesondere gilt: „Wahlssystemfragen sind Machtfragen“ (Nohlen 1989, 47).

6.2.1 Die Bozzi-Kommission 1983-85 und die *Bicamerale* 1992/93

In der repräsentativen Demokratie ist das Parlament aufgrund seiner Legitimation Diskussionsforum und rechtmäßiges Organ, institutionelle Reformen des politischen Systems durchzuführen. In Italien nahm im Oktober 1983 eine gemeinsame Kommission von Abgeordnetenkammer und Senat unter dem Vorsitz des Liberalen Aldo Bozzi (deshalb „Bozzi-Kommission“ genannt) ihre Arbeit auf. Ihr Auftrag war es, Vorschläge für eine Verfassungsreform auszuarbeiten. Die Kommissionsmitglieder waren Parteipolitiker. Die mehrheitliche Ansicht war, daß die Institutionen der Verfassung von 1948 sich für die demokratische Entwicklung Italiens bewährt hatten und daß es daher nur einer Anpassung und Rationalisierung bedürfe. Das Ergebnis der Kommission war hauptsächlich ein Kompromiß der fünf Regierungsfractionen. Daß überhaupt ein Ergebnis zustande kam, lag an dem großen Erwartungsdruck seitens der Öffentlichkeit. Ein großartiges Ende fand die Bozzi-Kommission dennoch nicht. Der Abschlußbericht 1985 war von 16 der 41 Kommissionsmitglieder gebilligt wor-

den, zusätzlich gab es sechs Minderheitsberichte (Vgl. Kreile 1987, 577). Als eines der Hauptziele wurde die Stärkung der direkten Demokratie und der Selbstverwaltungskörperschaften genannt. Gleichzeitig sollte die Leistung der repräsentativen Organe gesteigert werden. Die einzelnen Vorschläge zu Parlament und Regierung drehten sich hauptsächlich um die Aufgabendifferenzierung zwischen den Kammern und um die Stärkung des Regierungschefs. Wichtig ist vor allem, daß in der Wahlrechtsfrage kein umsetzbares Ergebnis vorgelegt wurde: „Es spricht für die Brisanz des Gegenstandes, daß die Kommission sich auf keinen der Vorschläge zur Reform des Wahlsystems einigen konnte und sich damit begnügt hat, die unterschiedlichen Positionen aufzuführen“ (Ebenda, 580). Das Parlament beschäftigte sich so gut wie überhaupt nicht mit den Kommissionsempfehlungen, und in der weiteren Reformdebatte vertraten die Parteien jeweils ihre eigenen Vorschläge.⁴² 1987 wurde dann das Parlament vorzeitig aufgelöst, und nach dem Wahlerfolg der Fünfparteienkoalition waren Reformen zunächst kein vorrangiges Thema auf der parlamentarischen Tagesordnung.

Erst der Zusammenbruch im Osten 1989 und der Schrecken über das erfolgreiche Referendum 1991 rückte die Reformdebatte wieder in den Vordergrund. Nach den Wahlen 1992 wurde erneut eine Verfassungskommission eingesetzt. Die 2-Kammer-Kommission (*Bicamerale*) konstituierte sich im September 1992. Sie machte konkrete Vorschläge zur Stärkung der Regierung (Vgl. Weber 1993, 486f). Probleme bereite wiederum die Wahlrechtsreform. Die am 10. Februar 1993 an die zuständigen Parlamentsausschüsse überwiesene Empfehlung enthielt wiederum „mehrere Varianten“ (Ebenda, 490). Für das Parlament begann ein Wettlauf mit der Referendumsbewegung, denn mit der Verabschiedung eines Gesetzes wird ein Referendum zum betreffenden Gegenstand hinfällig. Ein neues Kommunalwahlrecht, das von den Parlamentsausschüssen erarbeitet worden war, wurde am 25. März 1993 verabschiedet⁴³ und erübrigte das anstehende Referendum. Ein neues nationales Wahlrecht konnte nicht zur Abstimmung gebracht werden. „In der Hoffnung, aus dem Votum eine Bestätigung ihrer jeweiligen Position ableiten zu können, ergaben sich die Parteien, die zu einer Einigung nicht mehr in der Lage waren, dem Verdikt der Referenden“ (Ebenda).

⁴² Eine tabellarische Auflistung der Positionen der Parteien Anfang der 90er Jahre gibt Peter Weber (1993, 477f).

⁴³ Das neue Kommunalwahlrecht dehnte das bisher bereits gebräuchliche Mehrheitswahlrecht für Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern auf Kommunen bis 15.000 Einwohner aus. Der Bürgermeister wird mit absoluter Mehrheit gewählt, eventuell in einer Stichwahl. Um eine stabile Amtsausübung zu gewährleisten, erhält die Liste, die den siegreichen Bürgermeister unterstützte, 60% der Mandate in dem betreffenden Lokalparlament (Vgl. Seißelberg 1993, 512).

6.2.2 Die Referendumsbewegung

Wie wäre die italienische Geschichte der letzten Jahre verlaufen, wenn die italienische Verfassung das Institut des Referendums nicht kannte? Eine Frage für Forscher im Reich der Uchronie, nicht für Politikwissenschaftler. In Artikel 75 der italienischen Verfassung ist das abrogative Referendum festgeschrieben, d.h. bestehende Gesetze können per Volksentscheid ganz oder teilweise aufgehoben werden. Damit haben die Verfassungsväter ein plebiszitäres Element in die Verfassung aufgenommen, das mit dem repräsentativen Grundcharakter der italienischen Demokratie in einem Spannungsverhältnis steht.⁴⁴ Ob Referenden als Mittel zur Reformierung des politischen Systems das repräsentative Prinzip wirklich schwächen (Vgl. Nedelmann 1992, 529) oder ob sie in der Parteiendemokratie ein „Königsweg“ (Weber 1992, 109) sind, wäre ein Thema für eine eigene Abhandlung. In Italien, so viel steht jedenfalls fest, waren es nicht Bürger, sondern Politiker, die dieses Verfassungsinstitut mobilisierten.

Bereits nach dem Scheitern der Bozzi-Kommission in der Wahlrechtsfrage rief der Führer der Radikalen Partei, Marco Pannella, die „Liga für die Reform des Wahlsystems“ ins Leben, deren Ziel die Einführung eines Mehrheitswahlrechts nach britischem Vorbild war (Vgl. Kreile 1987, 583). Obwohl noch kein konkretes Referendumsvorhaben vorlag, deutete sich damit der außerparlamentarische Weg zur Reform der politischen Institutionen bereits an. Das Institut des Referendums hat sich dann „in den neunziger Jahren zu einem nicht zu unterschätzenden Element der institutionellen Veränderung entwickelt“, wie Rudolf Stamm (NZZ, 8.2.92) bemerkt.

Die Radikale Partei ist wohl ein Unikum in der europäischen Parteienlandschaft. Sie kann als radikalliberale Bürgerrechtsbewegung charakterisiert werden. Sie wird vergleichend den „postindustriellen Linksparteien“ zugerechnet, die die „postmaterialistischen“ Wähler anzieht (Vgl. Müller-Rommel 1984), aber damit wird ihre Bedeutung im italienischen Parteiensystem nicht voll erfaßt. Die Radikale Partei (Vgl. Jacobs 1989, 205-210, Wieser/Spotts 1988, 106-108) erfüllt auf der Systemebene nicht die Kriterien einer „relevanten Partei“ (s.o., 4.1.1), aber für die politische Kultur hat sie eine viel größere Bedeutung als ihre Wahlergebnisse vermuten lassen. Die Radikale Partei, ihrem Selbstverständnis nach eine Bewegung, vermittelte den Bür-

⁴⁴ Art. 75 der italienischen Verfassung schreibt vor, daß ein Referendum stattfinden muß, wenn mindestens 500.000 Wahlberechtigte oder fünf Regionalräte dies verlangen. Einige Gebiete, wie z.B. Haushaltsgesetze und Ratifikationsgesetze zu internationalen Verträgen, können nicht einem Volksentscheid unterzogen werden. Ein Vorschlag gilt als angenommen, „wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt und wenn eine Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht wird.“ Referenden sind allerdings erst seit Verabschiedung des Ausführungsgesetzes im Jahre 1970 möglich. Vor die Durchführung eines Referendums hat der Gesetzgeber u.a. die Prüfung des Verfassungsgerichts gesetzt, ob ein Referendumsantrag zulässig ist.

gern, daß weder Regierung und Parlament noch die Parteien ein Interesse an den sozialen Problemen des Landes hätten. Sie setzte deshalb seit 1970 auf Referenden zur Durchsetzung des Volkswillens und spielte eine „Schlüsselrolle“ (Wieser/Spotts 1988, 107), als es darum ging, die öffentliche Meinung für das Scheidungs- und das Abtreibungsreferendum zu mobilisieren. Es ist also kaum übertrieben zu sagen, daß die Radikale Partei die Handlungsstruktur für die Reformer prägte und dem Weg, über Referenden politische Ziele zu verwirklichen, Akzeptanz verschafft hat. Pasquino (1987, 226) weist auf die bahnbrechende Wirkung der Referenden in den 70er Jahren hin: „[T]he referendum device upset previous political equilibria, introduced fluidity (or even volatility) in the rather stable Italian electorate, and challenged the type of party government from several directions and perspectives.“

Im Juli 1989 stellte die von Mario Segni (DC) geführte, überparteiliche Bewegung COREL (*Comitato per la riforma elettorale*) drei Anträge zur Wahlreform, betreffend das Senatswahlrecht, das Kommunalwahlrecht und die Präferenzstimmen, von denen das Verfassungsgericht nur letzteren zuließ. So war die italienische Bevölkerung am 9./10. Juni 1991 zu einem Referendum über die Abschaffung der mehrfachen Präferenzstimmen⁴⁵ aufgerufen. Segni prangerte den damit praktizierten Mißbrauch wie Wahlmanipulation und Wählerkontrolle an und konnte die Bevölkerung damit mobilisieren. Die alteingesessenen Politiker schätzten die Stimmung im Lande völlig falsch ein. Die Beteiligung an Referenden war in den achtziger Jahren rückläufig gewesen, und so hoffte man, daß das Referendum mangels Beteiligung scheitern würde. Die Medien schwiegen, und Spitzenpolitiker von PSI und DC erklärten, sie würden am Abstimmungstag ans Meer fahren, einen Ausflug in die Berge machen oder zu Hause arbeiten (Vgl. Braun 1994, 102 u. 153). Auch Lega-Führer Umberto Bossi erkannte die Bedeutung des Referendums nicht. Er hatte angekündigt, den Abstimmungstag am Strand zu verbringen (Vgl. Gilbert 1993, 105). Das Ergebnis war deutlich: 62,5% der Stimmberechtigten nahmen am Referendum teil, und 95,6% stimmten für die Reduzierung der Präferenzstimmen von vier auf eine.⁴⁶ Die Schlag-

⁴⁵ Das italienische Wahlrecht gliederte das gesamte Wahlgebiet in 32 Bezirke, für die die Parteien Kandidatenlisten aufstellten. Durch insgesamt vier Präferenzstimmen konnte der Wähler einen Kandidaten auf der Liste seiner Partei nach vorne bringen und damit dessen Wahlchancen erhöhen. Vor allem in Süditalien hatte sich ein lebhafter Handel mit Präferenzstimmen herausgebildet, außerdem spielten sie eine große Rolle bei klientelistischen Wahlabreden (Vgl. Weber 1992, 98; 1993, 479).

⁴⁶ Die Beteiligung war sehr unterschiedlich. Im Norden und in der Mitte-Nord lag sie fast überall bei mindestens 64%, Spitzenreiter waren die Regionen Venetien und Emilia-Romagna mit 73,7% bzw. 71,7% der Stimmberechtigten. Nur in zwei Regionen, Molise und Kalabrien, wurde mit 49,9% bzw. 45,5% das Quorum nicht erreicht. Von denen, die abgestimmt hatten, sprachen sich aber landesweit durchweg über 92% für die Reduzierung der Präferenzstimmen aus, Molise lag mit 92,8% am Ende der Skala, der Norden lag zwischen 95% und 96% und Sardinien, die Heimat Segnis, lag mit 96,7% mit Ligurien (96,9%) und dem Aostatal (96,8%) in der Spitzengruppe. Vgl. Documentary Appendix. In: Italian Politics: A Review. Vol.7 (1992), 205-210.

zeile der großen überregionalen Tageszeitung aus Rom war eindeutig: „Das saubere Italien siegt“ (La Repubblica, 11.6.91). Das Ergebnis wurde allgemein als Wunsch der Bevölkerung nach politischem Wandel interpretiert. „Befürwortern wie Gegnern war klar: Hier ging es nicht um technische Wahlrechtsfragen, hier ging es um Macht und Legitimität der herrschenden Parteien...“ (Ebenda, 103).

Vom Erfolg beflügelt und von den Reaktionen des Parlaments enttäuscht, begann COREL im Herbst 1991 wieder Unterschriften für Referenden zum Senatswahlrecht und Kommunalwahlrecht zu sammeln. Die neuen Anträge hatten die Ablehnungsgründe des Verfassungsgerichts berücksichtigt. Die Unterschriften kamen in großer Zahl zusammen: 1,2 Mio. unterstützten die Anträge. Außerdem gründete sich unter der Leitung des Staatsrechtsprofessors Massimo Severo Giannini ein weiteres Komitee (*Comitato per la riforma democratica, CORID*), das den Einfluß der Parteien auf die Staatsbetriebe und -banken beseitigen wollte. Dazu sammelte CORID Unterschriften für Referenden zur Abschaffung des Ministeriums für Staatsbeteiligungen und zur Abschaffung der Nominierung von Banken- und Sparkassendirektoren durch den Finanzminister. Einige Regionalräte brachten Anträge auf den Weg, und schließlich nutzte auch der Führer der Radikalen Partei Marco Pannella die Gunst der Stunde und legte nach dem Scheitern 1978 erneut seinen Antrag zur Abschaffung der staatlichen Parteienfinanzierung (sowie weitere Anträge) vor. Am 16. Januar 1993 beendete das Verfassungsgericht seine Prüfungen und erklärte zehn Referenden für zulässig (Vgl. Weber 1993, 491). Zwei davon strich das Gericht in der Folgezeit wegen Verabschiedung von Gesetzen, die den Anträgen entsprachen (darunter das neue Kommunalwahlrecht). So waren die Italienerinnen und Italiener am 18./19. April 1993 zu acht Referenden aufgerufen, worunter die Änderung des Wahlrechts für den Senat am meisten Beachtung fand. Dieses Mal berichteten die Medien umfassend über die anstehenden Referenden, und fast einhellig befürworteten sie das „Ja“ zur Wahlrechtsänderung (Vgl. Freund 1995, 51). Die Erwartungen der italienischen Bürger waren sehr hochgeschraubt. Die Wahlrechtsänderung war zum Symbol für den Wunsch nach einem grundlegenden politischen Wandel geworden.

Alle acht Referenden wurden angenommen, die Beteiligung lag bei 77%.⁴⁷ „Italien ist erwacht“, titelte La Repubblica (20.4.93). Bald sprach man auch von der „italienischen Revolution“. Für die Änderung des Senatswahlrechts stimmten 82,7%, wobei sich wiederum ein Nord-Süd Gefälle feststellen läßt.⁴⁸ Der Reformwillen war in Norditalien größer, trotzdem galt der Erfolg der Referenden insgesamt als „ein Votum gegen das alte politische System“ (Seißelberg 1993, 514). Am 22. April 1993 trat die Regierung Amato zurück. Staatspräsident Scalfaro beauftragte den Gouverneur der Notenbank Carlo Azeglio Ciampi mit der Regierungsbildung. Zum ersten Mal hatte Italien einen Ministerpräsidenten, der weder Mitglied einer Partei noch des Parlaments war. Er berief mehrere Professoren in sein Kabinett und begründete die Form der sog. „Technokratenregierung“.⁴⁹ Scalfaro und Ciampi verstanden die Referenden als Reformauftrag und setzten sich für ihren Fortgang auf der parlamentarischen Ebene ein.

6.3 Das neue italienische Wahlsystem und der Zwang zur Bündnisbildung

Oft wird davon gesprochen, mit dem Referendum vom April 1993 sei das Mehrheitswahlsystem für den italienischen Senat eingeführt worden. Zu Recht stellt man sich sofort die Frage, wie durch ein abrogatives Referendum etwas Neues eingeführt

⁴⁷ Tabelle nach Weber 1993, 492.

Referendum (Antragsteller)	Ja	Nein
1. Änderung des Senatswahlrechts (COREL)	82,7%	17,3%
2. Abschaffung der Nominierung von Bank- und Sparkassendirektoren durch den Finanzminister (CORID)	89,8%	10,2%
3. Abschaffung des Ministeriums für Staatsbeteiligungen (CORID)	90,1%	9,9%
4. Abschaffung der staatlichen Parteienfinanzierung (Pannella)	90,3%	9,7%
5. Straffreiheit bei geringfügigem Drogenbesitz (Pannella)	55,3%	44,7%
6. Entzug der umweltpolitischen Kompetenzen der lokalen Gesundheitsbehörden (Pannella)	82,5%	17,5%
7. Abschaffung des Landwirtschaftsministeriums (Regionen)	70,1%	29,9%
8. Abschaffung des Tourismus-Ministeriums (Regionen)	82,2%	17,8%

⁴⁸ Im Norden nahmen über 80% der Stimmberechtigten am Referendum teil, in Venetien (87,5%) und in der Emilia-Romagna (87,8%) die meisten. Im Süden betrug die Beteiligung zwischen 60% und 70%, in Kalabrien nur 54,9%. Das Quorum wurde diesmal also in keiner Region verfehlt. Der Anteil der Ja-Stimmen lag mit 84%-89% im Norden höher als im Süden (unter 80%), mit Ausnahme Sardinien, der Heimat Segnis, wo 85,3% mit Ja stimmten. (Regionale Ergebnisse aus dem dokumentarischer Anhang in: Mershon/Pasquino 1995 [=Italian Politics: A Review. Vol. 9], 224-232; siehe auch Seißelberg 1993, 513f)

⁴⁹ Eine weitere Premiere waren die drei Minister aus den Reihen des postkommunistischen PDS. Sie gehörten der Regierung jedoch nur elf Stunden an, denn als das Parlament sich im ersten Wahlgang weigerte, die Immunität Craxis aufzuheben, reichten sie ihren Rücktritt ein.

werden kann. Die Erklärung ist, daß Segni und sein Komitee per Referendum einen Halbsatz aus dem gültigen Senatswahlrecht streichen ließen. Dies ist möglich, denn auch „nur Normteile und einzelne Worte des Gesetzestextes betreffende Referenden, die Rechtssätze weniger aufheben, als sie vielmehr ‚manipulieren‘ sind zulässig, soweit sich das Petitem nur auf ein homogenes und klares Prinzip zurückführen läßt und die sich aus der Textreduzierung ergebende Norm aus sich heraus vollziehbar bleibt“ (Luther 1995, 503). Das Senatswahlrecht war *de jure* eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht. 25% der Mandate wurden über Listen vergeben, 75% über Einer-Wahlkreise (*collegi*). Ein Kandidat war in seinem Wahlkreis mit der Mehrheit der Stimmen direkt gewählt, wenn er mindestens 65% der gültigen Stimmen erzielt hatte. Andernfalls erfolgte die Mandatsverteilung ebenfalls aufgrund einer regionalen Liste. Da diese hohe Hürde kaum übersprungen wurde, wurden die Senatssitze *de facto* nach Verhältnisgrundsätzen verteilt. Und genau dieser Halbsatz mit der 65%-Bedingung wurde mit dem Referendum aus dem Gesetzestext gestrichen (Vgl. Katz 1995, 96f). Das Senatswahlrecht war also, die *collegi* betreffend, in ein relatives Mehrheitswahlrecht geändert worden.

Der neue Regierungschef faßte das Ergebnis des Referendums als über den konkret vorliegenden Fall hinausgehend auf. Er interpretierte es auch als Richtungsvorgabe für eine umfassende Reform des Wahlrechts zur Abgeordnetenkammer (Vgl. Luther 1995, 504), und Ciampi erklärte dies zur wichtigsten Aufgabe seiner Regierung: „Die Regierung hat die Absicht, eine aktive Rolle bei der Umsetzung des Volkswillens zu spielen, der am 18. April zum Ausdruck gekommen ist“ (Zit.n. Weber 1993, 494).

Auch die Abgeordnetenkammer sollte also in Zukunft durch das Mehrheitswahlssystem gewählt werden. Im Parlament wurden die unterschiedlichen Standpunkte kontrovers diskutiert, insbesondere die Frage, ob ein oder zwei Wahlgänge eingerichtet werden sollten (Vgl. Katz 1995, 99f). Anfang August 1993 wurde das neue Wahlrecht für die Abgeordnetenkammer verabschiedet (Vgl. NZZ, 6.8.93). Es ist wie das Senatswahlrecht eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht. Das alte Verhältniswahlrecht wurde ersetzt durch die „relative Mehrheitswahl mit partiellem Verhältnisausgleich“ (Freund 1995, 43). Der Wähler hat, anders als bei der Senatswahl, bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer zwei Stimmen zu vergeben. Die Erststimme gilt dem von ihm bevorzugten Kandidaten des Ein-Mann-Wahlkreises. Es gibt nur einen Wahlgang, d.h. eine relative Stimmenmehrheit reicht aus, um ein Mandat in der Kammer zu erringen. Auf diese Art werden 3/4 der Sitze in der Abgeordneten-kammer vergeben. Die Zweitstimme gibt der Wähler der Partei seiner Wahl. Das restliche Viertel der Mandate wird nach Proporz über Listen vergeben, wobei Zweitstimmen und Erststimmen in einem komplizierten Modus miteinander verrechnet

werden. An der Verteilung der Listenmandate nehmen nur solche Parteien teil, die landesweit mindestens 4% der Zweitstimmen erzielt haben (Vgl. Katz 1995, 101-105; Freund 1995, 56). Die Wahlrechtsänderungen hatten die Absicht, klare Mehrheiten im Parlament und stabile Regierungen hervorzubringen. Außerdem sollten Spitzenkandidaten der Parteien erkennbar sein. Der Wähler sollte vor der Wahl wissen, welche Person zur Erlangung des Amts des Ministerpräsidenten antrat, was in Italien bisher nicht der Fall war.

Im Dezember 1993 wurden der Haushalt '94 und die neue Wahlkreiseinteilung verabschiedet vom Parlament verabschiedet. Regierungschef Ciampi signalisierte, daß seine „Übergangsregierung“ damit ihre Aufgaben erfüllt habe. Per Dekret löste Staatspräsident Scalfaro Mitte Januar 1994 beide Kammern des Parlaments auf, was bedeutete, daß spätestens in 70 Tagen Neuwahlen stattfinden würden. Das Rücktrittsgesuch Ciampis lehnte er jedoch ab. Die Regierung Ciampi sollte bis zum Zusammentritt des neuen Parlaments mit vollen Kompetenzen im Amt bleiben (Vgl. FAZ, 17.1.94). Der Wahlkampf war damit offiziell eröffnet, und die seit geraumer Zeit geführten Bündnisdebatten gewannen an öffentlicher Aufmerksamkeit.

Die italienischen Parteien hatten in den Kommunalwahlen vom Juni und November 1993 bereits erste Erfahrungen mit dem Mehrheitswahlrecht sammeln können. Durch das katastrophale Abschneiden der alten Parteien geriet das Parteiensystem aus den Fugen. Damit zeichneten sich zwei Faktoren ab, die dann auch auf nationaler Ebene die Transformation des italienischen Parteiensystems vorantrieben und die sich gegenseitig beeinflussten. Der Niedergang der alten Mitte-Parteien, insbesondere der DC, ließ dort ein Vakuum entstehen, das aber durch die bipolarisierende Wirkung des Mehrheitswahlrechts nicht äquivalent von neuen politischen Kräften besetzt wurde. Zwar verkündete Lega-Chef Bossi im November 1993, er sei jetzt die Mitte (*Il centro sono io*; vgl. La Repubblica, 23.11.93), aber das ist mehr eine Empfehlung an ehemalige DC-Wähler als eine brauchbare ideologische Selbsteinstufung. Der Triumph von Lega und MSI war indes bei den Kommunalwahlen nicht perfekt, denn bei den Stichwahlen, die das Kommunalwahlrecht ja vorsieht, wurden ihre Kandidaten zumeist von linken Bündnissen geschlagen – so z.B. MSI-Chef Fini in Rom. Die Lega war „daran gescheitert, daß sie von sich aus keine Bündnisse eingehen wollte; der MSI daran, daß niemand mit ihm koalieren wollte“ (Hausmann 1994, 75). Beide sollten daraus ihre Lehren ziehen.

Die seit jeher fragmentierte italienische Linke reagierte auf die Erfordernisse des Mehrheitswahlrechts schnell. Nach den Referenden sah es zunächst so aus, als könnte die Linke zukünftig eine einheitliche Kraft bilden. In der überparteilichen Bewegung *Alleanza democratica* fanden sich Politiker unterschiedlicher Parteien zusammen:

„Republikaner, Grüne, Sozialisten, ehemalige Kommunisten, Radikale und Unabhängige“ (Weber 1995, 186), und auch Mario Segni stieß nach seinem Austritt aus der DC zu dieser Gruppierung. Das Ziel einer die ganze Linke umfassenden neuen Partei konnte jedoch nicht verwirklicht werden, weil PDS-Führer Occhetto das Aufgehen seiner Partei in der neuen Kraft ablehnte. In der Folgezeit zerfiel die Demokratische Allianz (Vgl. ebenda). Damit war offensichtlich, daß der PDS als größte Partei auf der Linken den Kern jedes aussichtsreichen linken Wahlbündnisses bilden mußte und dabei auch tonangebend sein würde. Die Erfolge der Linksbündnisse bei den Kommunalwahlen 1993 bestätigten diese Entwicklung. Im Hinblick auf die kommenden nationalen Parlamentswahlen formierte sich ein Mitte-Links-Bündnis, das sich „Progressive Allianz“ (*Alleanza progressista*) nannte. Ihr gehörten die Postkommunisten (PDS), die Kommunistische Wiedergründung (RC), viele Sozialisten (PSI), La Rete, die Grünen sowie die Reste der Demokratischen Allianz und die Christlich-Sozialen (*Cristiano-sociali*), eine Abspaltung von den Christdemokraten, an (Vgl. ebenda, 189; Freund 1995, 56f). Die „Progressiven“ traten für eine Erneuerung der Politik und mehr Effizienz des Staates und öffentlicher Dienste ein. Ein geschlossenes politisches Programm hatten sie nicht zu bieten – dazu war das Bündnis zu uneinheitlich. Sie waren landesweit vertreten und verfügten über eine ausgebaute Infrastruktur.

Die übrigen politischen Kräfte hatten Probleme, dem linken Lager ein ebenbürtiges Bündnis entgegenzustellen. Im November 1993, nach der ersten Runde der Kommunalwahlen, zeigte der Medien-Unternehmer Silvio Berlusconi, daß er die neue Situation des Parteienwettbewerbs erkannt hatte. Er rief die bürgerlichen Kräfte zum Zusammenschluß auf und spielte mit dem Gedanken eigener politischer Aktivitäten: „Wenn sich kein gemäßigter Block gegen die Linke bildet, dann ist es unvermeidlich, daß ich mich direkt engagiere“ (Zit. n. Weber 1995, 188).

Auf der Rechten versuchte der Führer der Neofaschisten Gianfranco Fini seine Partei bündnisfähig zu machen, indem er den MSI in die Wahlbewegung *Alleanza Nazionale* umwandelte. Die Mitte tat sich schwer. Eine Allianz mit den Neofaschisten schlossen Martinazzoli (DC bzw. PPI), Segni (*Patto Segni*) und Bossi (Lega Nord) aus. Für kurze Zeit schien es so, als könnten sich zumindest diese drei Parteiführer einigen. Aber eine Übereinkunft im Januar 1994 war bereits zwei Tage, nachdem sie abgeschlossen worden war, hinfällig. Für Lega-Chef Bossi, der auf das Neuerer-Image und die weiße Weste seiner Partei höchsten Wert legte, kam ein Bündnis mit den alten, in Korruption und Parteienfilz verstrickten Christdemokraten nicht in Frage.

Daraufhin gab am 26. Januar 1994 Berlusconi offiziell bekannt, daß er in die Politik gehen werde. Was er seit Monaten angedeutet und vorbereitet hatte, wollte er nun in die Tat umsetzen, wie die Italiener an diesem Tag auf allen Fernsehkanälen erfahren konnten (Vgl. SZ, 28.1.94).

Seine Partei nannte der Medien-Unternehmer und Präsident des AC Mailand *Forza Italia*, was als Anfeuerungsruf im Fußball soviel heißt wie „Italien vor!“⁵⁰ Unter Einsatz seiner drei privaten, landesweit sendenden Fernsehkanälen (*Rete Quattro*, *Canale Cinque*, *Italia 1*), seiner Werbeagentur *Pubblitalia* sowie lokaler *Forza Italia*-Clubs erreichte er in kurzer Zeit einen hohen Bekanntheitsgrad.

Berlusconi sammelte die Kräfte der Rechten und der rechten Mitte. Er verhandelte getrennt mit der Lega Nord und den Neofaschisten. In Norditalien bildeten Forza Italia und die Lega Nord das Bündnis Pol der Freiheit (*Polo della libertà*), in Süditalien Forza Italia und Alleanza Nazionale den Pol der guten Regierung (*Polo del buongoverno*). Dadurch wurde vereinbart, wieviel Prozent der Wahlkreise Forza Italia im Norden der Lega und im Süden der AN durch Nichtaufstellung eigener Kandidaten überlassen würde. „Es hatte sich damit ein Bündnis gebildet, dessen Gliederung in jedem Fall recht seltsam anmuten mußte, da zwei der Beteiligten (Lega Nord und AN) jeden Dialog miteinander ablehnten und offenbar nur aus wahltaktischen Gründen zusammengefunden hatten“ (Weber 1995, 189). Trotzdem trat die Nationale Allianz auch in Norditalien an und konkurrierte dort mit dem Pol der Freiheit (Vgl. Luther 1995, 506).

Außerdem trat Berlusconi seinen kleineren Bündnispartnern einige Wahlkreise bzw. Listenplätze ab, so dem Christlich-Demokratischen Zentrum (CCD), den Reformern um Marco Pannella und der Union des Zentrums (*Unione di Centro*), die aus den Liberalen hervorgegangen war (Vgl. Weber 1995, 189). Ein gemeinsames politisches Programm war damit noch nicht gefunden. Leichter war es, gemeinsame Abneigungen festzustellen: den Etatismus und die alten Parteien. Dementsprechend hochgehalten wurde die Rolle des Marktes (Vgl. Braun 1994, 167).

Die Diskussionen auf der Linken wie auf der Rechten waren geprägt von der Verteilung der Kandidaten auf die Wahlkreise. Wer in welchem Gebiet aufgestellt wurde, hatte oft wenig mit seiner regionalen Herkunft zu tun: „...manche Kandidaten wurden wie Fallschirmspringer völlig überraschend über ihren nie zuvor betretenen Wahlkreisen abgeworfen. Die Kandidaturen sind in allen politischen Lagern auf wenig demokratische Art und Weise entschieden worden, da jede Partei vor allem darauf bedacht war, ihre eigene Führungsspitze abzusichern...“ (Weber 1995, 190).

Was blieb von der Mitte übrig? Hatte sie noch Platz im neuen System? „If the center were recomposed, however, the logic of bipolar competition, which alone would allow voters to view alternative blocs and opt for alternation, would be destroyed“ (Mershon/Pasquino 1995, 48). In der Mitte bestand die Hoffnung, daß die Bipolarisie-

⁵⁰ Für Berlusconis *Forza Italia* gilt dasselbe wie für andere oben genannte politische Gruppierungen. Sie ist Partei, insofern sie an Wahlen teilnimmt und Einfluß erringen will, sie ist es nicht hinsichtlich ihrer Mitgliederorganisation und dem Vorhandensein eines Grundsatzprogramms. Der Italien-Korrespondent der FAZ, H.-J. Fischer, spricht beständig von einer „Polit-Bewegung“, Seißelberg (1995) von einer „Persönlichkeitspartei“.

rung des neuen (gemischten) Wahlsystems nicht total sein würde. Zumindest *eine* Partei könnte in der Mitte eine Chance haben, ins Parlament einzuziehen und bei der Mehrheitsfindung das Zünglein an der Waage zu spielen (Vgl. Weber 1995, 190). So traten die ehemaligen Christdemokraten (PPI) und Mario Segnis Reform-Pakt gemeinsam als Pakt für Italien (*Patto per l'Italia*) zwischen den Wahlbündnissen der Linken und der Rechten zu den Parlamentswahlen an.

6.4 Die Parlamentswahlen 1994

Die Parlamentswahlen vom 27./28. März 1994 brachten Forza Italia und den rechten Wahlbündnissen den Sieg (Vgl. La Repubblica, 29.3.94). Für die Kommentatoren hatte damit die Zweite Republik begonnen. Nach dem Erfolg für Berlusconi, Fini und Bossi ging ein Aufschrei durch die Presse. Mit dieser Wahl werde in Italien die Telekratie errichtet, ein „Medienstaatsstreich“ (Paul Virilio, zit. n. Bredthauer 1994, 559) habe stattgefunden. Außerdem herrschte Aufregung über den „Rechtsruck“ und über die Möglichkeit neofaschistischer Regierungsmitglieder. In der Tat ist die Verflechtung von Medien und Politik, wie Berlusconi sie vorgeführt hat, problematisch im Hinblick auf die Funktion der Medien als „vierter Gewalt“ in der pluralistischen Demokratie. In der Tat bedeuteten Minister aus den Reihen der Alleanza Nazionale/MSI einen Bruch mit dem „Gründungsmythos“ (FAZ, 25.4.95) der Ersten Republik, dem gemeinsamen antifaschistischen Widerstand der Parteien des Verfassungsbogens.⁵¹ Trotz berechtigter Bedenken ist die Debatte über diese Themen jedoch meistens ideologisch aufgeladen. Wenden wir uns deshalb den nüchternen Zahlen zu.

6.4.1 Das Wahlergebnis – neue Akteure und alte Wahlmuster?

Der Ausgang der Wahlen wurde von Pasquino (1994, 386) als „Erdrutsch“ bezeichnet. Der klare Wahlsieger von 1994 hieß Forza Italia.

Berlusconi's Partei und seine Wahlbündnisse erreichten mit 42,9% Stimmenanteilen im Proporzsystem in der Abgeordnetenversammlung die absolute Mehrheit der Mandate. Im Senat reichte es dazu nicht ganz. Der Trend der Kommunalwahlen 1993, bei denen Linksbündnisse erfolgreich waren, war gebrochen, und Berlusconi hatte sein Ziel erreicht. Die Linke hatte große Hoffnungen auf die Parlamentswahlen gesetzt, aber

⁵¹ Die einigende Kraft der Resistenza-Tradition ließ aber bereits in den achtziger Jahren nach, wie Jens Petersen in seinem „Nachruf auf den Resistenza-Mythos“ schreibt (FAZ 25.5.95; siehe auch Petersen 1995, 65f). Wie wichtig dieses Thema für die Italiener immer noch ist, zeigt die Kontroverse, die das Buch *Rosso e Nero* [Schwarz und Rot] des italienischen Historikers Renzo de Felice ausgelöst hat. Er schmälert darin die Leistung der Italiener im Kampf gegen Mussolini und löste damit eine heftige publizistische Debatte aus. Siehe dazu FAZ, 21.9.95 u. 29.9.95.

die Erneuerung der italienischen Demokratie durch das neue Wahlsystem brachte nicht automatisch auch den erhofften Wechsel. Die Wahlen bestätigten den PDS als stärkste Kraft auf der Linken. Aber die Progressisti wurden insgesamt dadurch geschwächt, daß nur PDS und RC die 4%-Hürde nahmen. Die acht kleineren Parteien des linken Bündnisses scheiterten an ihr, und damit waren ca. 3 Mio. bzw. über ein Fünftel der Gesamtzahl Papierkorbstimmen (Vgl. Bull/Newell 1995, 90). Die Fragmentierung war immer noch ein Problem der italienischen Linken, wenngleich 1994 das nach dem Proporzsystem vergebene Viertel der Sitze nicht wahlentscheidend war.

Die erste Parlamentswahl nach der Reform (27./28. März 1994)

Abgeordnetenkammer, Wahlbeteiligung 86,1 %						Senat, Wahlbeteiligung 85,5 %					
Einzelsitzsystem		Proporzsystem				Einzelsitzsystem		Proporzsystem			
Wahlkreis, Partei	Sitze	Listen	Stimmen	%	Sitze	Wahlkreis, Partei	Stimmen	%	Sitze	Sitze	Frage
Progressisti	164	PDS	7 855 610	22,4	38	Progressisti	10 883 567	32,9	96	26	122
		PRC	2 334 029	6,9	11	PSI	1 003 384	3,1	-	-	-
		PSI	841 729	2,2	-	Rete	12 516	-	-	-	-
		Verdi	1 042 496	2,7	-	Patto per l'Italia	5 518 615	16,7	3	38	31
		AD	452 396	1,2	-	Polo della libertà	6 570 544	19,9	74	8	82
		Rete	718 403	1,9	-	Polo del buon governo	4 544 671	13,7	54	10	64
Patto per l'Italia	4	PPI	4 268 940	11,1	29	Forza Italia - C.C.D.	1 503 326	4,5	-	1	1
		Patto Segni	1 795 270	4,6	13	Alleanza nazionale	2 079 595	6,3	-	8	8
Polo della libertà	151	Forza Italia	8 119 287	21,3	30	Pannella Riformatori	767 460	2,3	-	1	1
		Lega nord	3 737 336	9,4	11	For'Az	88 351	0,3	-	-	-
Polo del buon governo	137	Alleanza nazionale	5 262 698	13,5	21	SVT	217 250	0,7	-	-	-
		CCD	2 646	-	-	Socialdemocrazia	66 467	0,2	3	-	3
Alleanza nazionale	1					Varò federalisti	100 340	0,3	-	-	-
Lista Pannella		Lista Pannella	1 155 739	3,5	-	Verdi-Verdi	68 069	0,2	-	-	-
Weitere Listen	4	Weitere Listen	1 368 198	3,5	-	Legga alpina lombarda	246 476	0,7	-	1	1
						Altre leghe	541 220	1,0	-	-	-
						Liste autonomiste	203 377	0,6	1	-	1
						Partito pensionati	250 345	0,8	-	-	-
						Weitere Listen	865 956	2,6	1	-	1

Abbildung 6: Wahlergebnisse 1994 (Chiellino/Marchio/Rongoni 1995, 295)

Die vormaligen Regierungsparteien der Vierparteienkoalition waren entweder stark geschwächt oder verschwunden. In der Kammer erreichte die Nachfolgepartei PPI der jahrzehntelang dominierenden Christdemokraten im Proporzsystem nur noch 11,1% und gewann zusammen mit Segnis Pakt vier Wahlkreise. Die Sozialisten scheiterten mit 2,2% an der 4%-Hürde und brachten nur über das Wahlbündnis der Progressisti 15 Abgeordnete in die Kammer. Die meisten Wähler hatten die beiden Parteien an Forza Italia verloren (s.u.: Tabelle der Wählerwanderung). Liberale, Republikaner und Sozialdemokraten verschwanden praktisch von der Bildfläche (Vgl. Pasquino 1994a, 388).

Der große Gewinner von 1992, die Lega Nord, stagnierte vom Proporzanteil der Stimmen her gesehen, aber sie gewann viele Wahlkreise. Die Lega verbesserte sich dort, wo sie seit ihrem ersten Auftreten 1987 stark gewesen war, sie verlor in Gebieten, wo sie 1992 noch gewonnen hatte, und sie schaffte es nicht, sich nach Süden auszudehnen. „The Lega could thus be characterized as having undergone a ‚return to its origins‘ as a party of the northern industrial periphery...“ (Bull/Newell 1995, 88).

Die Lega hat einen Großteil ihrer Wähler an Berlusconi verloren, wie die Tabelle zeigt.

	Wahl 1992			
	DC	PDS	Lega	PSI
Wahl 1994	%	%	%	%
Grüne	2,3	3,9	1,9	3,8
Lega	4,0	1,9	54,9	8,2
AD	2,0	2,3	0,5	3,0
PPI	26,5	0,6	1,1	3,1
PDS	3,9	75,3	3,2	12,1
La Rete	0,9	1,3	0,4	1,8
Forza Italia	32,8	7,3	28,0	35,0
PS	14,2	0,6	1,5	6,1
AN	9,2	1,4	5,8	10,2
RC	0,5	4,0	0,6	1,2
Pannella/Sonstige	3,7	1,4	2,1	15,5
	100	100	100	100

Abbildung 7: Wählerwanderung 1992-1994 (Bull/Newell 1995, 88)

Die aggregierte Volatilität erreichte 1994 mit einem Wert von 37,3 einen historischen Höchststand, wie Bull und Newell (1995, 91) errechneten, aber, wie beide anmerken, ist damit angesichts der Parteiabspaltungen und der neuen Parteien außerordentlich vorsichtig umzugehen. Bei der Orientierung der Wähler hat sich sicherlich weniger verändert, als man aus dem hohen Wert folgern könnte. „From several points of view, voting behaviour in 1994 was neither unpredictable nor particularly new. Even though a party may disappear, an electorate – or rather an ex-electorate – remains so that, although the configuration of parties was a novelty in 1994, the majority of voters behaved in ways that were entirely predictable given the range of choices with which they were presented“ (Ebenda, 94). Für die Ebene des Parteiensystems gilt trotzdem, daß zwischen 1992 und 1994 eine Transformation stattfand. Es zeigt sich hierbei, wie schwierig es ist, Wandlungsphänomene in diesem Bereich richtig zu erfassen.

Die regionale Betrachtung des Wahlergebnisses (Vgl. Pasquino 1994a, 391) läßt wie bereits 1992 eine Dreiteilung der elektoralen Landkarte Italiens erkennen. Anstelle von DC und PSI sind dabei Forza Italia und AN getreten – wohlgermerkt rein nach der geographischen Verteilung der besten Wahlergebnisse, ohne damit behaupten zu wollen, daß diese Parteien genau von deren vormaligen Wählern profitiert haben. Im Norden sind Lega Nord und Forza Italia die stärksten Kräfte, wobei gemessen an den Zweitstimmen Forza Italia deutlich vor der Lega liegt. Nur in einem Teil der Lombardei liegt die Lega an erster Stelle. Gemäß der Abmachungen des Wahlbündnisses „Pol der Freiheit“ gehen die norditalienischen Wahlkreise überwiegend an die Lega. In der

Mitte-Nord hält sich der rote Gürtel. Emilia-Romagna, Toskana, Marken und Umbrien bilden das Rückgrat von PDS und RC. Auch in der Mitte-Süd schneidet der PDS gut ab, wird aber dem Süden zu und auf den Inseln von Forza Italia und/oder Alleanza Nazionale als stärksten Kräften überflügelt. Insgesamt ist festzuhalten, daß die Stimmenanteile der einzelnen Parteien mit 20%-30% selbst in ihren besten Regionen weit geringer ausfallen als in Zeiten der intakten Subkulturen. Anteile über 30% erzielten nur der PDS im roten Gürtel und Forza Italia auf Sizilien. Die regionale Zusammensetzung des Wahlergebnisses zeigt vor allem, „daß nur Forza Italia und die Demokratische Partei der Linken (Pds) als nationale politische Organisationen angesehen werden können“ (Pasquino 1994a, 390). Insofern hat in Italien eine gewisse Bipolarisierung der Parteienlandschaft stattgefunden, ohne daß sich nach der ersten Wahl mit dem neuen Wahlsystem bereits die Erwartungen der Reformer erfüllt hätten.

6.4.2 Unerfüllte Erwartungen und ein Parteiensystem im Fluß

Die Einführung eines gemäßigten Mehrheitswahlsystems war für die Reformer, wie oben gezeigt wurde, zum Symbol für die politische Erneuerung der italienischen Demokratie geworden. Es sollte Stabilität, sichtbare Alternativen und einen direkten Wählerauftrag für die Regierungsbildung bringen. Was hat sich davon erfüllt?

Rein von den Zweitstimmen her gesehen, war das italienische Parteiensystem nach den Wahlen weniger zersplittert. Nur sieben Parteien (PDS, RC, PPI, Patto Segni, Lega, FI und AN) übersprangen die 4%-Hürde. Über die Wahlbündnisse konnten trotzdem viele kleine Parteien Abgeordnete in das Parlament schicken, so daß sich die Zahl der Parteien in der Kammer von 16 (1992) auf 19 (1994) erhöhte (Bull/Newell 1995, 91f). Die Wahlbündnisse sahen keine Verpflichtungen über die Wahlen hinaus vor. Sie brachen nach dem Wahltag auseinander, und außer der gemeinsamen Fraktion von PDS, Grünen, La Rete und den Cristiano-Sociali organisierten sich die Parteien im Parlament in je eigenen Fraktionen (Vgl. Freund 1995, 59f). Die Fragmentierung des italienischen Parteiensystems war also weiter fortgeschritten.

Trotz der überragenden Rolle, die Berlusconi im Wahlkampf gespielt hatte und trotz der absoluten Mehrheit von Forza Italia und der rechten Wahlbündnisse, war keineswegs ausgemacht, daß der Mailänder Unternehmer auch Ministerpräsident werden würde. Lega-Chef Bossi attackierte Berlusconi sofort nach der Wahl wegen seiner überragenden Medienmacht, und zehn Tage nach den Wahlen wurde gar über eine Wiederholung des Wahlgangs nachgedacht (Vgl. SZ, 7.4.94). Die Wahlbündnisse waren zu heterogen und zu instabil, als daß der Wähler damit schon den zukünftigen Ministerpräsidenten hätte bestimmen können. „Die angestrebte Direktinvestitur der Exekutive durch den Wähler fand somit nicht statt“ (Freund 1995, 59).

In der politischen Mitte war es dem Pakt für Italien (PPI und Segni) gelungen, ins Parlament einzuziehen. Nach der ersten Wahl nach dem neuen Wahlrecht war, ganz abgesehen vom mangelnden Zusammenhalt der Bündnisse, die Bipolarisierung des Systems nicht perfekt. Als kleiner, dritter Pol konnten die Parteien der Mitte aber nicht das Zünglein an der Waage spielen. Aufgrund ihrer Schwäche droht ihnen, daß ihre Arbeit in der Opposition neben der großen PDS-Fraktion keine oder nur mangelnde Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit findet. Außerdem wird sich auf längere Sicht die Bipolarisierung durch das neue Wahlrecht konsolidieren. „Unübersehbar sind im neuen Parteiensystem vor allem zentripetale Kräfte wirksam, und das Mehrheitswahlrecht zwingt nun alle Parteien, die wirklich nach der Regierungsübernahme streben, den notwendigen Konsens in der politischen Mitte zu suchen“ (Weber 1995, 196). In der aktuellen Diskussion ist inzwischen von der Mitte als eigenständiger Kraft nicht mehr die Rede. „Mitte-links“ (*centro-sinistra*) und „Mitte-rechts“ (*centro-destra*) sind derzeit die meistgebrauchten Bezeichnungen, wenn es um das italienische Parteiensystem geht.

Die Erneuerung der italienischen Demokratie ging vom politischen Personal her gesehen am weitesten, und insofern spricht Pasquino (1994a, 400) von einem „wirklichen Wechsel“, der mit den Wahlen 1994 vollzogen wurde. Über 80% (Ebenda; die Zahlen gehen hier auseinander: 60% laut FAZ 16.4.94) der Parlamentarier waren neu. Die berufliche Zusammensetzung des Parlaments hat sich von Lehrern und Universitätsangestellten hin zu Unternehmern und Selbständigen verschoben (Vgl. FAZ, 16.4.94). Außerdem ist das Parlament in Rom durch die Wahlen „nördlicher“ geworden, denn der Wahlerfolg Berlusconis brachte Personen der wirtschaftlichen Elite des Nordens in die italienische Volksvertretung (Vgl. Weber 1995, 203).

Die Wahlanalysen stimmen darin überein, daß die Wahlen von 1994 nur ein Anfang sein können. „Das Parteiensystem, wie es aus den Parlamentswahlen hervorgegangen ist, steht sicher erst am Anfang eines längeren Transitionsprozesses, in dem auch Rückschläge nicht ausgeschlossen werden können“ (Weber 1995, 194; siehe auch Pasquino 1994a, 393; Bull/Newell 1995, 92).

Die institutionellen Reformen sind noch nicht abgeschlossen, eine umfassende Verfassungsreform steht noch aus, und vor allem müssen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Angriff genommen werden. Der Kampf der Reformier mit Hilfe des Volkes gegen das alte Parteienregime hatte ja nicht die Erneuerung der Demokratie um ihrer selbst Willen zum Ziel, sondern die Herstellung von Handlungsfähigkeit und Stabilität der Regierung sowie Qualitäts- und Effizienzsteigerung des Wohlfahrtsstaates.

Die Motive, die den Umbruch vorantrieben, waren vielfältig: aufgeklärte Staatsbürger, die im Namen der politischen Moral handelten; empörte Bürger, die vorgaben, im Namen der politischen Moral zu handeln; enttäuschte Klienten, die durch engere Verteilungsspielräume leer ausgingen; ängstliche Bürger, die ihren Besitzstand wahren wollten; sorgenvolle Unternehmer, die um die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft fürchteten; überzeugte Europäer, die das Zurückfallen Italiens im europäischen Einigungsprozeß nicht hinnehmen konnten... Wer könnte ermessen, welche Motive überwogen? Das Gefühl, an einem Strang zu ziehen, bestand jedenfalls kaum. Michael Braun (1994, 171) sieht letztlich die Entsolidarisierung der italienischen Gesellschaft voranschreiten und im Wahlergebnis 1994 einen „Triumph der Egoisten“. Das italienische Volk hat sich den wahren Ursachen der Krise noch nicht gestellt. Die Sanierung der Staatsfinanzen muß vordringlichstes Ziel jeder italienischen Regierung sein, aber auf Verständnis in der Bevölkerung wird sie dabei kaum stoßen: „Bei Meinungsumfragen nach den dringlichsten und mit Vorrang anzupackenden Problemen der italienischen Politik landet die Schuldenfrage regelmäßig auf einem der hintersten Plätze...“ (Petersen 1995, 133).

Als im Mai 1994 die 53. Nachkriegsregierung Italiens oder die erste Regierung der Zweiten Republik unter Berlusconi ihre Arbeit aufnahm, war die Aufbruchstimmung, die Forza Italia im Wahlkampf verbreitet hatte, verflogen. Die Querelen um die Regierungsbildung mit der Lega Nord, die Absage des populären Staatsanwaltes Di Pietro, das Innenministerium zu übernehmen, und die skeptische Haltung des Auslands gegenüber neofaschistischen Ministern trübten den Glanz des erfolgsverwöhnten Unternehmers und aufstrebenden Politik-Neulings Berlusconi. Seine Regierungserklärung blieb unverbindlich (Vgl. SZ, 17.5.94), und die Vertrauensabstimmung im Senat konnte er nur knapp und mit Hilfe der abgesprochenen Abwesenheit einiger Senatoren für sich entscheiden (Vgl. FAZ, 20.5.94). Berlusconis Amtsführung wurde von den beständig an ihn herangetragenen Forderungen der Trennung von seinem Medienimperium begleitet. Die Bewährungsprobe kam im Herbst 1994, als es um den Haushalt für 1995 ging. Der Haushaltsentwurf sah massive Einschnitte vor allem beim chronisch defizitären Pensionssystem vor – und sogleich riefen die Gewerkschaften (deren Mitgliederanteil an Pensionären hoch ist) zum Generalstreik auf (Vgl. ZEIT, 14.10.94). Die Lega Nord, Koalitionspartner Berlusconis, nutzte ihre Chance, bei der Rentendebatte ihr Profil aufzubessern. Sie brachte eigene Anträge ein und stimmte mit der Opposition. Bossi stellte die Koalition in Frage (*verifica*) wie einst die alten Parteisekretäre. Die Rentenreform wurde verwässert, Berlusconi brachte seine Regierung nur noch mit Vertrauensabstimmungen über die Runden, und als im November 1994 ein Ermittlungsverfahren wegen Korruption gegen ihn eröffnet wurde, war sein Stern endgültig im Sinken begriffen. Die Lega Nord stellte gleich nach der Verab-

scheidung des Haushalts '95 einen Mißtrauensantrag gegen Berlusconi, zwei weitere kamen aus den Reihen der Opposition. Damit war die Koalition zerbrochen. Berlusconi brandmarkte Lega-Chef Bossi als „Verräter“. Er kam der Abstimmung zuvor, indem er – nach 226 Tagen im Amt – am 22. Dezember 1994 seinen Rücktritt einreichte (Vgl. FAZ, SZ, NZZ, 23.12.94; NZZ, 24.12.94).

Es war, als hätte die „italienische Revolution“ nie stattgefunden. Der politische Alltag der Zweiten Republik unterschied sich in nichts von dem der Ersten. Der glanzvolle Aufstieg Berlusconis hatte ein unrühmliches Ende gefunden. Der Unternehmer, der in die Politik ging, um Italiens Probleme anzupacken, war an seiner politischen Unerfahrenheit und am Koalitionsgezänk gescheitert.

Die Lega Nord und ihr Führer Umberto Bossi spielten beim Umbruch in Italien eine herausragende Rolle. Aber die Lega läßt sich, wie sich oben bereits angedeutet hat, nicht leicht auf einen Nenner bringen. 1992 wurde sie als Gegnerin der Parteienherrschaft und große Reformhoffnung gefeiert, 1994 hat sie in der Manier der von ihr bekämpften Altparteien die neue Regierung zu Fall gebracht. Was verbirgt sich hinter diesem Phänomen? Während diese Arbeit bisher vorrangig das Parteiensystem als Ganzes im Blick hatte, soll im nächsten Kapitel eine einzelne Partei, die Lega Nord, genauer betrachtet werden.

7 Die Lega Nord – Karriere eines vielgesichtigen Phänomens

Die Beobachter der italienischen Politik sind sich über die große Bedeutung der Lega einig. Entscheidend waren die Parlamentswahlen 1992, bei welchen die Lega so gut abschnitt, daß den alten Parteien ein „Weiter so!“ nicht länger möglich war. Die Lega bot den Wählern eine Alternative, ohne daß sie das andere politische Lager wählen mußten. „Gegen‘ den Süden, ‚gegen‘ Rom zu wählen, bedeutete gegen die Parteien und gegen die traditionellen Fronten zu wählen: gegen die dominante DC, aber, genauso, nicht für den PCI, und also auch gegen ihn“ (Diamanti 1993, XI).

Die Lega war nicht nur eine neue Partei im italienischen Parlament, sie verkörperte auch einen neuen Stil – im Positiven wie im Negativen. „Normal“ wäre es in Italien gewesen, wenn die Lega von den alten Parteien einen Anteil an der Macht erhalten hätte und in das herrschende Parteienregime kooptiert worden wäre (Vgl. Gallagher 1994, 461), aber das war mit Bossis Partei nicht zu machen. Ihr Erfolg beruhte gerade darauf, daß sie vom Wähler „als eine Art Hebel“ (Visentini 1993, 100) angesehen wurde, mit dem das alte politische System aus den Angeln zu heben war (S.a. Corbetta 1993). „Den entscheidenden Stoß“, so Hausmann (1994, 73), „versetzte dem verrotteten politischen System der Siegeszug der Lega Nord.“

Wie ist das möglich für eine Partei, die nach den Wahlen 1992 nur 55 von 630 Abgeordneten und 25 von 315 Senatoren stellte? Um die alten Parteien in Bedrängnis zu bringen, bedurfte es keiner machtvollen Parlamentsfraktion. Die Lega wachte zusammen mit der freien Presse über die Unantastbarkeit der Richter, so daß die angeschlagenen Regierungsparteien die Korruptionsermittlungen nicht mehr verhindern konnten (Vgl. Weber 1993, 482f). Der Wahlerfolg der Lega „schuf die Grundlage dafür, daß die Mailänder Staatsanwälte gegen das Kartell der Regierungsparteien ermitteln konnten, ohne durch politische Interventionen von oben gebremst zu werden. Wäre Craxi im April 1992 als strahlender Wahlsieger Ministerpräsident geworden – ‚Tangentopoli‘ hätte nicht stattgefunden“ (Braun 1994, 121; ähnlich Visentini 1993, 20; Gilbert 1993, 106).

Spätestens 1992 hatte die Lega in ganz Italien und über die Landesgrenzen hinaus Aufmerksamkeit gefunden. Zu diesem Zeitpunkt gab es die Partei bereits seit gut zehn Jahren. In diesen Jahren hatte sich die Lega stark gewandelt. Das Sozialforschungsinstitut CENSIS stellte 1992 fest, daß sich die Wählerbasis der Lega in drei Phasen verbreiterte, in denen sie in immer höheren Gesellschaftsschichten Zustimmung fand (Vgl. Visentini 1993, 27-30; v. Roques 1994, 207f).

7.1 Geschichte, Ziele und Anhänger der Lega Nord

7.1.1 Die Anfänge der oberitalienischen Ligen 1979-1986

Zur Europawahl 1979 rief der Führer der Union Valdôtaine, eines Regionalbundes aus dem Aosta-Tal, Bruno Salvadori die oberitalienischen lokalistischen Gruppen dazu auf, eine gemeinsame Liste zu bilden. Ein Vertreter der *Società Filologica Veneta*, einer Gesellschaft, die sich der Pflege der venezianischen „Sprache“ und Kultur widmete, trat auf dieser Liste an, und daraufhin wurde im Januar 1980 die *Liga Veneta* gegründet – die „Mutter aller Ligen“, wie ihr Führer Franco Rocchetta betont (Diamanti 1993, 43). Ebenfalls 1979 traf Umberto Bossi mit dem überzeugten Regionalisten Salvadori zusammen und begeisterte sich für dessen Ziele wie lokale Brauchtums- und Dialektpflege sowie regionale Autonomie. Bossi gründete daraufhin die UNOLPA (*Union nord-occidentale laghi per l'autonomia*), die es sich zur Aufgabe machte, „die Autonomie der Städte Varese und Como von der Lombardei zu erstreiten“ (v. Roques 1994, 202).

Die erste Phase der norditalienischen Ligen läßt sich als Phase des „Ethno-Regionalismus“ bezeichnen (Vgl. Diamanti 1993, 17). Die Regionalbewegungen entstanden in einer Zeit, als der langanhaltende Aufschwung der sechziger und siebziger Jahre sein Ende fand (Vgl. ebenda, 48). Abseits der Großbetriebe des industriellen Dreiecks im Nordwesten Italiens hatten unzählige Kleinunternehmer in der Lombardei und in Venetien von der guten Konjunktur profitiert und sich ihren Wohlstand erarbeitet. Der Säkularisierungsprozeß war in dieser Zeit fortgeschritten. In der aufkommenden Krise versuchten die Betroffenen, in einem abgeschlossenen Umfeld Halt zu finden. In einer Welt, die für sie immer unübersichtlicher wurde, zogen sie sich auf sich selbst zurück und schufen sich ihren überschaubaren Mikrokosmos. Sie beriefen sich auf ihre historische, regionale Identität. Die Liga-Anhänger der ersten Stunde stammten aus sozialen Randgruppen: einfache Leute auf dem Land und in Kleinstädten, zumeist männlich, Arbeiter in Kleinbetrieben und mit niedrigem Bildungsstand. Kurz: „die Orientierungslosen“ (Visentini 1993, 27) und „Nostalgiker“. In ihren Augen hatten die vielen Südtaliener, die in Boom-Zeiten im Norden Arbeit gefunden hatten, die regionale Identität gestört. Außerdem gehe von Rom, Schauplatz der politischen Kämpfe und Produktionsstätte der TV- und Kino-Massenkultur, ein schlechter Einfluß aus, der die traditionellen Familien- und religiöse Werte untergrabe (Vgl. Sacco 1993, 157). Das venetische Volk solle sein Heil in der autonomen, venetischen Nation suchen, wie *Liga Veneta*-Chef Rocchetta verkündete, indem er die Jahrtausende alte Geschichte der Region rühmte und die italienische Einigung des 19. Jahrhunderts kritisierte (Vgl. Diamanti 1993, 54; Gallagher 1993, 69). Die Wahlergebnisse für die *Liga Veneta* waren schwach, aber nicht unbedeutend, denn sie ge-

wann ihre Stimmen auf Kosten der DC – und das im Herzen der im Niedergang befindlichen katholischen Subkultur. Nach den Parlamentswahlen 1983 konnte sie einen Abgeordneten und einen Senator nach Rom schicken.

Umberto Bossi gründete 1982 einen neuen Verein, die *Lega Autonomista Lombarda*. (Zwei Jahre später wurde er in *Lega Lombarda* umbenannt, was aber erst 1986 notariell beglaubigt wurde.) In der dazugehörigen Zeitung *Lombardia Autonomista* schrieb Bossi 1982 im Gründungsaufruf:

„,LOMBARDEN! Es zählt nicht, wie alt ihr seid, welcher Arbeit ihr nachgeht, welcher politischen Meinung ihr seid: Es zählt allein, daß ihr – daß wir alle Lombarden sind. (...) Denn als Lombarden haben wir alle ein grundlegendes politisches Interesse. (...) Dieses unser grundlegendes Interesse ist die Befreiung der Lombardei von der gefräßigen und erstickenden Hegemonie der zentralistischen Regierung in Rom mittels der lombardischen Autonomie im weiteren Rahmen der padanisch-alpinischen Autonomie. (...) Die Lombardei ist weder eine Kuh zum Melken noch ein Territorium, das mit fremden Bürokratien zu dominieren wäre. Die Lombardei ist nicht der Idiot, der die Schulden anderer zahlt. Die Lombardei denkt nicht daran, Rom passiv in den Bankrott zu folgen, weil sie nicht daran denkt, das Recht ihrer Bürger, den Schweiß ihrer Söhne, den Arbeitseifer ihrer Leute, die Persönlichkeit ihres Volkes auf dem Altar der römischen Mißregierung zu opfern.“⁵²

Bossi und seine Freunde versammelten Personen um sich, die sich um den lombardischen Dialekt und um die Regionalgeschichte bemühten (Vgl. Gallagher 1993, 70). Bossis Bewegung konnte anders als in Venetien nicht an ein historisches Regionalbewußtsein in der Bevölkerung anknüpfen. Die Geschichte der Lombardei ist die Geschichte ihrer Städte, die ihren je eigenen Stolz haben. Der Lega-Führer mußte eine lombardische Identität erst schaffen. Er griff dazu auf das 12. Jahrhundert zurück, als sich die oberitalienischen Städte im Schwur von Pontida gegen Friedrich Barbarossa verbündeten. In der Schlacht bei Legnano im Jahre 1176 besiegte der Lombardenbund den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Dazu soll der sagenumwobene Ritter Alberto da Giussano beigetragen haben, der mit seiner Kompanie der Todgeweihten und seinem Schlachtwagen in den Kampf eingriff. Der Ritter mit hochgerecktem Schwert zierte das Wappen der Lega, und nach dem Schlachtwagen wird die Lega in der Presse auch *il carrocio* genannt. Daß die Reichspolitik des Kaisers als mittelalterliche Vorform des italienischen Zentralismus gesehen wird, muß wohl kaum hinzugefügt werden. Zum Jahrestag des Schwurs von Pontida treffen die Lega-Anhänger dort zusammen, um in Ritterrüstungen und mit Schwertern und Fahnen das historische Geschehen nachzuspielen (Vgl. v. Roques 1994, 203). Der starke Gebrauch von Symbolen ist ein typisches Merkmal sozialer Bewegungen. Im

⁵² Abgedr. bei: Vimercati, Daniele: *I Lombardi alla nuova crociata*. [Die Lombarden auf dem neuen Kreuzzug.] Mailand 1990, 148f; zitiert nach sowie übersetzt von Michael Braun (1994, 107 [gekürzt durch V.L.]).

Falle der Lega ist ihre einheitsstiftende Wirkung besonders wichtig, „da sie sich in ihrem legitimatorischen Bezug auf eine lombardische Identität kaum auf alltagsweltliche Gegebenheiten stützen kann“ (Schmidtke/Ruzza 1993, 12).

Bossi setzte aber auch auf eine zweite Schiene. Er rekurrierte, wie schon aus dem obigen Zitat hervorgeht, auf eine im Alltag präsente Gemeinsamkeit aller Lombarden: harte Arbeit und Fleiß. Die Lombardei wurde dadurch zum Gegenbild des ineffizienten und verschwenderischen Roms mit seinen Parteien und der von Südtalienern dominierten Verwaltung. Die von der Lega angestrebte Autonomie der Lombardei sollte garantieren, daß der Ertrag der Arbeit durch Steuerhoheit in der Region bleibt und durch eine eigene Verwaltung solide damit umgegangen wird. Auch auf dieser Schiene wurden Symbole verwendet. Als wäre der italienische Nordstaat Wirklichkeit, ließ Bossi Münzen prägen und Geldscheine drucken. Eine sog. „Lega“ entsprach 1.000 Lire, und zu diesem Preis fand die „Währung“ reißenden Absatz auf den Treffen der Lega (Vgl. v. Roques 1994, 205; Abbildung der Scheine im Bildteil bei Visentini [1993, 70]).

Bei den Regionalwahlen 1985 stellte die Lega erstmals Kandidaten auf, konnte aber nur wenige Stimmen auf sich vereinigen. Doch mit der Teilnahme an Wahlen war die Lega in eine neue Phase eingetreten. Seit 1986, als der neue Name *Lega Lombarda* offiziell geworden war, verfolgte Bossi eine genuin politische Strategie, die auf die Erzielung von Mandaten ausgerichtet war. Er drängte die nostalgischen Elemente in die zweite Reihe und setzte verstärkt auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung in Rom, den etablierten Parteien und der staatlichen Verwaltung. *Roma ladrona, la Lega non perdona!* (Diebisches Rom, die Lega verzeiht nicht!) – so lautete ein Spruch, in dem die Stoßrichtung der Lega zum Ausdruck kommt. Und Bossi war erfolgreich damit.

7.1.2 Der Aufstieg der Lega bis zum Eintritt in die Regierung Berlusconi 1987-1994

Bei den Parlamentswahlen 1987 errang die *Lega Lombarda* ein Senats- und ein Abgeordnetenmandat. Bossi vertrat die Lega im Senat und wurde fortan *il senatùr* (im lombardischen Dialekt für *senatore*) genannt. Gleichzeitig zeigte sich bei diesen Wahlen die Begrenztheit der *Liga Veneta* (Vgl. Diamanti 1993, 58). Sie verlor ihre Parlamentsmandate wieder.

Bossi führte seine Kampagne gegen die Mißwirtschaft der etablierten Parteien fort. Dabei gebrauchte er die Sprache des Volkes, streute den Dialekt in seine Reden ein und brachte mit seiner groben und aggressiven Ausdrucksweise einen neuen politischen Stil hervor. Er setzte sich damit absichtlich in Gegensatz zur herkömmlichen

politischen Sprache.⁵³ Letztere war „eine Sprache für Eingeweihte, voll von transversalen Bedeutungen, eine chiffrierte Sprache, voller Anspielungen, die alles und nichts zugleich sagen möchte“ (Visentini 1993, 14). Der Jargon der Politiker in Rom, die „Politchinesisch“ (*politichese*) sprechen, wurde von der Bevölkerung seit längerem als heuchlerisch und verlogen empfunden (Vgl. Rusconi 1994, 19). Im Norden Italiens konnte Bossi so in neue Wählerschichten vordringen. Handwerker und Kaufleute, kleine und mittelständische Unternehmer begeisterten sich für seine Botschaft, denn sie fühlten sich durch hohe Steuern belastet, ohne daß der Staat entsprechende Gegenleistungen erbrachte, sondern seine Mittel im Süden des Landes ausgab. Zudem war die Besteuerung in manchen Fällen kaum nachvollziehbar, so z.B. eine Steuer auf Rolläden oder auf Blumenkübel vor Geschäften (Vgl. v. Roques 1994, 207).

Die Lega konnte von Wahl zu Wahl Stimmenzuwächse verzeichnen. Bei den Europawahlen 1989 zeigte sich die führende Stellung, die die Lega Lombarda gegenüber den anderen norditalienischen Ligen einnahm. Im November dieses Jahres wurden die ersten Schritte unternommen, die Gruppierungen unter dem Dach einer einzigen *Lega Nord* zusammenzubringen. Bei den Regionalwahlen 1990 erzielte die Lega in der Lombardei 16,5% der Stimmen, wobei sich Bergamo (24,2%) und Brescia (23,1%) als Lega-Hochburgen erwiesen (Vgl. Diamanti 1993, 31f).

Bossi nützte und schürte die Mißstimmung gegenüber den Südtalienern, die als *terroni* („Erdfresser“) beschimpft wurden. Davon waren dreierlei Gruppen betroffen: erstens die südtalienschen Beamten, die in der staatlichen Verwaltung dominant sind. Sie haben ihren Job nicht selten einem Politiker zu verdanken. „Schauen Sie sich doch den Staatsapparat an“, so ein Lega-Sprecher aus Bergamo in einem Gespräch mit Frau von Roques. „In der Justiz, bei der Polizei, im Schuldienst – alles Leute aus dem Süden.“ Und ein anderer ergänzte: „Wie sollte ein *terroni*-Richter in der Lage sein, hier bei uns Recht zu sprechen? Wir haben unser eigenes Wertesystem in der Lombardei“ (Ebenda, 200). Von Gianfranco Miglio aus der Lega-Spitze stammen ähnliche Äußerungen: „Immer wenn ein Bürger der Lombardei auf ein Amt geht, trifft er auf unfähige, arrogante, rechthaberische Beamte, alle aus dem Süden, die oft nicht mal unsere Sprache sprechen“ (SPIEGEL 52/1992, 148).

Die zweite Gruppe war die südtaliensiche Bevölkerung. Diese verschlinge die Steuergelder des Landes, aber eine Entwicklung Südtaliens werde damit nicht erreicht. Daran sei vor allem die Mafia schuld, in deren dunklen Kanälen viel Geld verschwinde. In abgemilderter Form der Kritik wurden die Südtaliener insofern entschuldigt, als die römische Parteienherrschaft den Süden von staatlichen Geldern abhängig gemacht habe.

⁵³ Die Sprache der Lega ist deshalb auch zum Gegenstand der Forschung geworden – siehe die von Volker Dreier (1995, 112f) rezensierten Studien.

Die dritte Gruppe waren ganz konkret die Südtaliener, die nach Norditalien gekommen waren, um dort Arbeit und Brot zu finden und nun dort lebten. Bossi erkannte schnell, daß auch diese Personen Wähler sein können, und außerdem stammte seine zweite Frau aus dem Süden. So wurden die anfänglichen Vorwürfe gegen diese Gruppe vorsichtig gehandhabt, und die Kritik überwiegend auf die im Norden präsenten Beamte süditalienischer Herkunft gelenkt. Zusammenfassend gesagt heißt das: „Thus, the Lega's anti-southern stance has more to do with its fundamental anti-partyocracy attitude than to any primordial racist motivation“ (Leonardi/Kovacs 1993, 59).

Ähnliches galt für Bossis Tiraden gegen Immigranten aus der Dritten Welt. Sie wurden zwar ausgesprochen, aber damit verbunden war die Kritik an dem unzureichenden und ineffizienten Einwanderungsgesetz (Vgl. ebenda; s.a. Bossi/Vimercati 1992, 146). Bossi hatte hinsichtlich der Migrationsprobleme eine eingängige Antwort parat. Man müsse die Probleme der Dritten Welt vor Ort lösen. Denn selbst wenn 10 Mio. Afrikaner und Asiaten in die Lombardei kämen, würde sich in den Entwicklungsländern mit ihrer Milliardenbevölkerung nichts ändern, aber das eigene Land würde „zur Hölle“ werden (Vgl. Bossi/Vimercati 1992, 150).

Besonders die Art und Weise, wie Bossi mit dem Thema Südtaliener und Immigranten umging, hat ihm in der Presse (und dadurch auch im Ausland) den Ruf eines Populisten und Rassisten eingetragen. Bossi hielt nicht viel von den italienischen Medien. Er war im Gegenteil stolz darauf, daß seine Lega eine Basisbewegung war, die die Hilfe der Medien nicht brauchte, sondern sich auf ihre eigene Kraft verlassen konnte. In Italien, so Bossi, sei der Pluralismus der Informationsorgane und die Pressefreiheit eine Illusion. „Mit wenigen Ausnahmen, alle folgen der Logik der Parteiherrschaft“ (Bossi/Vimercati 1992, 103). Immerhin hatte Bossi in Daniele Vimercati einen Journalisten gefunden, der zum Geschichtsschreiber der Lega avancierte und mit dem zusammen er das teils autobiographische, teils programmatische Buch *Vento dal Nord* (Wind aus dem Norden, 1992) verfaßte.⁵⁴

Vom 8.-10. Februar 1991 fand der Parteikongreß statt, der die Gründung der Lega Nord beschließen sollte. Dazu waren Vertreter der unterschiedlichen Ligen aus der Lombardei, Venetien, Piemont, Ligurien, der Emilia-Romagna und der Toskana zusammengekommen. Die kleineren Ligen sträubten sich teilweise und wollten ihre völlige Eigenständigkeit behalten. Bossi hatte ihre Streitereien und Spaltungen zu Kleinstgruppen genau beobachtet, und so wußte er, daß der zukünftige Erfolg von Einheit und Disziplin der Lega Nord abhängen würde. Er beanspruchte deshalb das

⁵⁴ Als „Wind aus dem Norden“ bezeichnete der Sozialist Pietro Nenni das Komitee zur nationalen Befreiung, das gegen Kriegsende in Italien Widerstand gegen das totalitäre Regime leistete (Vgl. v. Roques 1994, 206).

Amt des Parteisekretärs für sich – in Italien das machtvollste Amt einer Partei. Er erreichte sein Ziel. Die Zustimmung der Veneter gewann er dadurch, daß Liga Veneta-Chef Franco Rocchetta zum Präsidenten der Lega Nord bestimmt wurde. Bossi hatte damit die politische Führung der Lega Nord inne und stand zugleich an der Spitze der Lega Lombarda (Vgl. Visentini 1993, 106f). „Mit Flexibilität und Demagogie nach außen, mit eiserner Hand nach innen sorgte er dafür, daß die Lega ihre Position konsolidierte und weiter ausbaute“ (Braun 1994, 112). Während die Lega Lombarda 1988 ihre Mitgliedschaft auf 10.000 bezifferte (Jacobs 1989, 229), nannte sie Anfang 1991 150.000 (Visentini 1993, 107).⁵⁵

Im Mai 1991 versammelten sich die Lega-Anhänger zu ihrem jährlichen Treffen in Pontida. Bossi stellte den Plan einer Republik des Nordens vor, dessen geistiger Vater der Politikprofessor Gianfranco Miglio war. Danach sollte Italien in die drei Makroregionen oder „Republiken“ Nord, Mitte und Süd aufgeteilt werden. Der Zentralstaat als höchste Gewalt sollte Grundrechte und Demokratie garantieren, die Währungshoheit besitzen und für Außen- und Sicherheitspolitik zuständig sein. Die Makroregionen sollten über die Steuerhoheit verfügen und Industrie-, Wirtschafts- und Handelspolitik betreiben. Außerdem sollten sie direkte Beziehungen zu den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft haben, um Rom und seine Bürokratie in Europa-Fragen zu umgehen (Vgl. Bossi/Vimercati 1992, 162 u. 202). „Je weiter weg von Rom, desto näher bei Europa“, war der zugehörige Slogan (Zit. n. Gallagher 1993, 80).

Die Lega legte in der Folgezeit vermehrt Zahlen über Wirtschaftskraft der Regionen, Steueraufkommen und -verteilung vor. Wiederum stellte sie die Probleme des Landes so dar, daß die Parteien in Rom an allem Schuld seien. Insbesondere zeigte sie auf, wie hoch die italienische Steuerquote im europäischen Vergleich sei und welche Vorteile die Politiker in Rom für sich in Anspruch nahmen. Wenn Bossi sich in die Schlagzeilen bringen wollte, machte er u.a. vom Aufruf zum Steuerboykott Gebrauch. Der Lega-Chef plante durch die Gründung einer *Lega Centro* und einer *Lega Sud*, ganz Italien für den Kampf gegen die Parteiherrschaft zu gewinnen (Vgl. Bossi/Vimercati 1992, 177).

In einem Buch, das der Lega-Sympathisant Giulio Savelli (1992) schrieb, wird von der Lega folglich als Lega Nord-Centro-Sud gesprochen. Die politische Klasse Italiens wird darin durchweg als *la nomenclatura* bezeichnet. (Dazu wird auch die Opposition gerechnet.) Ihr erstes Interesse sei ihr eigenes. Nicht die Lega wolle das Land spalten, sondern die Regierung habe das Land zweigeteilt in Produzenten und

⁵⁵ Auch für die Lega gilt, daß von italienischen Parteien ausgegebene Mitgliederzahlen mit Vorsicht zu genießen sind. Uessler (1992, 1466) weist darauf hin, daß die Lega „keine genauen Zahlen“ zu ihrer Mitgliedschaft veröffentliche – Ende 1992 sprach sie bereits „von mehreren Hunderttausend“.

Fürsorgeempfänger. Dagegen müßten die Bürger sich wehren.⁵⁶ Die Lösung liege im Föderalismus und in der Rückgabe der Verfügungsgewalt über die Finanzmittel an die Bürger. Die einzige Trennlinie in Italien verlaufe heute zwischen Politikern und Bürgern bzw. zwischen oligarchischem System und der Zivilgesellschaft. Einzig die Lega als demokratische Volksbewegung vertrete die soziale Wirklichkeit des Landes und sei zu Kompromissen mit den Altparteien nicht bereit (Vgl. Savelli 1992, 181-187).

Die Lega gab ferner dem Psychologen und Wissenschaftler Luigi De Marchi den Auftrag, ein genaues Bild von Bossis Bewegung zu geben. In Zeitungsartikeln veröffentlicht, kam er zu dem Schluß, die Lega sei antifaschistisch, demokratisch, laizistisch und progressiv. (Das war das Gegenteil dessen, was die Gegner der Lega behaupteten.) Vor allem aber führe die Lega die „Rebellion der produktiven Schichten“ Italiens an (Vgl. Visentini 1993, 40-42). Den neoliberalistischen Charakter der Lega stellte De Marchi (1993) auch in Buchform heraus. Was Thatcher für England und Reagan für Amerika, seien Bossi und Miglio für Italien. In Italien gäbe es keine Partei, die die Interessen der produktiven Kräfte des Landes vertrete, und diese hätten nun endlich in der Lega Ausdruck gefunden (Vgl. De Marchi 1993, 134). Die Lega habe noch nicht klar genug ausgedrückt, daß ihre Ziele massive Steuersenkungen und die Befreiung der Bürger „von den Fesseln und Schikanen“ der Bürokratie seien (Ebenda, 138).

Die Lega sprach sich in dieser Phase entsprechend für eine weitgehende Privatisierung der Staatsunternehmen und für eine Regionalsierung der Sozialversicherung aus. So konnte die Lega ihre Wählerbasis zum dritten Mal verbreitern, denn sie fand nun auch Zustimmung bei Personen mit höherem Einkomen, aus den oberen Schichten der Mittelklasse. „Zahlreiche leitende Angestellte, mittlere Unternehmer und Geschäftsleute sahen nun in der Lega die einzige zukunftssträchtige Alternative zum heruntergekommenen System der römischen Parteien...“ (v. Roques 1994, 208). Damit hatte die Lega die von Betz (1993, 421) beschriebene Allianz von Verlierern und Gewinnern des Modernisierungsprozesses zusammengebracht, und der Anlaß war gegeben, die Lega als „(neo-)materialistische“ und „(neo-)egoistische“ Kraft zu bezeichnen.

Dennoch war Anfang der neunziger Jahre, wie aus Umfragen hervorging, der Protest gegen die etablierten Parteien in Rom und die ineffiziente Bürokratie mit Abstand der Hauptgrund, die Lega zu wählen (Vgl. Mannheimer 1991, 144f). Auch eine Wahlanalyse zu den Parlamentswahlen 1992 kam zu dem Ergebnis, daß trotz unterschiedlicher Wahlmotive und sozio-ökonomischer Zusammensetzung des Elektorats der Lega die negative Haltung gegenüber den traditionellen Parteien bei allen Wählern

⁵⁶ Savelli stellt in diesem Zusammenhang historische Verbindungen her, indem er an die englische Magna Charta, die Einberufung der Stände am Vorabend der Französischen Revolution, und an das Leitmotiv der Amerikanischen Revolution *No taxation without representation* erinnert (Vgl. Savelli 1992, 71-73).

vorhanden war. Insbesondere zeigte sich, daß sich hinter regionalistischen Motiven bei den meisten Wählern keine regionale Identität oder kulturelle Tradition verbarg, sondern ökonomische Interessen (Vgl. Mannheimer 1993, 267 u. 271).

Auf dieser Basis erzielte die Lega Nord ihren großen Erfolg bei den Parlamentswahlen 1992. Sie konnte 55 Abgeordnete und 25 Senatoren ins römische Parlament entsenden. 43% der Lega-Abgeordneten waren unter 40 Jahren, 75% unter 50, wohingegen bei den christdemokratischen Abgeordneten nur 7% jünger als 40 und 49% jünger als 50 Jahre waren. Die größten Berufsgruppen stellten bei der Lega Freiberufler und Angestellte der Privatwirtschaft mit jeweils 36%. Bei den Christdemokraten stammten dagegen 42% der Abgeordneten aus Lehrberufen und aus der Verwaltung (Vgl. Diamanti 1993, 82-84). Im Parlament setzte sich die Lega weiter für eine Föderalisierung Italiens nach dem Makroregionen-Modell ein.

Kurz nach den Referenden im April 1993 kündigte Bossi an, daß die Lega künftig in Mittel- und Süditalien als *Legia Italia Federale* antreten werde. Die Lega sollte zur großen Reformkraft werden, die Erneuerung für ganz Italien bringt. Bossis 1993 erschienenes Buch *La rivoluzione* hat den Charakter eines Regierungsprogramms. Der sonst so rüde Lega-Chef gibt sich darin staatsmännisch und ordnet die jüngsten Ereignisse in die Geschichte ein. Er redet vom Föderalismus und vom Gesellschaftsvertrag und zieht dazu die Klassiker der politischen Philosophie von Machiavelli über Hobbes, Locke und Rousseau bis zu den Federalists heran. Er beschreibt die vierfache Revolution der Erneuerung in Italien – politisch, moralisch, ökonomisch, kulturell und die zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa. Das Ziel der Lega sei es, den Staat wiederzugründen (Vgl. Bossi/Vimercati 1993, 143). Als föderaler Staat, mit Marktwirtschaft und freier Konkurrenz, wie Bossi ausführlich darstellt. Föderalismus und Freihandel bilden, nach Bossis Kulturverständnis, die Grundlage eines neuen und schwierigen Gesellschaftsvertrages. Beides sei nämlich

„nicht das Vorzimmer, sondern das Gegengift für die Sezession. Nur eine Führungsschicht wie die der Lega, die die Garantie der guten Regierung bietet und die geboren wurde, um die Interessen der kleinen, vom Zentralismus unterjochten Völker zu verteidigen, kann die produktiven Schichten des Nordens davon überzeugen, noch einmal die Rolle des Zugpferds zu übernehmen. Das ist eine ökonomische und ideologische Herausforderung zugleich: auf der einen Seite die europäische Kultur, gekennzeichnet durch Freihandel und Föderalismus, auf der anderen Seite die byzantinische Kultur, die Kultur des Sich-Versorgen-Lassens [*assistenzialismo*] und der zentralistischen Bürokratie“ (Ebenda, 181).

Die Lega sei bereit, sich die größte Verantwortung aufzuerlegen, nämlich die des Regierens. Und sie werde nicht regieren, um den Staat zu okkupieren, sondern um die Revolution durchzuführen (Vgl. ebenda, 215f).

Bossi und seine Getreuen wähten sich 1993 so weit, in der Zweiten Republik eine zentrale Rolle spielen zu können. Bossi räumte jeden Faschismus-Verdacht, der geäußert wurde, beiseite: „Die Faschisten waren antidemokratisch, sie haben die Macht in einem Staatsstreich an sich gerissen. Wir dagegen sind Demokraten. Wir

sind sogar das Herz der italienischen Demokratie, weil wir das Land von der Diktatur der Parteien befreien wollen“, so der Lega-Führer in einem Interview (SPIEGEL 41/1993, 207).

Mit dem neuen Mehrheitswahlrecht schien die Lega eine günstige Ausgangsposition zu besitzen. Wenn da nicht die Linksbündnisse gewesen wären. Wenn da nicht das Erstarken der Neofaschisten im Süden gewesen wäre. Und wenn da nicht Berlusconi's Forza Italia gewesen wäre. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 1994 blieb Bossi nichts anderes übrig, als eine Wahlallianz mit Berlusconi einzugehen. Die Verhandlungen ergaben, daß die Lega in Norditalien (bis zur Toskana) in 70% der Wahlkreise den Kandidaten des Rechtsbündnisses stellen konnte, allerdings mit Ausnahme der Lombardei – dort waren es nur 60% (Vgl. Weber 1995, 189). Die Wahlen 1994 waren für die Lega, gemessen an den gewonnenen Mandaten, ein großer Erfolg. Die Zahl der Mandate hatte sich mehr als verdoppelt, im Senat von 25 auf 58, in der Kammer von 55 auf 118. Trotzdem konnte Bossi nicht zufrieden sein, denn das Zweitstimmenergebnis von 8,4% bedeutete Stagnation, ja einen leichten Rückgang gegenüber 1992 (8,7%). Außerdem war die Ausdehnung auf ganz Italien gänzlich mißlungen. Der Aufstieg der Lega Nord verdiente das Attribut unaufhaltsam nicht länger, und die Erfolgsstory des armen Umberto Bossi aus Varese hatte einen Kratzer bekommen. Dennoch meldete Bossi Führungsansprüche an, denn die Lega war die stärkste Einzelfraktion. Die 31jährige strenge Katholikin Irene Pivetti wurde zur Kammerpräsidentin gewählt, und so hatte die Lega eines der vier obersten Staatsämter in Italien erobert. Die Lega stellte fünf Minister in der Regierung Berlusconi (Vgl. SZ, 13.5.94). Bossi hatte auf ein Ministeramt verzichtet – die Positionen der Lega wollte er lieber aus dem Parlament heraus vortragen. In gewisser Weise hat zum Verzicht auch der Korruptionsverdacht beigetragen, der gegen ihn vorgebracht wurde.⁵⁷ Ein herber Schlag für einen Politiker, der im Kampf gegen die alten Parteien seine und seiner Partei weiße Weste hochhielt.

Mit dem Eintritt in die Regierung Berlusconi hatte die Lega Nord ihr Zenit erreicht. Doch die Erfolgsbilanz hatte dunkle Flecken: Bossi hatte das alte Parteiensystem aufgebrochen, die Früchte des Erfolges trug nun Berlusconi davon. „Berlusconi erschien den Bürgern in Norditalien als der bessere, erfolgreichere ‚Bossi‘, mit gefälligeren Umgangsformen und nicht so rüder Sprache. In Berlusconi's Polit-Bewegung Forza Italia konnte man sich als ordentlicher Bürger sehen lassen, ohne sich wie bei

⁵⁷ Vgl. SZ, 2.5.94. Der Verdacht gegen Bossi war ein Nebenprodukt eines Schmiergeldprozesses. Zur „Ehrenrettung“ Bossis kann gesagt werden, daß sein Name im Zusammenhang mit umgerechnet 210.000 DM auftauchte, während Craxi bei derselben Aktion 11 Millionen DM erhalten haben soll. Im Oktober 1995 wurde Bossi wegen Verstoßes gegen das Parteienfinanzierungsgesetz zu acht Monaten Haft (mit Berufungsmöglichkeit) verurteilt. Das Urteil wird ihm kaum schaden, denn in der italienischen Bevölkerung hat sich die Empörung über die Korruptionsaffären gelegt, und „irgendwie ist bei den Bürgern das Gefühl verbreitet, daß die Justiz übertrieben habe und wieder zur Normalität zurückkehren müsse“ (H.-J. Fischer, FAZ, 29.11.95).

Bossis Lega für die grobe Gesellschaft entschuldigen zu müssen“ (FAZ, 8.3.95). Die Lega verlor ihren intellektuell führenden Kopf, Professor Miglio. Dieser mußte erkennen, daß sein Streben nach Klarheit und seine Devise „Die Lega macht keine Kompromisse“ (Vgl. Zibaldone 18/1994) mit der Kleinarbeit der alltäglichen Politik unvereinbar war. Wie Bossi schließlich das Ende der Regierung Berlusconi einführte, wurde oben (6.4.2) bereits dargestellt. Der Lega-Sekretär legte seine zeitweiligen staatsmännischen Ambitionen wieder ab und kehrte zu seinem ungehobelten und aggressiven Stil zurück. Er war gezwungen so weiterzumachen, wenn er die Wähler, die er an Forza Italia verloren hatte, zurückgewinnen wollte. Er gab das genaue Gegenstück des erfolgreichen Medienunternehmers ab. Er hatte die von Berlusconi angebotenen Annehmlichkeiten ausgeschlagen und zeigte sich lieber als „der arme Umberto aus dem Volk, der ohne Pyjama schläft und auch im Unterhemd vor die Fernseh-Kameras tritt“, ohne Studienabschluß und Vermögen (FAZ, 4.01.95).

7.2 Erklärungsansätze zur Lega Nord

7.2.1 Einschätzungen und Charakterisierungen in der Literatur

Im vorangehenden Abschnitt wurde die wechselvolle Geschichte der Lega dargestellt. Es stellt sich daraufhin die Frage, wie man die Lega und ihre Funktion im italienischen Parteiensystem einschätzen soll. Mit den Wahlerfolgen ist zugleich die Aufmerksamkeit von Publizistik und Wissenschaft gegenüber diesem Phänomen gewachsen. Je nach Blickwinkel und fachlicher Herkunft der Forscher wurden verschiedene Aspekte herausgearbeitet. Es trifft zu, die Lega, wie die Journalistin Giovanna Pajetta, als „Chamäleon“ zu definieren (Vgl. Dreier 1995, 111). Doch damit ist wenig gewonnen. Die unterschiedlichen Erklärungsansätze lassen sich immerhin grob klassifizieren. Die Lega wird dargestellt als in ihrer Hauptsache:

1. rassistische Bewegung (Paul Furlong, Michael Braun)
2. regionalistische Bewegung (Dwayne Woods)
3. soziale Bewegung (Carlo E. Ruzza, Oliver Schmidtke)
4. rechtsradikale, (neo-)populistische Partei (Hans-Georg Betz, Paul Taggart)
5. Anti-Parteien-Partei (Birgitta Nedelmann)
6. neue catch-all-Partei (Robert Leonardi)

Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und die Zuordnung eines Autors zu einem Punkt heißt nicht, daß er *nur* diese Erklärung verfolgt, sondern sie in den Vordergrund stellt. Die Lega ist ein mehrdimensionales Phänomen, das sich

nicht auf *einen* Begriff bringen läßt, zumal sie sich selbst in den Jahren von 1982 bis 1992/94 ständig verändert hat. Wichtig ist, daß die Stoßrichtung gegen die *partitocrazia* bei praktisch allen Autoren – mehr oder weniger explizit – zum Ausdruck kommt. Die zurzeit differenzierteste Studie ist die des Soziologen Ilvo Diamanti (1993), die auch für diese Arbeit verwendet wurde. In den wichtigen Aufsätzen von Gallagher (1993, 1994) findet man eine knappe geschichtliche Darstellung der Lega vereint mit verschiedenen Interpretationen.

Im Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit, erscheinen mir einige Anmerkungen zu den einzelnen Erklärungsansätzen für das Verständnis und die Rolle der Lega in Italien sinnvoll.

1. Hinsichtlich des Rassismus der Lega kommt Paul Furlong in einem 1992 publizierten Aufsatz zu folgendem Schluß: „[T]he Leagues can be described as politicised racism, appealing to a distinct conservative authoritarian electorate which in the past associated itself with the anti-communism of the DC“ (Furlong 1992, 355).

Braun (1992, 131-134) sieht die Gefährlichkeit der Lega darin, daß sie sich „nicht erstrangig als fremdenfeindliche Partei“ profiliert, sondern verschiedene protestträchtige Themen aufnimmt. Durch den Protest gegen die Parteien in Rom wird sie aber für viele erst wählbar. Dahinter verbirgt sich das eigentliche Gesicht: „Dennoch war die Programmatik der Lega von Anfang an rassistisch...“ – zuerst nur inneritalienisch gegen die Süditaliener, dann nach 1989 auch gegen Zuwanderung aus der Dritten Welt. In seinem zwei Jahre später veröffentlichten Buch schränkt Braun dann den Rassismus der Lega ein. Er weist auf die „rassistischen Beiklänge“ der Lega hin. Diese dienten ihr jedoch eher als Mittel, „da sie zwar rassistische Gefühle mobilisierte, dennoch aber selbst ihren Rassismus immer wieder relativierte“ (Braun 1994, 109). Mit diesen Zitaten soll beispielhaft gezeigt werden, daß die bis ca. 1992 von vielen Autoren vorgenommene Einordnung der Lega als rassistische (und rechtsextreme) Partei heute als überholt gelten kann.

2. Einen regionalistischen Ansatz verfolgt Dwayne Woods. Der Aufstieg der regionalistischen Ligen wird interpretiert als „response to the dual crisis of representation and legitimacy in Italy“ und als „reflection of the erosion of centre-periphery relations established by parties after the Second World War“ (Woods 1992, 56 u. 57). In der Nachkriegszeit hat die Vermittlung zwischen Zentrum und Peripherie über die politischen Parteien funktioniert, da von Rom der Antrieb zur wirtschaftlichen Entwicklung ausging. Während die ökonomische Modernisierung gelang und insbesondere einige nördliche Regionen reich wurden, modernisierte sich der italienische Staat nicht entsprechend. Die regionalistischen Ligen sind deshalb „a reaction to the failure

of *political* modernisation in Italy“ (Ebenda, 58; Hervorhebung V.L.). Die traditionellen Zentrum-Peripherie-Beziehungen garantieren keinen wirtschaftlichen Aufschwung des Nordens mehr, sondern gefährden sogar dessen Stellung auf den Märkten in Europa und in der Welt. Die Konfliktstruktur in Italien hat sich verändert: „The class and religious cleavages which shaped Italian politics for most of the postwar period, therefore, are being replaced by issues of regionalist identity and autonomy“ (Ebenda, 71). Woods nimmt also Bezug auf den *cleavage*-Ansatz, ohne jedoch explizit von einer Zentrum-Peripherie-Konfliktlinie zu sprechen. Zu Recht, denn im Modell Lipsets und Rokkans bezeichnet die Zentrum-Peripherie-Konfliktlinie den Gegensatz zwischen den Befürwortern der nationalen Einigung und deren Gegnern im Zeitalter der Nationalstaatsgründungen (Vgl. Lipset/Rokkan 1967, 41). Analogien sind aber durchaus vorhanden, denn die Formierung der norditalienischen regionalistischen Parteien erfolgt – aus Sicht der Ligen – wegen der „Unterdrückung“ und „Fremdbherrschung“ der peripheren Kultur durch das Zentrum.

Woods kennzeichnet die Lega als populistische und regionalistische Protestbewegung. In das theoretische Bild von neuen sozialen Bewegungen paßt sie nicht vollständig, da sie keine postmaterialistische Bewegung ist (Woods 1995, 199). Er definiert die Lega als „new type of social movement“, dessen Ziel es ist, „to constitute a new political identity in Italy by counterposing the crisis of the political center with the purported vitality and rationality of the periphery“ (Ebenda, 189).

3. Carlo E. Ruzza und Oliver Schmidtke stellen die Lega als soziale Bewegung dar. Sie hat in ihrer Formationsphase aber nicht auf vorhandene Netzwerke zurückgegriffen: „In contrast to other recent movements, the Lega has created a viable social movement where nothing similar had existed“ (Ruzza/Schmidtke 1993, 2). Der Lega ist es gelungen, ein Wir-Gefühl zu erzeugen, wobei der Einsatz von Symbolen eine wichtige Rolle spielt. Sie hat von Anfang an Themen aufgegriffen, die die Bevölkerung bewegten. Als Ende der 80er Jahre in den Medien verstärkt die Reformbedürftigkeit der Parteiendemokratie diskutiert wurde, ergab sich eine Kongruenz mit den Themen der Lega, was deren Aufstieg unterstützte. Die Autoren sehen das Problem, daß es notwendig ist, „to distinguish between the Lega as a political party and as a social movement“ (Ebenda). Eine kategorische Abgrenzung ist ihnen allerdings nicht möglich, und so sprechen die Autoren im Hinblick auf die Lega von „einer produktiven Koexistenz von Bewegung und Partei“ (Schmidtke/Ruzza 1993, 10) bzw. vom Oszillieren „between a party and a social movement“ (Ruzza/Schmidtke 1993, 15).⁵⁸ In der Hauptsache wird die Lega aber als soziale Bewegung dargestellt, die mit ihrem

⁵⁸ Diese Zitate zeigen beispielhaft, wie groß die Abgrenzungsprobleme zwischen Partei und Bewegung sind. In den angeführten Aufsätzen treten sie verschärft auf, weil die Autoren die Mobilisierungsfähigkeit der Lega als Merkmal einer sozialen Bewegung verstehen, Bossis Aufbau einer kontinuierlichen Organisation aber als Merkmal einer Partei.

regionalistischen Programm das ideologische Vakuum gefüllt hat, das der Niedergang der Subkulturen hinterlassen hatte (Vgl. ebenda 17).

4./5. Auf die Einordnung der Lega als rechtsradikaler bzw. neopopulistischer Partei wurde bereits bei der Darstellung der Ansätze von Betz und Taggart im Exkurs hingewiesen. Die Lega als Anti-Parteien-Partei wurde unter Punkt 5.2.4 beschrieben.

6. Die Lega wird von Leonardi und Kovacs (1993, 55) als „new catch-all party“ dargestellt. Diamanti spricht in seiner Studie über die Lega von einer neuen Massenpartei, versteht diese Bezeichnung allerdings mit einem Fragezeichen (Vgl. Diamanti 1993, 96). Ausschlaggebend dafür sind zwei Entwicklungen. Zum einen nähert sich die soziale Zusammensetzung der Lega-Wähler der der Bevölkerung Norditaliens an, zum anderen baut sich die Lega ein Netzwerk an parteinahen Organisationen auf, die die Heranführung der unterschiedlichen sozialen Interessengruppen an die Lega als Massenintegrationspartei leisten sollen. Hier sind vor allem die Gewerkschaften SAL und SAV, der Unternehmerverband Alia und der Katholische Rat zu nennen. Weitere Organisationen sind der Hausbesitzerverband Salpi, der Steuerrat bis hin zu einer Gruppe, die sich um Freizeitangelegenheiten kümmert (Vgl. ebenda, 97; Visentini 1993, 56f u. 99f).⁵⁹ Nach Leonardi und Kovacs (1993, 55 u. 56) repräsentiert die Lega „the archetype of a new generation of political parties... (...) The Lega's version of catch-all party is not based on ideological heterogeneity; ideological positioning is not a relevant issue for it.“

In den sechs aufgezählten Erklärungsansätzen zur Lega zeigt sich zugleich die Karriere dieses vielgesichtigen Phänomens von der rassistischen Bewegung zur catch-all-Partei. Die Literatur zur Lega und zum italienischen Parteiensystem allgemein hinkt zwangsläufig dem Wandel hinterher. Besonders die Charakterisierung der Lega als neue catch-all-Partei spiegelt sehr stark die Situation 1992/93, also vor Gründung von Forza Italia, wider. Diese Einschätzung wird wohl spätestens mit den nächsten Parlamentswahlen, die voraussichtlich 1996 stattfinden, von der Geschichte überholt werden.

⁵⁹ Über diese Organisationen erfährt man in der Literatur kaum mehr, als daß es sie gibt. Der Aufbau dieser Organisationen fand zudem in der expansiven Phase der Lega Anfang der neunziger Jahre statt, so daß sie schwerlich fest in der Gesellschaft verwurzelt sein können. Ihr Überleben ist mit dem weiteren Schicksal der Lega eng verbunden.

7.2.2 Führung und Organisation: strukturelle Überlegungen zur Lega

Ein Problem der Parteienforschung ist die mangelnde Kenntnis des Innenlebens von Parteien. „We know much less about the internal management and the organizational functioning of political parties than we do about their sociocultural base and their external history of participation in public decision-making“, bemerkten Lipset und Rokkan (1967, 51), und fast zwanzig Jahre später war die Forschung in dieser Hinsicht kaum weiter: „...we still need to find out what goes on inside the parties, how decisions are derived at, and how, if at all, they set about adapting to the changing circumstances of contemporary Europe. In short, we need to know what makes parties tick“, so Mair (1983, 429) im Schlußwort des Sammelbandes, zu dem die führenden europäischen Parteienforscher beigetragen haben.

Was die Lega betrifft, so findet man in der Literatur wenig Information über die inneren Strukturen und Entscheidungsprozesse innerhalb der Partei. Nur Bossis quasi-diktatorischer Führungsstil und die daraus resultierende straffe, auf ihn zulaufende Organisation werden beschrieben.

Erhellend ist in diesem Fall der theoretische Ansatz zum „Handlungsraum politischer Organisationen“ der Soziologin und Politikwissenschaftlerin Birgitta Nedelmann (1975), in dem es um die Analyse der Entstehung von Parteien geht. Es können hier nur Teile des gehaltvollen Ansatzes verwendet werden, und zwar diejenigen, die zeigen, wie politische Inhalte bzw. Deutungssysteme und die Rolle von Führungsfiguren zusammenhängen.

Ausgangspunkt der Überlegungen Nedelmanns ist, daß in einem politischen System neu hinzukommende Akteure („Organisationsinnovateure“) zumeist auf den Widerstand der bereits vorhandenen Akteure („Sanktionsträger“) stoßen (Vgl. Nedelmann 1975, 19-24). Dies trifft auch auf das anfängliche Verhältnis zwischen der Lega und den etablierten Parteien in Italien zu. Die Vergemeinschaftungen der politischen Akteure („Situationsdeutungsgemeinschaften“) werden von Nedelmann in vier Typen unterteilt, je nachdem, woran sich ihre Deutung der (politischen) Wirklichkeit orientiert.

Die Lega in ihren Anfängen kann nach dieser Typologie als „personale Bezugsgruppengemeinschaft“ (Ebenda, 37f) bezeichnet werden. An ihrer Spitze steht oft ein charismatischer Führer, der den Gruppenmitgliedern Anleitung und Bezugspunkte zur Situationsdeutung gibt. Bezogen auf die Lega stellte Bossi den „charismatischen Führer“ dar, der seinen politischen Freunden die lombardische Kultur und Arbeitsethik sowie ihre Bedrohung durch „Rom“ vor Augen führte. Damit legte er den Grund des Lega-Gemeinschaftsgefühls. Seine direkte Sprache und die Kraft seiner Rede machten es ihm möglich, daß seine Werthaltungen als Gruppennormen angenommen wurden.

Die Darstellung seines Lebenslaufs⁶⁰ hat diesen Prozeß unterstützt: In seiner Autobiographie stilisiert Bossi sein Zusammentreffen mit dem Führer der Union Valdôtaine, Bruno Salvadori, sozusagen zum Erweckungserlebnis (Vgl. Bossi/Vimercati 1992, 31-35).

Im Laufe ihrer Entwicklung wurden die Vorstellungen der Lega komplexer, ihr Programm konkreter. Insbesondere als das Konzept der drei Makroregionen in Italien vorlag, hatte die Lega Züge einer „politischen Wert- und Normengemeinschaft“ angenommen. Die Mitglieder einer solchen Gemeinschaft werden über ihre gemeinsame Weltanschauung integriert. „In mehr oder minder intensiver Kommunikation über die Inhalte ihres Ideensystems versichern sie sich gegenseitig, ob sie der ‚richtigen‘ Sinnggebung teilhaftig geworden sind“ (Vgl. Nedelmann 1975, 35). Dabei hilft ihnen ein „intellektueller Virtuose“⁶¹, der von der Gruppe als „Interpretationsexperte“ anerkannt ist. Bei der Lega nahm diese Rolle Gianfranco Miglio ein. Er war ihr Vordenker und Stratege. Miglio, Jahrgang 1918, war Professor für Staatsrecht und Ordinarius für Politikwissenschaft an der *Cattolica*, der renommierten Katholischen Universität von Mailand. Er hatte sich mit seinen Publikationen zur Reform der politischen Institutionen Italiens und zum Föderalismus den Ruf eines Theoretikers der Zweiten Republik erworben (Vgl. Visentini 1993, 54; FAZ, 3.8.93). So standen an der Spitze der Lega zwei angesehene Führer: Bossi, respektvoll *il senatùr*, und Miglio, *il professore* genannt. Die Rollenverteilung war allerdings klar. Bossi war der eigentliche Leiter, während Miglio als Berater galt.

Bossi handelte sehr geschickt, wenn es darum ging, seine Partei nach außen und nach innen zu stabilisieren. Er richtete für die Mandatsträger Schulungszentren ein, wo neben Verwaltungsrecht auch gelehrt wurde, wie man mit Medienvertretern umgeht, Pressemitteilungen verfaßt, wie man richtig redet und sich korrekt kleidet. In Rom entstand nach dem Wahlerfolg 1992 ein Studienzentrum für die Abgeordneten und Senatoren, um die Parlamentsarbeit überzeugend zu gestalten. Dort wurden Anträge und Gesetzesvorschläge ausgearbeitet und Analysen angefertigt. Eine Gruppe von jungen Akademikern, vor allem Juristen, stand den Parlamentariern beratend zur Seite – keine besondere Dienstleistung der Lega, sondern eher eine Zentralisierung, wenn man bedenkt, daß das Zentrum mit den Mitteln finanziert wurde, die die Mandatsträger zur Einstellung eines persönlichen Mitarbeiters erhielten (Vgl. Visentini 1993, 60-63).

⁶⁰ Bossi wurde 1941 als Sohn eines Kleinbauers in einem Dorf bei Varese geboren. Er blieb beruflich erfolglos, brach sein Medizinstudium ab und schlug sich mit Gelegenheitsarbeiten durch. Er ist geschieden und lebt heute mit seinem Sohn aus erster Ehe und mit seiner Lebensgefährtin, mit der er zwei weitere Kinder hat, zusammen.

⁶¹ Diesen Begriff prägt Nedelmann für politische Gemeinschaften in Anlehnung an Max Webers Religionssoziologie, wo in bezug auf religiöse Gemeinschaften vom „religiösen Virtuosen“ (M. Weber 1980, 327) gesprochen wird.

Besonders nach der Gründung der Lega Nord griff Bossi hart durch, wenn ihm ein Kreis zu selbständig zu werden schien. Der Parteiausschluß war dabei ein Mittel, auf der Lega-Führer oft zurückgriff. Er schloß z.B. seine Schwester und seinen Schwager aus der Partei aus, die daraufhin ihre eigene Gruppierung, die *Lega alpina*, gründeten. Ein andermal schickte er fünf seiner Getreuen nach Turin, um die lokale Parteiführung zu übernehmen, nachdem sich dort ein Richtungsstreit angebahnt hatte (Vgl. Visentini 1993, 106 u. 108). Die Mitgliedschaft in der Lega war zweigeteilt. Zunächst galt man als „Befürworter“ der Lega und mußte sich im Einsatz für die Sache der Lega bewähren. In der zweiten Stufe, als „Aktivist“, wurde erwartet, daß man mit vollem Engagement Überzeugungsarbeit für die Lega leistet – in Bars und Spielhallen, auf dem Fußballplatz und auf öffentlichen Plätzen (Vgl. Uessler 1992, 1467). Innerparteiliche Mitwirkungsrechte gab es für die Aktivisten nur begrenzt. Es sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, daß in Italien innerparteiliche Demokratie nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. „Alle Entscheidungen über das Vorgehen der Lega auch im kleinsten Dorf, jede Postenbesetzung, jede Kandidatenaufstellung wurde an der Spitze beschlossen“ (Braun 1994, 113). Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß hinsichtlich der Struktur der Lega öfters das Stichwort „Sowjetunion“ fiel, und Braun den Vergleich mit einer „leninistischen Kaderorganisation“ (Ebenda) anstellte.

Es scheint ein Widerspruch zu sein, daß eine so undemokratisch organisierte Partei wie die italienische Lega Nord mit dem Anspruch auftrat, die italienische Demokratie retten zu wollen. Rettung der Demokratie – das bedeutete für Bossi ihre Befreiung von der Partei herrschaft. Und er hat dazu, wie diese Arbeit gezeigt hat, maßgeblich beigetragen. Die Funktion der Lega im italienischen Parteiensystem hängt nicht mit ihrer Binnenstruktur zusammen. Andererseits ist eine Partei nichts ohne ihre Wähler. Der beruflich erfolglose Bossi ist in die Politik gegangen und hat Karriere gemacht. Es mag sein, daß es Begabungen gibt, die sich nur im öffentlichen Leben in Erfolg ummünzen lassen. Bossi hat mit politischem Instinkt Themen aufgegriffen, die den Bürgern auf den Nägeln brannten. Er hat „dem Volk aufs Maul geschaut“ und in volkstümlicher Sprache seine politische Botschaft verkündet. Er unterschied sich mit seiner Kettenraucher-Stimme, unfrisierten Haaren und schlecht gebundener Krawatte von den etablierten Politikern (und diente deshalb in seinen Schulungszentren nicht als Vorbild). Seine Partei war der Hebel, mit dem das Volk das alte System aus den Angeln heben konnte.

In Berlusconi's Regierungskoalition hat sich die Lega schwergetan, trotzdem war der Koalitionsbruch wohl Bossi's größter Fehler. Er brachte damit viele der Lega-Abgeordneten und Senatoren gegen sich auf. Sie fürchteten um ihr Mandat, falls es zu Neuwahlen kommen sollte. Die Zahl der Fraktionsmitglieder der Lega in Kammer und Senat war von insgesamt 177 unmittelbar nach der Wahl in knapp einem Jahr durch

Fraktionsaustritte auf 120 gesunken. Bossis Führungsanspruch innerhalb der Lega litt unter der „Veralltäglichen des Charisma“ (Vgl. M. Weber 1980, 142f). Auf dem Parteikongreß im Februar 1995 konnte sich der Lega-Chef an der Spitze behaupten – vor allem dank der lautstarken und handfesten Unterstützung durch Lega-Aktivisten (z.B. wurde der Abgeordnete und Bossi-Kritiker Flavio Caselli mit Fäusten vom Rednerpult vertrieben; vgl. SZ, 14.2.95). Aber es war ein „Pyrrhussieg“ (NZZ, 14.2.95). Roberto Maroni, Vize-Ministerpräsident in der Regierung Berlusconi und Gründungsmitglied der Lega 1982, kündigte seinen Rückzug aus dem Parlament an, und eine Reihe von Abgeordneten und Senatoren gründete die *Lega federalista* – mit dem Wohlwollen Berlusconis, wie zu hören war (und das bedeutete konkret: ein Bündnisangebot mit der Zusicherung aussichtsreicher Wahlkreise). Die Lega hat ihre Schuldigkeit getan – kann die Lega gehen?

8 Schluß

Es erscheint mir nicht angebracht, diese Arbeit mit einem Fragezeichen zu beschließen. Aber genausowenig kann ein endgültiges Ergebnis an ihrem Ende stehen. Die italienische Parteienlandschaft ist weiterhin in Bewegung. Bei den Europawahlen 1994, die noch einmal nach dem alten Verhältniswahlrecht abgehalten wurden, fiel die Lega auf 6,6% zurück. Bei den Kommunalwahlen im April 1995 erlitt sie ebenfalls Verluste, und bei den jüngsten Kommunalwahlen am 21. November 1995 brachte die Lega nicht einen einzigen Kandidaten in die Stichwahl. Im Parlament unterstützt sie zurzeit zusammen mit den Mitte-links-Fraktionen die Regierung des parteilosen Lamberto Dini. Bei den nächsten nationalen Wahlen wird die Lega Nord aller Voraussicht nach gegen Forza Italia antreten. Ob allein oder als Partner eines *centro-sinistra*-Bündnisses muß sich noch herausstellen. Bossi versucht, in die Mitte zu rücken (Vgl. La Repubblica, 11.5.95), um dort den schmalen Raum einzunehmen, den die Wettbewerbslogik des neuen Wahlrechts in der Mitte des Parteiensystems zuläßt. Die Zukunft der Lega Nord ist ungewiß.

Aber auch bei den übrigen italienischen Parteien ist keine Ruhe eingeleitet. Auf der Linken hat Massimo D'Alema anstelle Achille Occhetto die Führung des PDS übernommen. D'Alema steht für eine neue Generation von Politikern in der PDS, deren Partei-Karrieren wenig in die Zeit des PCI hineinragen.

Auf dem Parteikongreß von AN-MSI im Januar 1995 löste sich der neofaschistische MSI offiziell auf, und die neue Rechtspartei Alleanza Nazionale wurde offiziell gegründet. AN-Führer Gianfranco Fini bekannte sich zu Demokratie und Marktwirtschaft und drohte Gegnern seines neuen Kurses mit Parteiausschluß (Vgl. SZ, 30.1.95; NZZ, 31.1.95). Anfang Februar 1995 kündigte Romano Prodi, Wirtschaftsprofessor, Sanierer der Staatsholding IRI und ehemaliges DC-Mitglied, seinen Eintritt in die Politik an. Als Spitzenkandidat eines Mitte-links-Bündnisses wurde er zum direkten Herausforderer Berlusconi (Vgl. NZZ, 9.2.95).

Prodis Kandidatur brachte wiederum die christdemokratische Nachfolge-Partei PPI in die Krise. Der Philosophieprofessor Rocco Buttiglione, der 1994 Mino Martinazzoli an der Spitze des PPI abgelöst hatte, tendierte zu einem Bündnis mit Berlusconi, während der linke PPI-Flügel Prodi unterstützen wollte. Buttiglione erkannte ein Abstimmungsergebnis, das mit 99 zu 102 Stimmen seinen Kurs ablehnte, nicht an. Daraufhin wählte der linke Flügel kurzerhand Gerardo Bianco zum Gegenparteiensekretär (Vgl. FAZ, 18.3.95). Im Juli 1995 erfolgte schließlich die Spaltung. Buttiglione gründete die zur Rechten tendierende CDU (*Cristiani Democratici Uniti*), während Bianco und der PPI sich nach links orientierten (Vgl. FAZ, 25.7.95). Die jahrzehntelang dominierende DC hat sich damit in fünf Nachfolgeparteien bzw. Abspaltungen aufgeteilt: PPI, Patto Segni, CS, CCD und CDU. Der „Systemkern“

(*system ,core‘*; Smith 1990, 161) des alten italienischen Parteiensystems hat sich aufgelöst, und gerade darin kommt der Umbruch in Italien als *transformation* (Smith 1989, 353f) zum Ausdruck.

Diese Entwicklung zeigt auch, daß das relative Mehrheitswahlrecht seinen Tribut fordert. Die Wettbewerbslogik dieses Systems führt zu einer Erosion der Mitte-Position. Die Spaltung der DC erfolgte dementsprechend entlang einer Linie, die mitten durch die Partei ging. Für die ehemals große Volkspartei der Mitte war es eine Überlebensfrage, sich einem der beiden Pole anzuschließen. Ein tripolares System mit drei gleichwertigen Polen ist in einem Mehrheitswahlsystem unwahrscheinlich. Der Trend zur Bipolarisierung des italienischen Parteiensystems ist unverkennbar. Sollten sich bei den nächsten Wahlen Prodi und Berlusconi als Spitzenkandidaten einer Mitte-links-Allianz bzw. Mitte-rechts-Allianz gegenüberstehen, so hätten die italienischen Reformer eines ihrer Ziele erreicht: Das Wahlvolk hätte dann direkten Einfluß auf die Wahl des Ministerpräsidenten und auf die Regierungsbildung. Auf längere Sicht ist eine Konzentration durch Fusion oder Verschwinden von Parteien wahrscheinlich, so daß die Zahl der Parteien im Parlament rückläufig wäre und eindeutige Mehrheiten entstehen könnten. Bis dahin müssen jedoch noch mehrere Wahlen mit dem neuen Wahlrecht stattfinden.

Es ist allerdings fraglich, ob das Mehrheitswahlrecht für Italien das „richtige“ ist. Calise (1993, 557) hat darauf hingewiesen, daß die konsoziative Demokratie für Italien gut war, solange die Intensität der gesellschaftlichen Konflikte hoch war. Nachdem Ende der 80er Jahre der Konfessions- und der Klassen-*cleavage* an Bedeutung verloren hatten, schien der Übergang zum Mehrheitswahlrecht theoretisch keine Probleme mehr aufzuwerfen – wenn da nicht die Lega den Zentrum-Peripherie-Konflikt angeheizt hätte: „Here was no longer a homogeneous society emerging from its past cleavages, but a bitterly divided nation on the verge of losing its very political unity“ (Calise 1993, 558). Der rückläufige Wählerzuspruch für die Lega könnte dieses Problem lösen. Aber ein anderer Einwand gegen das Mehrheitswahlrecht als adäquates System für Italien läßt sich nicht so leicht aus der Welt schaffen: die ökonomischen und kulturellen Unterschiede zwischen dem rückständigen, „byzantinischen“ Süden und dem hochentwickelten, modern-rationalen Norden Italiens. Nach Nohlen (1989, 127; in Anlehnung an Tocqueville) gehört zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anwendung des Mehrheitsprinzips „die Abwesenheit zu starker innerstaatlicher ökonomisch-industrieller Entwicklungsunterschiede.“ Ob das neue italienische Wahlrecht deshalb desintegrierend wirkt, muß sich erst noch herausstellen. Denn eine weitere Voraussetzung – die Zustimmung der Bevölkerung zum Mehrheitsprinzip – ist durch das Referendum zum Senatswahlrecht gegeben. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Entscheidungsgrundlage die Abwahl des alten Systems war. Im Vordergrund der Wahlrechtsdiskussion stand der Wunsch nach verlässlichen

Parlamentmehrheiten und nach einem klaren Wählerauftrag für die Regierungsbildung. Vielleicht hätte die Einfügung einer Sperrklausel in das alte Verhältniswahlrecht längerfristig diesen Wunsch genauso erfüllt, aber das wäre auf dem Referendumsweg nicht möglich gewesen.

Die Kristallisationskerne der Bipolarisierung sind der PDS auf der Linken und Forza Italia auf der Rechten – nicht zuletzt deswegen, weil sie über die größten Ressourcen und eine gut entwickelte Infrastruktur verfügen: „In Italien zählt Organisationsmacht“ (Pasquino 1994a, 393).⁶² Der Vergleich der Organisationsstruktur der beiden Parteien gibt zu denken. Der PDS trägt auch nach seiner Umwandlung die Züge einer Mitgliederpartei und einer Programmpartei. Er ist in mehreren Ebenen nach dem Delegiertenprinzip organisiert und hält gemäß Satzung Parteitage ab. In diesem Sinne ist er ein „Dinosaurier der Demokratie“ (Jürgen Rüttgers). Forza Italia dagegen hat weder einen Parteitag abgehalten noch gab es irgendwelche Vorstandswahlen. Berlusconi ist selbsternannter Präsident der Partei. Er hat die Parteiführung durch Kooptation von Personen, die zumeist aus seinen Unternehmen stammen, gebildet (Vgl. Seißelberg 1995, 213; ZEIT, 6.5.94). Forza Italia versteht sich selbst als Bewegung. Im politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch ist sie sehr wohl eine Partei, wie Seißelberg (1995, 205-207) darstellt.

Die Kommunikation von Forza Italia mit der Basis und den Bürgern erfolgt über die Medien. Durch das unternehmenseigene Umfrageinstitut *Diakron* ist Berlusconi stets über die Einstellungen der Wähler informiert. Politik ist für ihn ein Produkt, das richtig vermarktet werden muß (zum „Politik-Marketing“ vgl. ebenda, 216-218). Die Slogans sind entsprechend oberflächlich, um eine breite Zielgruppe anzusprechen. Die Integration der Gesellschaft soll also nicht länger durch ein ausgefeiltes Grundsatzzprogramm, sondern durch einfache Werbebotschaften bewerkstelligt werden. Ist das die *catch-all*-Partei der Zukunft? An dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß Taggart (1995, 45; s. Exkurs) Forza Italia typologisch den neo-populistischen Parteien zuordnet. Der Umbruch in Italien hat es mit sich gebracht, daß zum ersten Mal in einer westlichen Demokratie eine Partei dieses Typs von den Wählern zur stärksten Partei gemacht wurde und die Regierung stellen konnte. Möglich war der Aufstieg Berlusconis indes nur, weil der Zerfall der DC ein Vakuum im Parteiensystem hinterlassen hatte, das Lega Nord und AN-MSI nicht allein ausfüllen konnten. Forza Italia zeigt, welche Natur eine Partei haben kann, die in der Informationsgesellschaft neu

⁶² PDS und Forza Italia sind im Moment auch die einzigen italienischen Parteien, die im Internet vertreten sind. Der PDS (<http://www.pds.it/>) nur in italienischer Sprache, Forza Italia (<http://www.iunet.it:8988/~forza-it/inglese/index.html>) auch in Englisch. Beide Angebote befinden sich im Aufbau. Beim PDS kann man z.B. alle Reden, die auf dem letzten Parteitag gehalten wurden, nachlesen, bekommt Informationen zu den Kandidaten, und es gibt eine Dokumentation von Wahlergebnissen. Forza Italia bietet die Geschichte der Partei, ferner einen Pressespiegel, programmatische Statements, ein elektronisches Partei-Magazin und Äußerungen von Abgeordneten.

entsteht: charismatischer Führer, einfache Botschaften, d.h. Personalisierung und Entsachlichung. Das bedeutet jedoch nicht, daß die traditionellen Volksparteien in Europa mit Notwendigkeit genau denselben Weg gehen müssen, um in der Medien- und Stimmungsdemokratie überleben zu können. Klar ist jedenfalls – und das zeigt wiederum der Niedergang der DC –, daß die traditionellen Parteien zu Reformen und Anpassung fähig sein müssen *und* daß der Zeitpunkt dafür nicht gleichgültig ist.

Die Demokratie selbst war in der Umbruchsphase 1992/94 zu keinem Zeitpunkt in Gefahr. Eine Transformation des Parteiensystems ohne Gefährdung des gesamten politischen Systems ist selten. Solch ein Ereignis hat in der Nachkriegszeit nur in Frankreich 1958 stattgefunden: „In all other cases where a general transformation of a party system has occurred, the process has spilled over into a wider disruption“ (Calise 1993, 546).⁶³ Glaubt man den Aussagen italienischer Politiker, so ist Italien in eine wahrhaft postideologische Phase eingetreten. Parteivertreter aller Couleur sagen von sich: *Sono liberal-democratico*.⁶⁴ Das Regieren ist dadurch nicht einfacher geworden. Die italienischen Parlamentarier haben gegen Dinis Haushalt für 1996, der moderate Einsparungen vorsieht, 4.000 Änderungsvorschläge eingebracht (Vgl. FAZ, 14.12.95). Soll der Haushalt rechtzeitig verabschiedet werden, muß der parteilose „Dini, der Außerirdische“ (ZEIT, 17.2.95) die Fraktionschefs der Parteien zur Rücknahme der Änderungswünsche bewegen. Im parlamentarischen Prozeß hat sich bisher wenig geändert. Die „Experten-“ oder „Technokratenregierungen“, von denen jede bisher ihren Übergangscharakter betont hat, scheinen zum probaten und dauernden Mittel zu werden, Italien regierbar zu halten. Im Grunde genommen ist das eine Art Quasi-Präsidentalismus. Der Reformvorschlag, Italien zu einer präsidentiellen Demokratie zu machen, ist denn auch nicht von der Tagesordnung verschwunden.

Die anstehenden Probleme sind indes anderer Art: die Reform der Rentenversicherung und die Sanierung der Staatsfinanzen stehen an erster Stelle. Die Leistungs- und Effizienzsteigerung der italienischen Bürokratie läßt auf sich warten, und immer noch werden neue Korruptionsfälle bekannt. „Italien – War alles umsonst?“, war der Leitartikel der FAZ vom 8.12.95 überschrieben, in dem die Resignation vieler Italiener zum Ausdruck kommt. In Italien muß sich die Einsicht, daß man jahrelang über die Verhältnisse gelebt hat, erst noch durchsetzen. Allzulange hat man die italienische Art zu regieren mit der italienischen Lebenskunst erklärt, und das Durchwursteln zur „nationalen Tugend verklärt“, wie Petersen (1995, 194; in Anlehnung an Norberto Bobbio) bemerkt. Italienische Wirtschaftsfachleute und Unternehmer stellen fest, daß Italien dabei ist, den Anschluß an Europa zu verlieren. Schon heute ist klar, daß

⁶³ Calise (Ebenda) schlägt deshalb vor, den theoretischen Ansatz zum Wandel von Parteiensystemen von Gordon Smith durch die fünfte Kategorie „system discontinuity“ zu ergänzen.

⁶⁴ So stellte es Dr. Michael Braun auf einem Vortrag am 6.11.1995 vor der Deutsch-italienischen Dante Alighieri Gesellschaft Regensburg dar.

Italien aus wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Gründen auf keinen Fall an der Währungsunion teilnehmen kann. Das Land erfüllt 1995 keines der Konvergenzkriterien, das Haushaltsdefizit wird ca. 8% des BIP betragen, die Staatsschulden 124% des BIP (Vgl. ZEIT, 6.10.95).

„So, wie es in Italien war, konnte es nicht bleiben. So, wie es ist, wird es nicht bleiben, und so, wie es sein sollte, wird es leider nicht werden“ (Petersen 1995, 194). Die Erste Republik war gekennzeichnet durch den Grundsatz der proportionalen Repräsentation und das konsoziative Arrangement der politischen Parteien in einem System, zu dem die größte kommunistische Partei Westeuropas gehörte. Mit dem Ende der Nachkriegsära 1989/91 hatte es seine Legitimation verloren. Die Unfähigkeit der Parteien zur Selbstreform und zur Reform des politischen Systems führte letztlich dazu, daß neue Parteien wie die Lega Nord, die Justiz und die Referendumsbewegung das alte System aus den Angeln hoben. Mit der Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts mit partiellem Verhältnisausgleich und mit der Transformation des italienischen Parteiensystems hat die Zweite Republik begonnen. Die Formationsphase des neuen Parteiensystems ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Zweite italienische Republik bietet die Chance für demokratische Machtwechsel und stabile Regierungen. Aber sie wird auch in vielem ihrer Vorgängerin ähneln. Es bleibt für Italien als europäischem Partner zu wünschen und für Italien als Nation zu hoffen, daß aus den Reihen seiner Parteien Politiker hervorgehen, die die Leidenschaft für die Politik mit dem Augenmaß für soziale und ökonomische Daten verbinden.

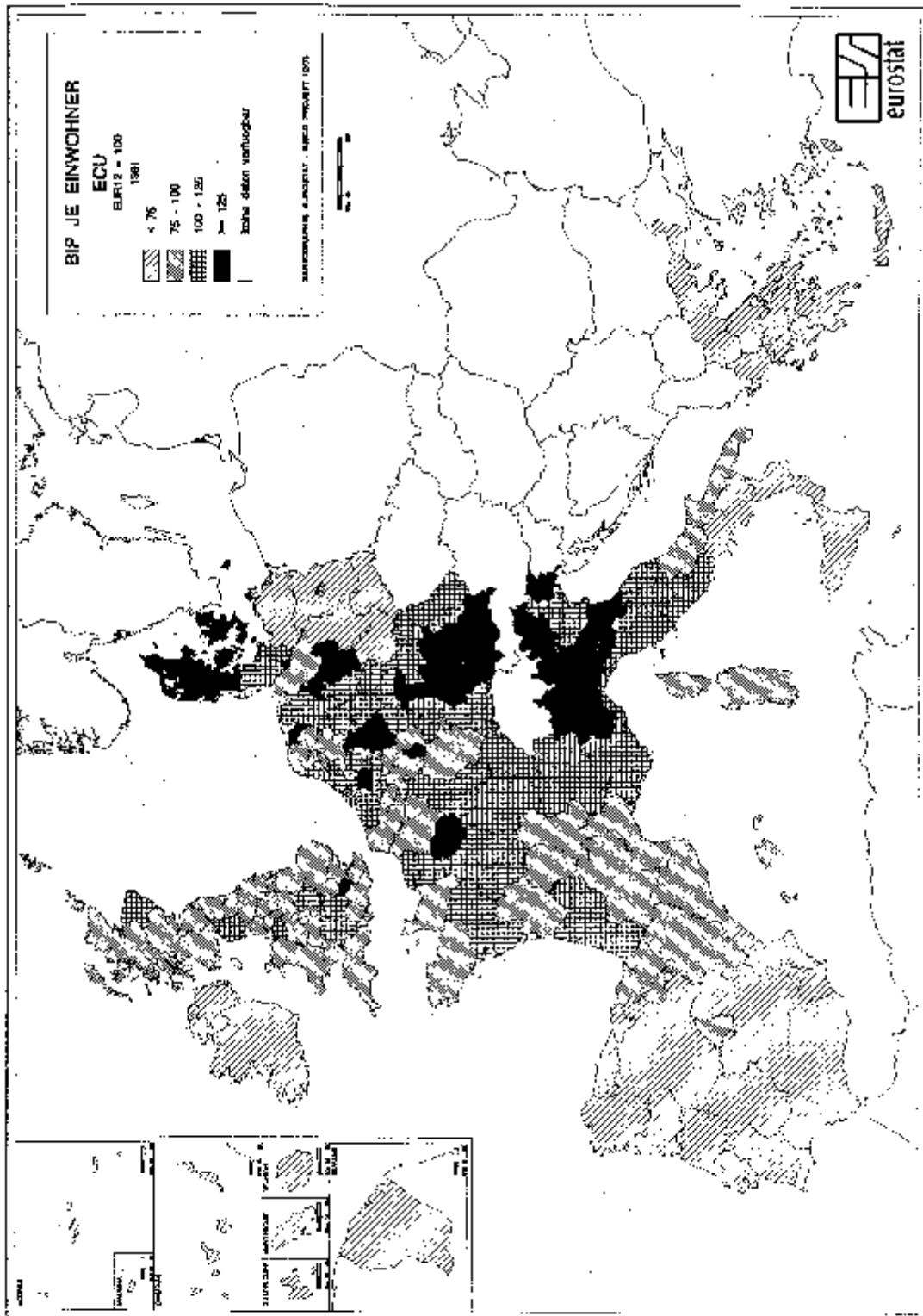
Anhang**Karte der 20 Regionen Italiens**

(Quelle: Wieser/Spotts 1988, 306)



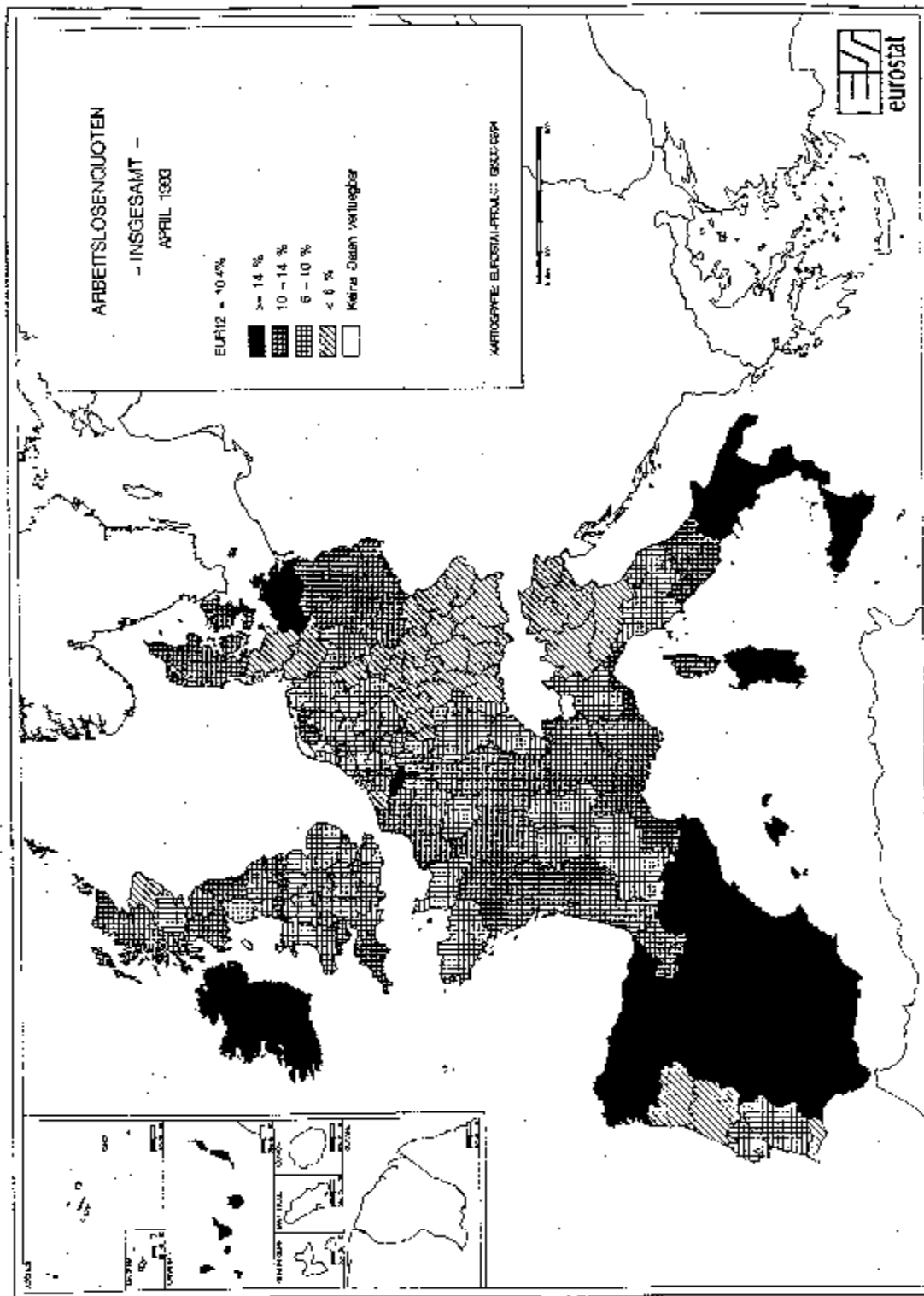
BIP je Einwohner der Regionen der EU

(Quelle: Eurostat Schnellberichte Regionen 1994/1)



Arbeitslosenquoten in den Regionen der EU

(Quelle: Eurostat Schnellberichte Regionen 1994/2)



Wahlergebnisse der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 1948-1992

(Quelle: Braun 1994, 185)

	1948	1953	1958	1963	1968	1972	1976	1979	1983	1987	1992
Wahlbet.	92,9	93,8	93,8	92,9	92,8	93,2	93,4	90,6	89,0	88,9	87,2
ungült. Stimmen	2,2	4,6	2,9	3,2	3,6	3,2	2,7	4,1	5,8	4,9	5,2
DC	48,5	40,1	42,3	38,3	39,1	38,7	38,7	38,3	32,9	34,3	29,7
PRI	2,5	1,6	1,4	1,4	2,0	2,9	3,1	3,0	5,1	3,7	4,4
PLI	3,8	3,0	3,5	3,5	5,8	3,9	1,3	1,9	2,9	2,1	2,8
PSDI	7,1	4,5	4,6	6,1	14,5 ²⁾	5,1	3,4	3,8	4,1	2,9	2,7
PSI	31,0 ¹⁾	12,7	14,2	13,8		9,6	9,6	9,8	11,4	14,3	13,6
PCI		22,6	22,7	25,3	26,9	27,1	34,4	30,4	29,9	26,6	
PDS											16,1
RC											5,6
PSIUP					4,4	1,9					
DP							1,5	1,4	1,5	1,7	
PR							1,1	3,5	2,2	2,6	1,2 ³⁾
Verdi										2,6	2,8
La Rete											1,9
MSI	2,0	5,8	4,8	5,1	4,5	8,7	6,1	5,3	6,8	5,9	5,4
Monarch.	2,8	6,9	4,8	1,7	1,3						
Lega Nord										0,5	8,7

¹ Einheitsliste von PCI und PSI

² Resultat der 1966 aus dem Zusammenschluß von PSI und PSDI hervorgegangenen Partito Socialista Unificato

³ Kandidatur unter dem Namen Lista Pannella

DC: Democrazia Cristiana (Christdemokratie); **PRI:** Partito Repubblicano Italiano (Republikanische Partei Italiens); **PLI:** Partito Liberale Italiano (Liberaler Partei Italiens); **PSDI:** Partito Socialista Democratico Italiano (Sozialdemokratische Partei Italiens); **PCI:** Partito Comunista Italiano (Kommunistische Partei Italiens); **PDS:** Partito Democratico della Sinistra (Demokratische Linkspartei); **RC:** Rifondazione Comunista (Kommunistische Neugründung); **PSIUP:** Partito Socialista Italiano dell'Unità Proletaria (Sozialistische Partei Italiens der proletarischen Einheit); **DP:** Democrazia Proletaria (Proletarische Demokratie); **PR:** Partito Radicale (Radikale Partei); **Verdi** (Die Grünen); **La Rete** (Das Netz); **MSI:** Movimento Sociale Italiano (Italienische Sozialbewegung); **Monarch.:** Monarchici (Monarchisten); **Lega Nord** (Nordliga)

Die italienischen Regierungen (1944-1995)

(Quelle: Chiellino/Marchio/Rongoni 1995, 292-293)

Die Regierungen des Nationalen Befreiungskomitees CLN (1944-1946):

Bonomi I (18. 6. - 12. 12. 1944): PDdL, DC, PCI, PSIUR, Pd'A, PLI
 Bonomi II (12. 12. 1944 - 21. 6. 1945): PDdL, DC, PCI, Pd'A, PLI, PSIUR
 Patri (21. 6. 1945 - 10. 12. 1945): Pd'A, DC, PCI, PSIUR, PLI, DI
 De Gasperi I (10. 12. 1945 - 13. 7. 1946): DC, PCI, PSIUR, Pd'A, PLI, DI

Die Regierungen der Ersten Republik (1946-1994):

Präsident	Koalition	Amtszeit	Tage	Krisen- dauer
De Gasperi II	DC - PCI - PSI - PRI	13. 7. 46 - 28. 1. 47	191	13
De Gasperi III	DC - PCI - PSI	2. 2. 47 - 13. 5. 47	100	18
De Gasperi IV	DC - PLI - PSLI - PRI	31. 5. 47 - 12. 5. 48	347	11
De Gasperi V	DC - PLI - PSLI - PRI	23. 5. 48 - 12. 1. 50	599	15
De Gasperi VI	DC - PSI I - PRI	27. 1. 50 - 16. 7. 51	535	18
De Gasperi VII	DC - PRI	26. 7. 51 - 29. 6. 53	704	17
De Gasperi VIII	DC	16. 7. 53 - 28. 7. 53	12	28
Pella	DC	17. 8. 53 - 5. 1. 54	141	18
Fanfani I	DC	18. 1. 54 - 12. 1. 54	12	11
Scelba	DC - PSDI - PLI	10. 2. 54 - 22. 6. 55	437	14
Segni I	DC - PSDI - PLI	6. 7. 55 - 6. 5. 57	670	13
Zoli	DC	19. 5. 57 - 19. 6. 58	396	12
Fanfani II	DC - PSDI	1. 7. 58 - 26. 1. 59	209	20
Segni II	DC	15. 2. 59 - 24. 2. 60	374	30
Tamburini	DC	25. 3. 60 - 19. 7. 60	116	7
Fanfani III	DC	26. 7. 60 - 2. 2. 62	556	19
Fanfani IV	DC - PSDI - PRI	21. 2. 62 - 16. 5. 63	449	36
Leone I	DC	21. 6. 63 - 5. 11. 63	137	28
Moro I	DC - PSI - PSDI - PRI	4. 12. 63 - 26. 6. 64	205	26
Moro II	DC - PSI - PSDI - PRI	22. 7. 64 - 21. 1. 66	548	33
Moro III	DC - PSI - PSDI - PRI	23. 2. 66 - 5. 6. 68	833	19
Leone II	DC	24. 6. 68 - 19. 11. 68	148	23
Rumor I	DC - PSU - PRI	12. 12. 68 - 5. 7. 69	205	31
Rumor II	DC	5. 8. 69 - 7. 2. 70	186	48
Rumor III	DC - PSI - PSDI - PRI	27. 3. 70 - 6. 7. 70	181	31
Colombo	DC - PSI - PSDI - PRI	6. 8. 70 - 15. 1. 72	327	33
Andreotti I	DC	17. 2. 72 - 26. 2. 72	9	121
Andreotti II	DC - PSDI - PLI	26. 6. 72 - 12. 6. 73	351	38
Rumor IV	DC - PSI - PSDI - PRI	7. 7. 73 - 2. 3. 74	238	12
Rumor V	DC - PSI - PSDI	14. 3. 74 - 3. 8. 74	283	51
Moro IV	DC - PRI	23. 11. 74 - 7. 1. 76	418	36
Moro V	DC	12. 2. 76 - 30. 4. 76	72	90
Andreotti III	DC	29. 7. 76 - 16. 1. 78	536	55
Andreotti IV	DC	11. 3. 78 - 31. 1. 79	326	48
Andreotti V	DC - PRI - PSDI	20. 2. 79 - 3. 3. 79	11	126
Cossiga I	DC - PSDI - PLI	4. 8. 79 - 19. 3. 80	228	16
Cossiga II	DC - PSI - PRI	4. 4. 80 - 28. 9. 80	179	28
Forlani	DC - PSI - PRI - PSDI	18. 10. 80 - 26. 5. 81	220	33
Spadolini I	PRI - DC - PSI - PSDI - PLI	28. 6. 81 - 7. 8. 82	405	16
Spadolini II	PRI - DC - PSI - PSDI - PLI	23. 8. 82 - 13. 11. 82	82	18
Fanfani V	DC - PSI - PSDI - PLI	1. 12. 82 - 24. 4. 83	149	101
Croci I	PSI - DC - PSDI - PLI - PRI	4. 8. 83 - 27. 6. 86	1048	34
Croci II	PSI - DC - PSDI - PLI - PRI	1. 8. 86 - 3. 3. 87	215	45
Fanfani VI	DC	27. 4. 87 - 28. 4. 87	11	90
Goria I	DC - PSI - PSDI - PLI - PRI	28. 7. 87 - 11. 3. 88	227	33
De Mita I	DC - PSI - PSDI - PLI - PRI	13. 4. 88 - 19. 5. 89	364	84
Andreotti VI	DC - PSI - PSDI - PLI - PRI	23. 7. 89 - 29. 3. 91	615	16
Andreotti VII	DC - PSI - PSDI - PLI	13. 4. 91 - 29. 3. 92	946	90
Amato	PSI - DC - PSDI - PLI	28. 6. 92 - 19. 4. 93	296	10
Ciampi	Parteilos	29. 4. 93 - 13. 1. 94	259	149

Die Regierungen der Zweiten Republik (ab 1994):

Berlusconi	Polo della libertà - Polo del buon governo	11. 5. 94 - 21. 12. 94	225	34
Dini	Parteilos	seit 25. 1. 95		

Literaturverzeichnis

Verfassungstext

Verfassung der Republik Italien. In: Die Verfassungen der EG-Mitgliedstaaten. Textausgabe m. e. Einf. u. e. Sachverz. v. Adolf Kimmel. 2. Aufl., München 1990, 207-234.

Statistische Materialien

Brettschneider, Frank u.a. (Zus.stellung): Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. In: Gabriel, Oscar W./Ders. (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte. 2., überarb. u. erw. Aufl., Bonn 1994, 441-626.

Eurostat Schnellberichte Regionen.

1994, 1: Das BIP je Einwohner in den Regionen der Europäischen Union.

1994, 2: Die Arbeitslosigkeit in den Regionen der Europäischen Union im Jahre 1993.

Documentary Appendix. Compiled by Rosalba Salvato. In: Mershon, Carol/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Italian Politics: Ending the First Republic. (= Italian Politics: A Review. Vol.9, Boulder, CO 1995, 217-245.

Documentary Appendix. Compiled by Sara Romano. In: Hellman, Stephen/ Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Italian Politics: A Review. Vol.8, London 1993, 192-228.

[Die Spalte mit den prozentualen Wahlergebnissen 1992 auf S.205 ist falsch berechnet. Sofern Zahlen daraus zitiert werden, handelt es sich um eigene Nachberechnungen. V. L.]

Documentary Appendix. Compiled by Sara Romano. In: Hellman, Stephen/ Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Italian Politics: A Review. Vol.7, London 1992, 199-232.

Lexikonartikel

Pipers Wörterbuch zur Politik. Bd.1: Politikwissenschaft. Theorien - Methoden - Begriffe. Hg. v. Dieter Nohlen u. Rainer-Olaf Schultze. München/Zürich 1985. Darin:
 „Partei“ (Rainer-Olaf Schultze), 656-660.
 „Parteiensoziologie“ (Alf Mintzel), 661-665.
 „Parteienstaat“ (Alf Mintzel), 665-666.
 „Parteiensystem“ (Elmar Wiesendahl), 666-671.

Sekundärliteratur

Besson/Bibes 1993

Besson, Jean/Bibes, Geneviève: The General Elections of April 1992. In: Hellman, Stephen/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Italian Politics: A Review. Vol.8, London 1993, 13-33.

Betz 1993

Betz, Hans-Georg: The New Politics of Resentment. Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe. In: Comparative Politics 25 (1992/93) 4, 413-427.

von Beyme 1984

Beyme, Klaus von: Parteien in westlichen Demokratien. 2., überarb. Aufl., München/Zürich 1984.

Bobbio 1994

Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin 1994. (est: Destra e Sinistra <dt.>)

Braun 1994

Braun, Michael: Italiens politische Zukunft. Frankfurt/M. 1994.

Braun 1992

Braun, Michael: Rechtsextremismus und Rassismus in Italien. In: Butterwegge, Christoph/Jäger, Siegfried (Hrsg.): Rassismus in Europa. Köln 1992, 119-134.

Bredthauer 1994

Bredthauer, Karl D.: Keine Angst, sagen die Sieger. Italienische Nachwahldebatten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 39 (1994) 5, 556-565.

Bull/Newell 1995

Bull, Martin J./Newell, James L.: Italy Changes Course? The 1994 Elections and the Victory of the Right. In: Parliamentary Affairs 48 (1995) 1, 72-99.

Bull/Newell 1993

Bull, Martin J./Newell, James L.: Italian Politics and the 1992 Elections: From „Stable Instability“ to Instability and Change. In: Parliamentary Affairs 46 (1993) 2, 203-227.

Caciagli 1988

Caciagli, Mario: Klientelismus versus Weiß und Rot. In: Universitas 43 (1988), 1045-1055.

Caciagli 1987

Caciagli, Mario: Ein „roter“ Bezirk in der „roten“ Toskana: Entstehung und Persistenz politischer Subkulturen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18 (1987) 4, 512-522.

Calise 1994

Calise, Mauro: The Italian Particracy: Beyond President and Parliament. In: Political Science Quarterly 109 (1994) 3, 441-460.

Calise 1993

Calise, Mauro: Remaking the Italian Party System: How Lijphart Got It Wrong by Saying It Right. In: *West European Politics* 16 (1993) 4, 545-560.

Corbetta 1993

Corbetta, Piergorgio: La Lega e lo sfaldamento del sistema. [Die Lega und der Zerfall des Systems.] In: *Polis* 7 (1993) 2, 229-252.

Chiellino/Marchio/Rongoni 1995

Chiellino, Carmine/Marchio, Fernando/Rongoni, Giocondo: Italien. (Beck'sche Reihe 821: Länder) 3., neuberab. Aufl., München 1995.

I. Daalder 1983

Daalder, Ivo H.: The Italian Party System in Transition: The End of Polarized Pluralism? In: *West European Politics* 6 (1983) 3, 216-236.

Della Porta 1993

Della Porta, Donatella: Bewegungen und Protest in Italien. Mögliche Szenarien für die 90er Jahre. In: *Forschungsjournal neue soziale Bewegungen* 6 (1993) 1, 56-68.

Diamanti 1993

Diamanti, Ilvo: La Lega. Geografia, storia e sociologica di un nuovo soggetto politico. [Die Lega. Geographie, Geschichte und Soziologie eines neuen politischen Gegenstandes.] Roma 1993.

Diani/Melucci 1991

Diani, Mario/Melucci, Alberto: The Growth of an Autonomous Research Field: Social Movement Studies in Italy. In: Rucht, Dieter (Hrsg.): *Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA*. Frankfurt/M. u. Boulder, CO 1991, 149-174.

Donovan 1992

Donovan, Mark: A Party System in Transformation: The April 1992 Italian Election. In: *West European Politics* 15 (1992) 4, 170-177.

Donovan 1990

Donovan, Mark: Party Strategy and Centre Domination in Italy. In: Mair, Peter/Smith, Gordon (Hrsg.): *Understanding Party System Change in Western Europe*. London 1990, 114-128.

Dreier 1995

Dreier, Volker: La Lega Nord. Morphologie, Entwicklung, Erfolg und Zukunft eines politischen Chamäleons. In: *Neue Politische Literatur* 40 (1995) 1, 106-115.

Farneti 1985

Farneti, Paolo: *The Italian Party System (1945-1980)*. Ed. by S. E. Finer and Alfio Mastropaolo with Foreword by Hans Daalder. London 1985.

Flanagan 1987

Flanagan, Scott C.: Value Change in Industrial Societies. In: *American Political Science Review* 81 (1987) 4, 1303-1319.

Follini 1993

Follini, Marco: Christian Democracy: Extreme Remedies for Extreme Problems? In: Hellman, Stephen/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Italian Politics: A Review. Vol.8, London 1993, 83-97.

Freund 1995

Freund, Norbert: Wahlsystemreform in Italien. In: Jahrbuch für Politik 5 (1995) 1, 43-65.

Furlong 1992

Furlong, Paul: The Extreme Right in Italy: Old Orders and Dangerous Novelties. In: Parliamentary Affairs 45 (1992) 3, 345-356.

Gallagher 1994

Gallagher, Tom: The Regional Dimension in Italy's Political Upheaval: Role of the Northern League 1984-1993. In: Parliamentary Affairs 47 (1994) 4, 456-468.

Gallagher 1993

Gallagher, Tom: The Rise of the Regional Leagues in Italy. In: Regional Politics & Policy 3 (1993) 2, 65-87.

Gilbert 1993

Gilbert, Mark: Warriors of the New Pontida: The Challenge of the Lega Nord to the Italian Party System. In: Political Quarterly 64 (1993) 1, 99-106.

Hausmann 1994

Hausmann, Ulrich: Italienische Zustände. Oder: Das Ende der blockierten Demokratie? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 39 (1994) 1, 69-76.

Hellman 1992

Hellman, Stephen: The Difficult Birth of the Democratic Party of the Left. In: Ders./Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Italian Politics: A Review. Vol.7, London 1992, 68-86.

Hellman/Pasquino 1993

Hellman, Stephen/Pasquino, Gianfranco: Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Italian Politics: A Review. Vol.8, London 1993, 1-12.

Helms 1994

Helms, Ludger: Strukturwandel im italienischen Parteiensystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B34/94, 28-37.

Herbert 1988

Herbert, Willi: Wertwandel in den 80er Jahren. Entwicklung eines neuen Wertmusters? In: Luthe, Heinz Otto/Meulemann, Heiner (Hrsg.): Wertwandel - Faktum oder Fiktion? Bestandsaufnahmen und Diagnosen aus kultursoziologischer Sicht. Frankfurt/New York 1988, 140-160.

Inglehart 1987

Inglehart, Ronald: Value Change in Industrial Societies. In: American Political Science Review 81 (1987) 4, 1289-1303.

Jacobs 1989

Jacobs, Francis: Italy. In: Ders. (Hrsg.): *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide*. Harlow 1989, 168-231.

Katz 1995

Katz, Richard S.: The 1993 Parliamentary Electoral Reform. In: Mershon, Carol/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): *Italian Politics: Ending the First Republic*. (= *Italian Politics: A Review*. Vol. 9) Boulder, CO 1995, 93-112.

Kitschelt 1988

Kitschelt, Herbert: Left-Libertarian Parties: Explaining Innovation in Competitive Party Systems. In: *World Politics* 40 (1987/88) 2, 194-234.

Kreile 1987

Kreile, Michael: Die Reform der staatlichen Institutionen in Italien: symbolische Politik und parlamentarischer Prozeß. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 18 (1987) 4, 573-584.

Lanchester 1990

Lanchester, Fulco: Die Institution der politischen Partei in Italien. In: Tsatsos, Dimitris Th./Scheffold, Dian/Schneider, Hans-Peter (Hrsg.): *Parteienrecht im europäischen Vergleich. Die Parteien in den demokratischen Ordnungen der Staaten der Europäischen Gemeinschaft*. (Schriften zum Parteienrecht Bd.1) Baden-Baden 1990, 367-433.

LaPalombara 1988

LaPalombara, Joseph: *Die Italiener oder Demokratie als Lebenskunst*. Aus d. Amerik. v. Christian Rojahn. Wien/Darmstadt 1988.

Leonardi/Kovacs 1993

Leonardi, Robert/Kovacs, Monique: The Lega Nord: The Rise of a New Catch-all Party. In: Hellman, Stephen/Pasquino, Gianfranco: (Hrsg.): *Italian Politics: A Review*. Vol.8, London 1993, 50-65.

Lill 1988

Lill, Rudolf: *Geschichte Italiens in der Neuzeit*. 4., durchges. Aufl., Darmstadt 1988.

Lipset/Rokkan 1967

Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Dies. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. (International Yearbook of Political Behaviour Research Vol.7) New York 1967, 1-64.

van Loenen 1990

Loenen, Gerbert van: Weimar or Byzantium: Two Opposing Approaches to the Italian Party System. In: *European Journal of Political Research* 18 (1990), 241-256.

Luther 1995

Luther, Jörg: Die italienische Verfassung im letzten Jahrzehnt. In: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*, N.F. 43 (1995), 475-510.

Maguire 1983

Maguire, Maria: Is There Still Persistence? Electoral Change in Western Europe, 1948-1979. In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems. Continuity and Change. London 1983, 67-94.

Mair 1983

Mair, Peter: Adaption and Control: Towards an Understanding of Party and Party System Change. In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems. Continuity and Change. London 1983, 405-429.

Mannheimer 1993

Mannheimer, Renato: L'elettorato della Lega Nord. [Die Wähler der Lega Nord.] In: Polis 7 (1993) 2, 253-274.

Mannheimer 1991

Mannheimer, Renato: Chi vota Lega e perché. [Wer Lega wählt und warum.] In: Ders. (Hrsg.): La Lega Lombarda. Milano 1991, 122-158.

Mattei/Niemi/Powell 1990

Mattei, Franco/Niemi, Richard G./Powell, G. Bingham: On the Depth and Persistence of Generational Change. Evidence from Italy. In: Comparative Political Studies 23 (1990) 3, 334-354.

Merkel 1985

Merkel, Wolfgang: Die Sozialistische Partei Italiens. Vom Oppositionssozialismus zur Staatspartei. Bochum 1985. (Zugl. Diss. Univ. Heidelberg 1985)

Merkel 1984

Merkel, Wolfgang: Polarisierung oder Depolarisierung, Zentrifugalität oder Zentripetalität? Anmerkungen zur modelltheoretischen Diskussion des italienischen Parteiensystems. In: Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober in Mannheim. Opladen 1984, 226-236.

Merkel 1983a

Merkel, Wolfgang: Das Parteiensystem Italiens. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B27/83, 3-14.

Merkel 1983b

Merkel, Wolfgang: Das italienische Parteiensystem im Wandel. Erklärungsversuche der Vergangenheit, Entwicklungen der Gegenwart, Tendenzen der Zukunft. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 12 (1983), 331-346.

Mershon/Pasquino 1995

Mershon, Carol/Pasquino, Gianfranco: Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Italian Politics: Ending the First Republic. (= Italian Politics: A Review. Vol. 9) Boulder, CO 1995, 41-53.

Müller-Rommel 1984

Müller-Rommel, Ferdinand: Zum Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen und neuen Konfliktdimensionen in den politischen Systemen Westeuropas: Eine empirische Analyse. In: Journal für Sozialforschung 24 (1984), 441-454.

H. Naßmacher 1989

Naßmacher, Hiltrud: Auf- und Abstieg von Parteien. Ansätze zur vergleichenden Betrachtung von Etablierung und Niedergang von Parteien im Wettbewerb. In: Zeitschrift für Politik 36 (1989) 2, 169-190.

Nedelmann 1992

Nedelmann, Birgitta: Italien in „kreativer Konfusion“? Zur Selbstreformierung einer reformbedürftigen Demokratie. In: Staatswissenschaften und Staatspraxis 3 (1992) 4, 524-555.

Nedelmann 1975

Nedelmann, Birgitta: Handlungsraum politischer Organisationen. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik 4 (1975), 9-118.

Nohlen 1989

Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem. Über die politischen Auswirkungen von Wahlsystemen. Opladen 1989.

Pasquino 1994a

Pasquino, Gianfranco: Der unerwartete Machtwechsel. Die italienischen Wahlen vom März 1994 und ihre Folgen. In: Politische Vierteljahresschrift 35 (1994) 3, 383-401.

Pasquino 1994b

Pasquino, Gianfranco: Italy: the Twilight of the Parties. In: Journal of Democracy 5 (1994) 1, 18-29.

Pasquino 1987

Pasquino, Gianfranco: Party Government in Italy: Achievements and Prospects. In: The Future of Party Government. Vol. 2: Party Governments: European and American Experiences. Ed. by Richard S. Katz. (European University Institute Series C: Political and Social Sciences 5.2) Berlin/New York 1987, 202-242.

Pasquino/Hellman 1992

Pasquino, Gianfranco/Hellman, Stephen: Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Italian Politics: A Review. Vol.7, London 1992, 1-10.

Petersen 1995

Petersen, Jens: Quo vadis, Italia? Ein Staat in der Krise. München 1995.

Raith 1994

Raith, Werner: Der Korruptionsschock. Demokratie zwischen Auflösung und Erneuerung: Das Beispiel Italien. Reinbek bei Hamburg 1994.

Rhodes 1993

Rhodes, Martin: The „Long Wave“ Subsidies: the PSI and the Demise of Craxismo. In: Hellman, Stephen/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Italian Politics: A Review. Vol.8, London 1993, 66-82.

Ridola 1993

Ridola, Paolo: Parteiendemokratie und Parteienrecht in Italien. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, N.F. 41 (1993), 409-430.

Ridola 1992

Ridola, Paolo: Parteienfinanzierung in Italien. In: Tsatsos, Dimitris (Hrsg.): Parteienfinanzierung im europäischen Vergleich. Die Finanzierung der politischen Parteien in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. (Schriften zum Parteienrecht Bd. 4) Baden-Baden 1992, 273-307.

v. Roques 1994

Roques, Valeska v.: Die Stunde der Leoparden. Italien im Umbruch. Wien/München 1994.

Rose/Urwin 1970

Rose, Richard/Urwin, Derek W.: Persistence and Change in Western Party Systems since 1945. In: Political Studies 18 (1970) 3, 287-319.

Rusconi 1994

Rusconi, Gian Enrico: Die Nation als Interessengemeinschaft? Zur Herausforderung der Lega in Italien. In: Merkur 48 (1994) 1, 15-25.

Ruzza/Schmidtke 1993

Ruzza, Carlo E./Schmidtke, Oliver: Roots of Success of the Lega Lombarda: Mobilisation Dynamics and the Media. In: West European Politics 16 (1993) 2, 1-23.

Sacco 1993

Sacco, Giuseppe: Italie: les trois vies des ligues régionales. In: Politique étrangère 58 (1993) 1, 155-162.

Sacco 1992

Sacco, Giuseppe: Italien im Umbruch. In: Europa Archiv 47 (1992) 12. Folge, 335-344.

Sani 1993

Sani, Giacomo: Le Italie del 5 Aprile. [Die Italien des 5. April.] In: Polis 7 (1993) 2, 207-227.

Sani 1992

Sani, Giacomo: 1992: La destrutturazione del mercato elettorale. [Die Auflösung der Struktur des elektoralen Marktes.] In: Rivista Italiana di Scienza Politica 22 (1992) 3, 539-565.

Sani/Sartori 1983

Sani, Giacomo/Sartori, Giovanni: Polarization, Fragmentation and Competition in Western Democracies. In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems. Continuity and Change. London 1983, 307-340.

Sartori 1976

Sartori, Giovanni: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis. Vol. 1. Cambridge 1976.

Sartori 1966

Sartori, Giovanni: The Case of Polarized Pluralism. In: LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hrsg.): Political Parties and Political Development. (Studies in Political Development Vol. 6) Princeton, N.J. 1966, 137-176.

Savage 1985

Savage, James: Postmaterialism of the Left and Right. Political Conflict in Postindustrial Society. In: Comparative Political Studies 17 (1984/85) 4, 431-451.

Schmidtke/Ruzza 1993

Schmidtke, Oliver/Ruzza, Carlo E.: Regionalistischer Protest als „Life Politics“. Die Formierung einer sozialen Bewegung: die Lega Lombarda. In: Soziale Welt 44 (1993) 1, 5-29.

Schmitt-Beck 1992

Schmitt-Beck, Rüdiger: A Myth Institutionalized. Theory and Research on New Social Movements in Germany. In: European Journal of Political Research 21 (1992), 357-383.

Seißelberg 1995

Seißelberg, Jörg: Berlusconi's Forza Italia. Wahlerfolg einer Persönlichkeitspartei (1994). In: Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.): Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente. (Zeitschrift für Parlamentsfragen Sonderband 1/95) Opladen 1995, 204-231.

Seißelberg 1993

Seißelberg, Jörg: Die „blockierte Demokratie“ bewegt sich - Veränderungen im politischen System Italiens. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 24 (1993) 3, 496-524.

Seißelberg 1991

Seißelberg, Jörg: Republik Italien. In: Steffani, Winfried (Hrsg.): Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG. Opladen 1991, 243-265.

Smith 1990

Smith, Gordon: Core Persistence: Change and the „People's Party“. In: Mair, Peter/Ders. (Hrsg.): Understanding Party System Change in Western Europe. London 1990, 157-168.

Smith 1989

Smith, Gordon: A System Perspective on Party System Change. In: Journal of Theoretical Politics 1 (1989) 3, 349-363.

Stamm 1993

Stamm, Rudolf: Rom am Ende seines Lateins. In: Europäische Rundschau 21 (1993) 3, 43-50.

Taggart 1995

Taggart, Paul: New Populist Parties in Western Europe. In: West European Politics 18 (1995) 1, 34-51.

Trautmann 1988

Trautmann, Günter: Stabilität durch Wandel - Die politische Kultur und das Parteiensystem Italiens. In: Breitling, Rupert/Gellner, Winand (Hrsg.): Machiavellismus. Parteien und Wahlen. Medien und Politik. FS Erwin Faul. Gerlingen 1988, 118-143.

Uessler 1993

Uessler, Rolf: Italiens Parteienlandschaft im Umbruch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 38 (1993) 8, 909-912.

Uessler 1992

Uessler, Rolf: Der Durchbruch der Lega. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 37 (1992) 12, 1462-1470.

Visentini 1993

Visentini, Toni: Die Lega. Italien in Scherben. Bozen 1993.

Weber 1995

Weber, Peter: Italiens demokratische Erneuerung. Anpassungsprobleme einer schwierigen Demokratie (1989-1994). In: Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.): Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente. (Zeitschrift für Parlamentsfragen Sonderband 1/95) Opladen 1995, 178-203.

Weber 1993

Weber, Peter: Der lange Weg zur Verfassungsreform in Italien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 24 (1993) 3, 475-495.

Weber 1992

Weber, Peter: Seconda Repubblica. Italien vor einschneidenden politischen Veränderungen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 23 (1992) 1, 95-109.

M. Weber 1980

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5., rev. Aufl., Studienausg., Tübingen 1980.

Wertman 1995

Wertman, Douglas: The Last Year of the Christian Democratic Party. In: Mershon, Carol/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): Italian Politics. Ending the First Republic. (= Italian Politics: A Review. Vol.9, Boulder, CO 1995, 135-150.

Wieser/Spotts 1988

Wieser, Theodor/Spotts, Frederic: Der Fall Italien. Dauerkrise einer schwierigen Demokratie. Aktualis. Ausg., München 1988.

Woods 1995

Woods, Dwayne: The Crisis of Center-Periphery Integration in Italy and the Rise of Regional Populism: The Lombard League. In: Comparative Politics 27 (1994/95) 2, 187-203.

Woods 1992

Woods, Dwayne: The Center No Longer Holds: The Rise of Regional Leagues in Italian Politics. In: West European Politics 15 (1992) 2, 56-76.

Literatur von Lega-Führern und -Sympathisanten

„Da helfen nur Grenzpfähle“. Interview mit Gianfranco Miglio. In: DER SPIEGEL Nr. 52, 21.12.1992, 148-150.

„Der Staat ist in Händen einer Räuberbande“. Interview mit Umberto Bossi. In: DER SPIEGEL Nr. 41, 11.10.1993, 204-210:

„Die Lega macht keine Kompromisse!“ Gespräch mit Gianfranco Miglio. In: Zibaldone. Nr. 18, November 1994, 32-43.

Bossi/Vimercati 1993

Bossi, Umberto/Vimercati, Daniele: La rivoluzione. La Lega: storia e idee. [Die Revolution. Die Lega: Geschichte und Idee.] Milano 1993.

Bossi/Vimercati 1992

Bossi, Umberto (mit Daniele Vimercati): Vento dal Nord. La mia Lega, la mia vita. [Wind aus dem Norden. Meine Lega, mein Leben.] Prefazione di Gianfranco Miglio. Milano 1992.

De Marchi 1993

De Marchi, Luigi: Perché la Lega. La rivolta dei ceti produttivi in Italia e nel mondo. [Warum es die Lega gibt. Die Revolte der produktiven Schichten in Italien und in der Welt.] Milano 1993.

Savelli 1992

Savelli, Giulio: Che cosa vuole la Lega. [Was die Lega will.] Prefazione di Umberto Bossi. Milano 1992.

Zeitungsartikel

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Italien-Korrespondenten:

Politik: Heinz-Joachim Fischer (hjf)

Wirtschaft: Tobias Piller (tp)

Feuilleton: Dietmar Polaczek (dp)

- Nr. 170, 26.07.1993, 5: Gründungsversammlung der italienischen Volkspartei. (hjf)
 Nr. 170, 26.07.1993, 21: Götterdämmerung. (dp)
 Nr. 177, 3.08.1993, 8: „Professore“ der Lega Nord. (hjf)
 Nr. 272, 23.11.1993, 1f: Das alte italienische Parteiensystem ist zusammengebrochen. (hjf)
 Nr. 13, 17.01.1994, 2: Scalfaro macht den Weg für Neuwahlen frei. (hjf)
 Nr. 15, 19.01.1994, 6: Italiens DC wandelt sich zur Volkspartei. (hjf)
 Nr. 88, 16.04.1994, 5: Neue Leute in alten Gemäuern. (hjf)
 Nr. 116, 20.05.1994, 3: Höhere Mathematik im römischen Senat. (hjf)
 Nr. 298, 23.12.1994, 15: Als Politiker ist Berlusconi auch an sich selbst gescheitert. (tp)
 Nr. 3, 4.01.1995, 5: Der Streit um die Rollenverteilung auf Italiens politischer Bühne. (hjf)
 Nr. 47, 24.02.95, 4: Siegt der Geschäftssinn der Italiener oder ihr Hang zum Sozialstaat? (hjf)
 Nr. 57, 8.03.1995, 14: Bossis Kampf gegen Berlusconi. (hjf)
 Nr. 66, 18.03.1995, 6: Verwirrung in den Reihen der italienischen „Volkspartei“. (hjf)
 Nr. 95, 25.04.1995, 37: Die schönsten Jahre sind dahin. (Jens Petersen)
 Nr. 170, 25.07.1995, 6: Ausleger nach links und nach rechts. (hjf)
 Nr. 220, 21.09.1995, 39: Winziger Widerstand. (dp)
 Nr. 227, 29.09.1995, 41: Rette sich, wer kann. (Jens Petersen)
 Nr. 278, 29.11.1995, 16: Gehör für die Pentiti. (hjf)
 Nr. 286, 8.12.1995, 1: Italien - War alles umsonst? (hjf)
 Nr. 291, 14.12.1995, 10: Der Haushaltsstreit wird schärfer. (hjf)

Neue Zürcher Zeitung

Italien-Korrespondenten:

Politik: Rudolf Stamm (R.St.)

Wirtschaft: Thomas Kreyenbühl (T.K.)

- Nr. 237, 13.10.1990, 3: Die italienischen Kommunisten auf neuen Wegen. (R.St.)
 Nr. 26, 2.02.1991, 2: Italiens Kommunisten im letzten Gefecht. (R.St.)
 Nr. 28, 5.02.1991, 3: Unter Geburtswehen vom PCI zum PDS. (R.St.)
 Nr. 31, 8.02.1992, 5: Referenden als Mittel der Erneuerung Italiens. (R.St.)
 Nr. 82, 8.04.1992, 1: Italiens Regierung ohne Mehrheit. (R.St.)
 Nr. 179, 6.08.1993, 2: Italiens neues Wahlrecht verabschiedet. (R.St.)
 Nr. 264, 13.11.1993, 13: Neuer Anlauf gegen die „Renteninvaliden“ Italiens. (T.K.)
 Nr. 260, 8.11.1994, 1: Risse in der Forza Italia. (R.St.)
 Nr. 299, 23.12.1994, 1: Scharfe Misstrauensdebatte in Rom. (R.St.)
 Nr. 300, 24.12.1994, 1: Rücktritt des Ministerpräsidenten Berlusconi. (R.St.)
 Nr. 24, 31.01.1995, 3: Wandel der italienischen Rechten. (R.St.)
 Nr. 32, 9.02.1995, 1: Romano Prodi als Alternative zu Berlusconi. (R.St.)
 Nr. 36, 14.02.1995, 1: Pyrrhussieg Bossis am Kongress der Lega Nord. (R.St.)

Süddeutsche Zeitung

Italien-Korrespondent:

Politik: Klaus Brill (kb)

- Nr. 22, 28.01.1994, 3: König Silvios elektronischer Feldzug. (kb)
 Nr. 79, 07.04.1994, 2: Italiens Politiker erwägen Wiederholung der Wahl. (kb)
 Nr. 100, 2.05.1994, 2: Bossi unter Korruptionsverdacht. (AP/Reuter/dpa)
 Nr. 108, 11./12.05.1994, 65: Der Abschied von der Allmacht der Parteien. (Peter Weber)
 Nr. 109, 13.05. 1994, 2: Italiens neue Regierung stößt auf Vorbehalte. (kb)
 Nr. 112, 17.05.1994, 7: Berlusconi will Steuern senken. (kb)
 Nr. 265, 18.11.1994, 8: Italiens Koalition heftig zerstritten. (kb)
 Nr. 295, 23.12.1994, 1: Italiens Regierungschef Berlusconi zurückgetreten. Staatspräsident will vorerst keine Neuwahlen. (kb)
 Nr. 24, 30.01.1995, 6: Italiens Rechte distanziert sich vom Faschismus. (kb)
 Nr. 37, 14.02.1995, 3: Scheidung auf norditalienisch. (kb)

DIE ZEIT

- Nr. 19, 6.05.1994, 7: Ideologen und Videologen. (Antonella Romeo)
 Nr. 42, 14.10.1994, 46: Schmerzhaftes Schicksal. (Friedhelm Gröteke)
 Nr.8, 17.02.1995, 15-18: Befreit vom Schwarzen Ritter. (ZEIT-Dossier; Klaus Hartung u.a.)
 Nr. 41, 6.10.1995, 33-34: Mit Blei nach Europa. (Friedhelm Gröteke)

La Repubblica

- Nr. 268, 15.11.1989, 1: Partito Comunista, addio. [Kommunistische Partei, lebe wohl.]
 Nr. 120, 11.06.1991, 1: Vince l'Italia pulita. [Das saubere Italien siegt.]
 Nr. 81, 7.04.1992, 1: È crollato il Muro Dc. [Die christdemokratische Mauer ist gefallen.]
 Nr. 110, 12.05.1992, 11: Bossi prenota la sua Repubblica. [Bossi kündigt seine Republik an.]
 Nr. 93, 20.04.1993, 1: L'Italia s'è desta. [Italien ist erwacht.]
 Nr. 269, 23.11.1993, 2: Un voto terremoto. [Ein Erdbeben-Votum.]
 Nr.72, 29.03.1994, 1: Ha vinto la Destra. [Die Rechte hat gesiegt.]
 Nr.109, 11.05.1995, 6: Il laboratorio del nuovo Centro. [Das Laboratorium der neuen Mitte.]

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit versichere ich, daß ich diese Arbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Sämtliche Zitate und Entlehnungen sind durch Quellenangaben kenntlich gemacht.

Regensburg, im Dezember 1995

Volker Leib